

# Daten +Analysen

## Quartalsheft



II  
2003



Kreisfreie Städte  
und Landkreise  
des Landes Brandenburg

## Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- ( ) = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

## Impressum

### Schriftleitung:

Dezernat 215  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,  
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk  
Torsten Haseloff  
Telefon: 0331 39 - 465  
E-Mail: [Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de](mailto:Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de)

### Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung  
und Statistik  
Dezernat Informationsmanagement  
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444  
Fax: 0331 39 - 418  
Internet: [www.lds-bb.de/lds/](http://www.lds-bb.de/lds/)  
E-Mail: [Info@lds.brandenburg.de](mailto:Info@lds.brandenburg.de)

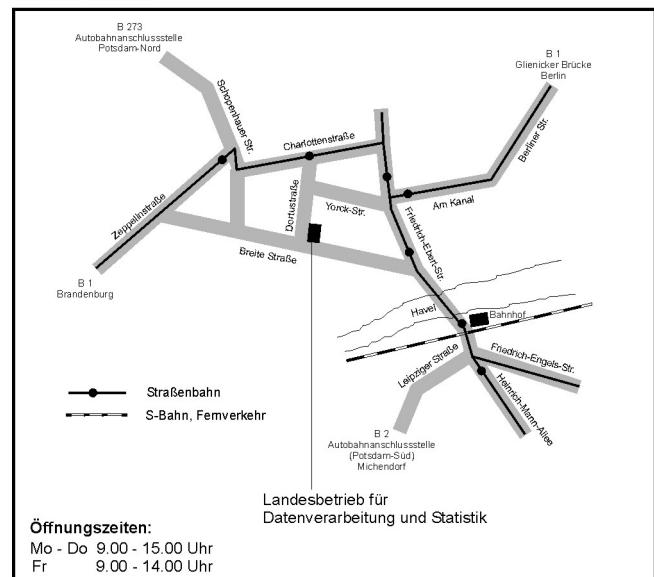
ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Juli 2003  
Preis: 4,00 EUR

## Auskünfte und Vertrieb

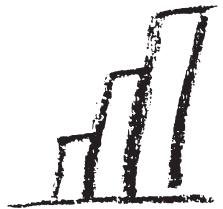
- |                     |      |               |
|---------------------|------|---------------|
| Informationsservice | Tel. | 0331 39 - 444 |
|                     | Fax. | 0331 39 - 418 |
| Vertrieb            | Tel. | 0331 39 - 497 |
|                     | Fax. | 0331 39 - 418 |

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



# **Daten + Analysen**

**// 2003**

## **Inhalt**

Seite

**Kurz + Aktuell .....** **5**

**Beiträge .....** **14**

Wirtschaftslage im Überblick – Land Brandenburg – .....	14
Entwicklung der Bauaufträge 1995 bis 2002 .....	16
Wanderungen 1993 bis 2002 .....	23
Ehescheidungen im Land Brandenburg im Jahr 2002 .....	27
Berufsausbildung im dualen System Land Brandenburg 1997 bis 2002 .....	31
Arbeitskosten 2000 im Land Brandenburg .....	40
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000 .....	46

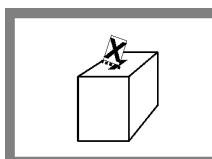
**Buchbesprechung .....** **55**

**Neue Veröffentlichungen .....** **56**



## Aus Brandenburg

### Hauptpersonalrat des BMI überzeugt sich von Online-Wahlen beim LDS



Auf reges Interesse stießen am 21. Mai 2003 die Präsentation und das praktische Erleben des **Online-Wahl-Verfahrens i-vote** bei 27 Mitgliedern des Hauptpersonalrates (HPR) des Bundesministerium des Innern (BMI), die der Einladung des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) nach Potsdam gefolgt waren.

„Online-Wahlen“, so der Landeswahlleiter Brandenburgs und Präsident des LDS „bieten bedeutende Vorteile für Wähler, Kandidaten und Wahlorganisatoren“. Bei großen Dienststellen, wie z. B. dem BMI, ergäben sich enorme Einsparpotenziale und Organisationserleichterungen.

Der LDS hat diese Potenziale bereits zwei Mal genutzt: Im Juni 2000 und im Mai 2002 wurde der Personalrat des LDS zunächst fiktiv und schließlich rechtsverbindlich online gewählt ([www.brandenburg.de/evoting](http://www.brandenburg.de/evoting)).

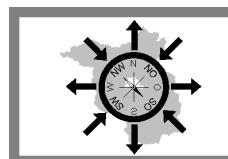
Der LDS koordiniert das Projekt „W.I.E.N. – Wählen in elektronischen Netzwerken“ ([www.forschungsprojekt-wien.de](http://www.forschungsprojekt-wien.de)). Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit geförderte Konsortium aus Informationsverarbeitung Leverkusen (ivl-GmbH), T-Systems CSM Darmstadt, Universität Osnabrück und LDS arbeitet an der Entwicklung und Erprobung von unterschiedlichen Typen von Online-Wahlen in überschaubaren, nichtparlamentarischen Bereichen, wie z. B. Personalratswahlen.

Auf der Veranstaltung erläuterte der „deutsche Online-Wahl-Pionier“ Prof. Dieter Otten anschaulich das i-vote Online-Wahlverfahren. Wie bereits erste Ergebnisse des Forschungsprojektes „W.I.E.N.“ belegen, wurden Online-Wahlen im nicht-parlamentarischen Raum durchgeführt, bei denen es mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln machbar war, fälschungssicher und anonym, redundant und hoch verifizierbar von vernetzten Wahllokalen aus zu wählen. Sicherheitstechnisch setzt i-vote dabei u. a. auf die digitale Verschlüsselung mit asymmetrischen Schlüsseln (1 024 Bit RSA) und dem von David Chaum so benannten Blinding-Verfahren. So ist dauerhaft die Verbindung von Votum und Wähleridentität strikt voneinander getrennt. „Hacker-Angriffe sind dann Unsinn“, so Prof. Otten.

Die praktische Vorführung überzeugte die Mitglieder des HPR des BMI. Darüber zu reden und es theoretisch vorgebrachten zu bekommen sei eine Sache, stellte der Vorsitzende, Helmut Heindrichs, fest. „Der Durchbruch kommt aber

vom Erleben her.“, so Heindrichs weiter, als er dem Projektteam und dem LDS für die gelungene Veranstaltung dankte. Der HPR des BMI erwägt, bei seiner nächsten Wahl im Frühjahr 2004 eine rechtsverbindliche Online-Wahl in ausgesuchten Dienststellen – den positiven Erfahrungen des LDS folgend – durchzuführen.

### Exportzuwachs im Januar 2003



Die Brandenburger **Exporte** erreichten im Januar 2003 einen Wert von 416 Millionen EUR und stiegen damit im Vergleich zum Januar 2002 um 34 Millionen EUR bzw. 8,9 Prozent. Auch das Dezemberergebnis 2002 wurde um 21 Millionen EUR bzw. 5,3 Prozent überboten.

Während sich die Ausfuhr von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um fast ein Zehntel verringerte, konnte die gewerbliche Wirtschaft einen Zuwachs von über 11 Prozent verbuchen. Insbesondere stieg der Export von Halbwaren überdurchschnittlich.

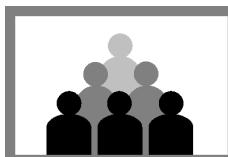
An der Spitze der Exportliste standen pharmazeutische Erzeugnisse mit einem Wert von über 89 Millionen EUR bzw. einem Anteil von 21,5 Prozent am Gesamtexport. Gegenüber Januar 2002 wurde die Ausfuhr damit mehr als verdoppelt. Auf den weiteren Plätzen folgten Luftfahrzeuge, Papier und Pappe, Blech aus Eisen oder Stahl sowie Mineralölprodukte.

Bis auf Australien wurde auf allen Kontinenten mehr Waren abgesetzt als im Vorjahresmonat. U. a. war die Steigerung bei Amerika auf überdurchschnittliche Exporte nach Kanada (Luftfahrzeuge) zurückzuführen. Dagegen verringerten sich die Ausfuhren in die EU-Länder um 2,7 Prozent. Hauptexportländer waren die Vereinigten Staaten, Polen, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien.

Die **Importe** des Landes Brandenburg erreichten im Januar 2003 einen Wert von 496 Millionen EUR und lagen damit um 42 Millionen EUR bzw. 9,3 Prozent über dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresmonates.

Mehr eingeführt wurden sowohl Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft als auch Güter der gewerblichen Wirtschaft. Die Rohstoffeinfuhr, insbesondere Erdöl und Erdgas, stieg um fast ein Fünftel und erreichte fast die Hälfte der Gesamtimporte. Luftfahrzeuge, Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie Personenkraftwagen und Wohnmobile waren weitere wichtige Einfuhrgüter. Über 90 Prozent der Importe wurden aus Europa bezogen. Hauptlieferländer waren die Russische Föderation, Polen, die Vereinigten Staaten, die Niederlande und Italien.

## Mikrozensus 2003: 12 000 Brandenburger Haushalte werden in diesem Jahr befragt



Jeder hundertste Brandenburger Haushalt wird in den nächsten Wochen Besuch von einer oder einem Erhebungsbeauftragten des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik erhalten. Diese Erhebungsbeauftragten melden ihren Besuch vorher an und müssen sich durch einen amtlichen Ausweis legitimieren.

Der **Mikrozensus** ist eine Bevölkerungsstichprobe, die in Brandenburg seit 1991 jährlich durchgeführt wird. Im gesamten Bundesgebiet betrifft sie ca. 380 000 Haushalte. Im Ergebnis der Befragung werden wichtige Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte und Familien, deren Struktur und Wohnsituation gewonnen.

Der Mikrozensus ist als einzige flächendeckende Bevölkerungserhebung zwischen großen Volkszählungen zu derart umfangreichen, qualitätsgerechten und genauen Aussagen in der Lage.

Neben ständig wiederkehrenden Kernfragen werden periodisch auch unterschiedliche Fragemodule eingesetzt, die sowohl auf EU-Ebene als auch für Deutschland zusätzliche Informationen liefern, wie z. B. Raucherverhalten, Jodsalzverwendung, Altersvorsorge, berufliche Weiterbildung und Wohnverhältnisse.

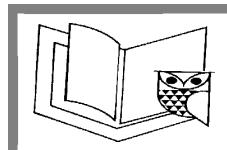
Da der Mikrozensus eine Stichprobe ist, muss, um allgemein gültige Aussagen treffen zu können, eine Hochrechnung der Befragungsergebnisse erfolgen. Es muss niemand befürchten, dass seine speziellen Daten veröffentlicht werden. Jeder Haushalt steht für hundert andere. Der Mikrozensus ist zwar flächendeckend, jedoch sind nicht alle Orte und Städte in gleichem Maße einbezogen. Aus diesem Grund sind auch Ergebnisse auf Gemeinde- bzw. Ämterebene nicht möglich.

Datenschutz und statistische Geheimhaltung sind umfassend gewährleistet. Die Erhebungsbeauftragten sind zur strikten Verschwiegenheit verpflichtet. Zur Datenerfassung werden nur anonymisierte Fragebögen verwendet, so dass im aufbereiteten Datensatz kein Hinweis mehr zum jeweiligen Haushalt besteht. Eine nachträgliche Identifikation eines Haushaltes oder einer Person ist nicht mehr möglich.

Die Ergebnisse des Mikrozensus werden vom Statistischen Bundesamt für die BRD insgesamt und von den Landesämtern auf Länderebene veröffentlicht und stehen allen Interessierten zur Verfügung.

So erfährt der interessierte Bürger z. B. wie viele alleinerziehende Frauen in Brandenburg leben, wie hoch das durchschnittliche Einkommen der verschiedensten Haushaltstypen ist und das Bildungsniveau der Bevölkerung, aber auch den durchschnittlichen Zigarettenkonsum und den Anteil von Rauchern beiderlei Geschlechts an der Bevölkerung.

## Anstieg bei Auszubildenden in den Fachberufen des Gesundheitswesens

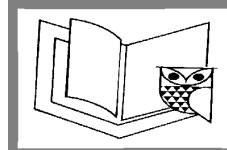


Im Land Brandenburg werden an 28 staatlich anerkannten Ausbildungsstätten die bundesrechtlich geregelten **Fachberufe des Gesundheitswesens** ausgebildet. Im Schuljahr 2002/2003 besuchen 3 391 Auszubildende diese Ausbildungsstätten. Somit ist erstmals seit dem Schuljahr 1997/1998 ein Anstieg der Auszubildenden in den Fachberufen des Gesundheitswesens zu verzeichnen, und zwar um 282 Auszubildende.

Der größte Teil der Auszubildenden (57,8 Prozent), das sind 1 578 Frauen und 382 Männer, erlernen den Fachberuf Krankenschwester/-pfleger. Die zweitgrößte Gruppe, gemessen am Anteil der Auszubildenden, stellen die Physiotherapeuten bzw. Physiotherapeutinnen dar. Jeder sechste aller Auszubildenden (17,7 Prozent) wählte die Ausbildung in diesem Fachberuf.

Nach wie vor ist der Anteil von Frauen in den Fachberufen des Gesundheitswesens hoch. Insgesamt beträgt dieser Anteil für das laufende Schuljahr 79 Prozent. Die einzige Ausnahme besteht im Fachberuf Rettungsassistent/-in mit einem Frauenanteil von 25 Prozent.

## Hauptberufliches Personal an Hochschulen leicht angestiegen



An den elf brandenburgischen Hochschulen waren Anfang Dezember 2002 insgesamt 5 021 Personen – 52 mehr als im Jahr zuvor – hauptberuflich beschäftigt, darunter 861 teilzeitbeschäftigt (17,1 Prozent).

Der überwiegende Teil der **hauptberuflich Beschäftigten** (3 520 oder 70,1 Prozent) ist an den drei Universitäten in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) tätig.

Von den hauptberuflich an Hochschulen Beschäftigten gehörten 2 575 zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal (darunter 764 Professorinnen und Professoren) und 2 446 zum nichtwissenschaftlichen Personal.

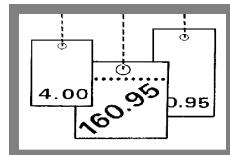
Zu letzterem zählten neben dem Verwaltungs-, Bibliotheks- und technischen Personal auch 304 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 100 Auszubildende.

Das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Hochschulpersonal stieg im Jahr 2002 um 80 Personen an, während die Zahl des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals um 28 zurückging.

Ende 2002 waren an den brandenburgischen Hochschulen 2 319 Frauen hauptberuflich beschäftigt (46,2 Prozent). Der Frauenanteil beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug 31,0 Prozent, in der Professorenschaft 17,5 Prozent. Beim nichtwissenschaftlichen Personal waren Frauen mit 62,1 Prozent vertreten.

Weiterhin meldeten die Hochschulen des Landes Brandenburg 2 815 nebenberuflich tätige Personen. Hierbei nehmen den überwiegenden Anteil die studentischen Hilfskräfte (1 775) und die Lehrbeauftragten (801) ein.

#### Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im Mai 2003



Der **Verbraucherpreisindex** für das Land Brandenburg sank von Mitte April 2003 bis Mitte Mai 2003 um 0,2 Prozent auf einen Indexstand von 104,1 (Basis 2000=100). Die Jahresteuerungsrate gegenüber Mai 2002 betrug + 0,6 Prozent.

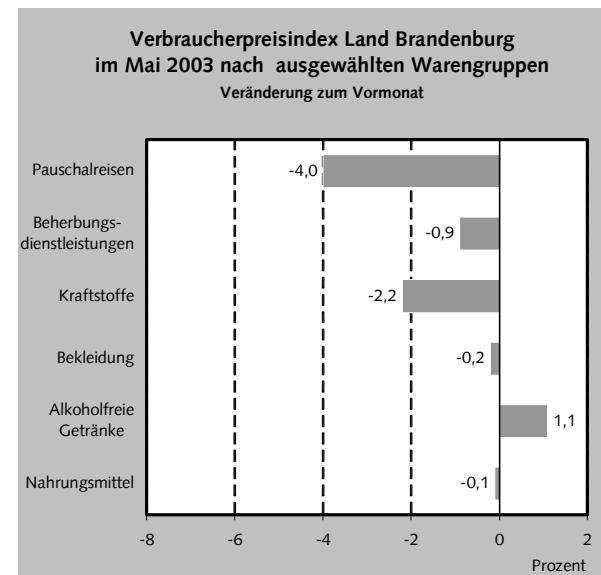
Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex binnen Monatsfrist wird auch im Mai vordergründig durch die Senkung der Heizöl- und Kraftstoffpreise beeinflusst. Heizöl war um 7,4 Prozent und Kraftstoffe um 2,2 Prozent billiger als im April. Des weiteren waren nennenswerte Preisreduzierungen bei Fleisch, Gemüse, Bekleidung, Heimelektronik, Pauschalreisen sowie Miete für Ferienwohnungen zu beobachten. Erwähnenswerte Preiszunahmen zeigten sich bei Obst, Kaffee, Mineralwasser und Zeitungen.

Der Abstand zum Preisniveau des Vorjahresmonats erreichte einen Stand von + 0,6 Prozent und ist somit gegenüber den letzten beiden Monaten weiter rückläufig (April 2003 + 0,9 Prozent, März 2003 + 1,1 Prozent). Teurer als im Vorjahr waren alkoholische Getränke, Tabakwaren, Tarife für das Wohnen, Wohnungsnebenkosten, Kraftstoffe, Dienstleistungen für soziale Zwecke, Bildungs-, Beherbergungs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen.

Die Nahrungsmittelpreise hingegen wiesen weiterhin eine verbraucherfreundliche Entwicklung auf. Insbesondere waren Fleisch und Fleischwaren, Molkereiprodukte, Obst und Gemüse billiger als im Mai 2002. Auch die Heizölpreise la-

gen 7,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Die Berechnungen für die Monate Januar bis Mai des Jahres 2003 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs ergaben für den Verbraucherpreisindex eine durchschnittliche Veränderung von + 0,9 Prozent.



#### Kräftiger Anstieg der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste



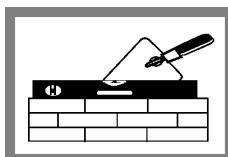
Der **Bruttomonatsverdienst** eines vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmers betrug im Januar 2003 in Brandenburg durchschnittlich 2 184 EUR. Das waren 92 EUR bzw. 4,4 Prozent mehr als im Januar 2002.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Männer stiegen um 4,8 Prozent auf 2 250 EUR. Frauen erhielten durchschnittlich 2 046 EUR im Januar 2003. Der Verdienstzuwachs war mit 3,6 Prozent deutlich niedriger als bei den Männern. Einbezogen sind Arbeiter und Angestellte des Produzierenden Gewerbes sowie Angestellte der Dienstleistungsbereiche Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Im Produzierenden Gewerbe verdienten die Beschäftigten der Energie- und Wasserversorgung mit 2 725 EUR am meisten, gefolgt von den Beschäftigten im Fahrzeugbau mit 2 676 EUR und den Beschäftigten im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden mit durchschnittlich 2 643 EUR. Knapp halb so viel wurde im Januar 2003 mit 1 305 EUR im Textil- und Bekleidungsgewerbe verdient. Im Hoch- und Tiefbau ist der Durchschnittsverdienst im Januar 2003 mit 1 727 EUR knapp ein Prozent unter dem Vorjahresniveau geblieben.

Innerhalb der erfassten Dienstleistungsbereiche – Angaben nur für Angestellte – lag im Januar 2003 die Verdienstspanne zwischen 1 966 EUR im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen) und 2 761 EUR im Versicherungsgewerbe.

### 6 874 Verkäufe von unbebautem Bauland im Jahr 2002 im Land Brandenburg



Im Jahr 2002 wurden insgesamt 6 874 Kauffälle für **unbebautes Bauland** mit einer umgesetzten Fläche von 7,9 Millionen Quadratmetern statistisch erfasst. Es wurde

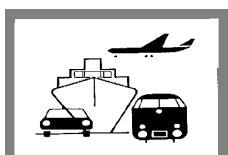
ein durchschnittlicher Kaufwert von 50,00 EUR/m<sup>2</sup> ermittelt.

Über 93 Prozent der Veräußerungen konzentrierten sich im Jahr 2002 auf baureifes Land. Der durchschnittliche Kaufwert für baureifes Land betrug 56,19 EUR/m<sup>2</sup>. Rohbauland wurde in 258 Fällen mit einem Kaufwert von 24,85 EUR/m<sup>2</sup> veräußert.

In der territorialen Betrachtung nach Landkreisen und kreisfreien Städten zeichnete sich wie in den Vorjahren eine differenzierte Entwicklung in der Anzahl der Verkäufe und der Kaufwerte ab. Über die Hälfte aller Erwerbsvorgänge waren in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Barnim, Oberhavel, Havelland sowie Oder-Spree zu verzeichnen.

Überdurchschnittliche Kaufwerte wurden in Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus, Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Märkisch-Oderland ermittelt. Weit unter dem Durchschnitt liegende Kaufwerte wurden dagegen in den Landkreisen Elbe-Elster, Prignitz sowie Oberspreewald-Lausitz erzielt.

### Auch im März Tourismusrückgang



In den Brandenburger Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten verweilten im Monat März 2003 insgesamt 186 Tausend Gäste, die 514 Tausend Übernachtungen buchten. Das waren 6,2 Prozent weniger Gäste sowie 8,8 Prozent weniger Übernachtungen als im gleichen Vorjahresmonat.

Der **Tourismusrückgang** betraf nahezu alle Reisegebiete des Landes Brandenburg, insbesondere das Dahme-Seengebiet, den Spreewald, das Ruppiner Land, die Niederlausitz und die Uckermark. Diese Regionen hatten beim Übernachtungsaufkommen negative Veränderungsraten im zweistelligen Bereich. Einen Anstieg verzeichneten lediglich das Barnimer Land sowie die Stadt Potsdam.

Seit Jahresbeginn nutzten 443 Tausend Besucher mit 1,3 Millionen Übernachtungen Brandenburgs Beherbergungsstätten. Das waren 30 Tausend Gäste (- 6,4 Prozent) bzw. 88 Tausend Übernachtungen (- 6,5 Prozent) weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug unverändert 2,9 Tage.

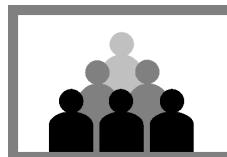
Einen Übernachtungsrückgang mussten nahezu alle Beherbergungsarten in Kauf nehmen. Mit - 9,7 Prozent war er im Bereich der klassischen Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen sowie Hotels garnis) überdurchschnittlich hoch. Lediglich bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen war ein relativ geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen.

Die Auslastung der angebotenen Bettenkapazität betrug im ersten Quartal 2003 durchschnittlich 21,4 Prozent und lag damit entsprechend des Übernachtungsaufkommens unter dem Vorjahresergebnis von 22,5 Prozent.

Im Bereich der Hotellerie betrug die durchschnittliche Bettenauslastung 17,5 Prozent und war damit merklich geringer. Im Vergleich dazu wurden die angebotenen Gästezimmer bisher zu 24,4 Prozent ausgelastet.

### Aus Deutschland

#### Einbürgerungen weiterhin auf hohem Niveau

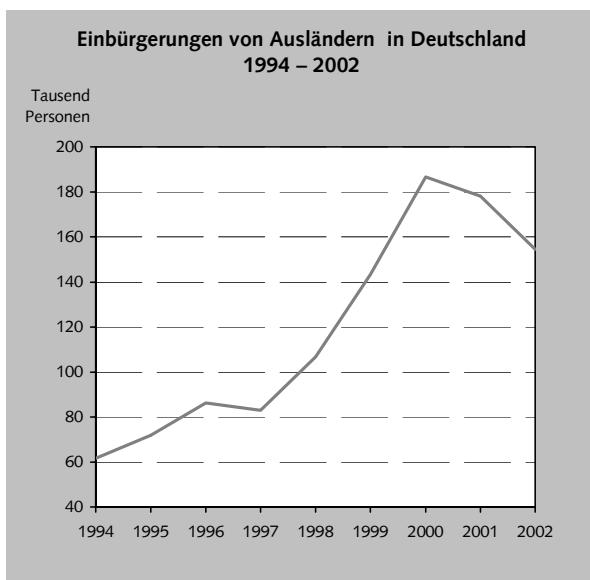


Rund 154 500 Ausländerinnen und Ausländer wurden in Deutschland im Verlauf des Jahres 2002 eingebürgert. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 23 600 (-13,2 Prozent) **Einbürgerungen** weniger als 2001 (ca. 178 000). Für die Jahre 1997 bis 1999 vor der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts betrug der Jahresschnitt 110 990 Einbürgerungen.

Zum einen wurden nur noch 13 900 ausländische Personen auf Grund der Übergangsregelung gemäß § 102 des Ausländergesetzes (AuslG) nach den vor dem 1. Januar 2000 geltenden Regelungen eingebürgert; das waren 13 400 weniger Personen (- 49,1 Prozent) als 2001. Zum anderen wurden lediglich 4 400 in Deutschland zwischen 1990 und 2000 geborene Kinder ausländischer Eltern nach der befristeten Übergangsregelung des § 40 b Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) eingebürgert, 19 000 (- 81,2 Prozent) weniger als 2001.

Diesem Rückgang steht 2002 eine Zunahme bei den sogenannten Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen nach neuem Recht gegenüber. Von allen Eingebürgerten des Jahres 2002 erwarben 112 600 und damit rund 73 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage der seit dem 1. Januar 2000 geltenden Neufassung des

§ 85 (AuslG) durch das Reformgesetz zum Staatsangehörigkeitsrecht. Dies war eine Zunahme von 10 700 (+ 10,5 Prozent) gegenüber 2001. Rechtliche Voraussetzung der Anspruchseinbürgerung ist ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland; erst kürzere Zeit in Deutschland lebende ausländische Ehegatten und minderjährige Kinder solcher Personen können mit eingebürgert werden (Ermessenseinbürgerung).

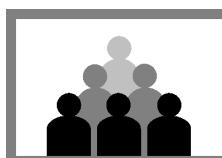


Weitere 21 300 Ausländerinnen und Ausländer (13,8 Prozent) erhielten nach sonstigen Bestimmungen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit, darunter vor allem Ehegatten von Deutschen; im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang um 2 100 (- 9,0 Prozent).

Betrachtet nach der früheren Staatsangehörigkeit stellten wiederum Türkinnen und Türken den größten Anteil aller Einbürgerungen: Im Jahr 2002 wurden rund 64 600 Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit eingebürgert. Ihr Anteil an allen Einbürgerungen ist mit 41,8 Prozent deutlich höher als der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden ausländischen Personen (26,0 Prozent). An zweiter Stelle folgten im Jahr 2002 13 000 Eingebürgerte aus dem Iran. Weitere 8 400 Eingebürgerte besaßen eine ehemals jugoslawische Staatsangehörigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Im Jahr 2050 wird jeder Dritte in Deutschland 60 Jahre oder älter sein



In Deutschland wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen in den nächsten Jahrzehnten erheblich verschieben: Im Jahr 2050 wird – nach der neuesten **Bevölkerungsvorausberechnung** des Statistischen Bundesamtes – die Hälfte der Bevölkerung älter als 48 Jahre und ein Drittel 60 Jahre oder älter sein. Auch die Einwohnerzahl in Deutschland wird – selbst bei den angenommenen Zuwanderungssalden aus dem Ausland – langfristig abnehmen.

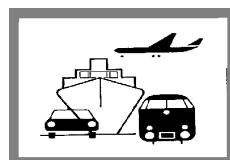
Derzeit hat Deutschland rund **82,5 Millionen Einwohner**. Nach der „mittleren Variante“ der Vorausberechnung, auf die sich die nachstehenden Ergebnisse beziehen, wird die Bevölkerungszahl nach einem geringen Anstieg auf 83 Millionen ab dem Jahr 2013 zurückgehen und bis zum Jahr 2050 auf das Niveau des Jahres 1963 (gut 75 Millionen Einwohner) sinken. Der „mittleren Variante“ liegen folgende Annahmen zu Grunde: Konstante Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau; Erhöhung der Lebenserwartung bei Geburt bis zum Jahr 2050 für Jungen auf 81,1 Jahre und für Mädchen auf 86,6 Jahre und ein jährlicher positiver Wanderungssaldo von rund 200 000 Personen. Zu einem **langfristigen Bevölkerungsrückgang** kommt es, weil in Deutschland – wie schon seit 30 Jahren – auch in den nächsten fünf Jahrzehnten stets mehr Menschen sterben werden, als Kinder zur Welt kommen. Wegen des zu unterstellenden anhaltend gerin- gen Geburtenniveaus wird die heutige jährliche Geburtenzahl von ca. 730 000 auf etwa 560 000 im Jahr 2050 sinken und dann nur noch halb so hoch sein wie die Zahl der jährlich Gestorbenen, das „Geburtendefizit“ wird etwa 580 000 betragen (2001: 94 000). Das niedrige Geburtenniveau wird dazu führen, dass die jüngeren Altersjahr- gänge (bis etwa zum 50. Lebensjahr) generell schwächer besetzt sind als die älteren. Die Zahl der unter 20-Jährigen wird von aktuell 17 Millionen (21 Prozent der Bevölke- rung) auf 12 Millionen im Jahr 2050 (16 Prozent) zurück- gehen. Die Gruppe der mindestens 60-Jährigen wird mehr als doppelt so groß sein (28 Millionen bzw. 37 Prozent). 80 Jahre oder älter werden im Jahr 2050 9,1 Millionen Personen und damit 12 Prozent der Bevölkerung sein (2001: 3,2 Millionen bzw. 3,9 Prozent).

Der sogenannte **Altenquotient** zeigt die zu erwartenden Verschiebungen im Altersaufbau besonders deutlich: Für das derzeitige tatsächliche durchschnittliche Rentenzugangsalter von 60 Jahren lag er 2001 bei 44, d. h. 100 Menschen im Erwerbsalter (von 20 bis 59 Jahren) standen 44 Personen im Rentenalter (ab 60 Jahren) gegenüber. Nach der „mittleren Variante“ der Vorausberechnung wird der Altenquotient bis 2050 bis auf 78 steigen. Würden die Menschen nicht mit 60, sondern erst mit 65 Jahren in den Ruhestand wechseln, ergäbe sich ein deutlich niedrigerer Altenquotient: Für 2050 wäre ein Quotient von 55 gegenüber 78 bei dem Rentenzugangsalter von 60 Jahren zu erwarten. Die Alterung der deutschen Gesellschaft wird nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine Herausforderung darstellen. Der Altenquotient zeigt die kritische Beschleunigung der Alterung zwischen 2010 und 2030. Von 2001 bis 2010 erhöht sich der Altenquotient in der Abgrenzung bei 60 Jahren „nur“ von 44 auf 46, steigt dann bis 2020 deutlich auf 55 an und nimmt bis 2030 sprunghaft auf 71 zu. Danach fallen die Zunahmen nicht mehr so stark aus (2040: 73 und 2050: 78). Eine schlagartige Erhöhung des Altenquotienten zwischen 2020 und 2030 käme auch bei einem tatsächlichen Rentenzugangsalter von 65 Jahren zum Tragen: Der Altenquotient für 65 Jahre steigt in diesen zehn Jahren von 36 auf 47 und damit mindestens doppelt so schnell wie in den Jahrzehnten davor.

Die Altersstruktur der **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**, welche hier entsprechend dem Altersquotienten für 65 Jahre mit 20 und 64 Jahren abgegrenzt wird, wird insbesondere um das Jahr 2020 von der älteren Generation der 50- bis 64-Jährigen dominiert: mit 19,5 Millionen Menschen wird diese Altersgruppe im Jahr 2020 39 Prozent des Arbeitskräftepotentials stellen. Gegenwärtig ist die Gruppe der 35- bis 49-Jährigen mit 20 Millionen (38 Prozent) die stärkste; sie nimmt bis zum Jahr 2020 auf 16 Millionen Menschen ab.

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### 1 Million mehr Flug-Passagiere im ersten Quartal 2003



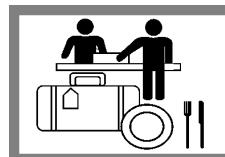
Auf deutschen Flughäfen starteten von Januar bis März dieses Jahres **15,0 Millionen Passagiere** zu einem In- oder Auslandsziel, das waren 5,4 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit Beginn dieses Jahres wurde der Flughafen Hahn (Hunsrück) in die monatliche Luftfahrtstatistik mit einbezogen, so dass sich die Anzahl der ausgewählten Flughäfen von 17 auf 18 erhöhte. Um bei den prozentualen Veränderungsraten deckungsgleiche Größen aufeinander zu beziehen, wurden hier bei der Ermittlung die Daten der früheren 17 ausgewählten Flugplätze zu Grunde gelegt. Die Absolut-Werte für das erste Quartal 2003 beinhalten dagegen auch die Ergebnisse des

Flughafens Hahn und betreffen somit 18 Flughäfen. Die Entwicklungen für Passagiere mit Inlands- und Auslandsziel wichen stark voneinander ab: Während das Inlandsaufkommen (5,3 Millionen) insbesondere durch neue preisoffensive Luftverkehrsgesellschaften um 14,9 Prozent zulegte, flogen mit 9,7 Millionen lediglich 0,6 Prozent mehr Passagiere ins Ausland. Um mehr als ein Fünftel konnten dabei im **innerdeutschen Verkehr** die Flughäfen Berlin-Tegel (777 000 abfliegende Passagiere; + 29,3 Prozent), Hamburg (550 000; + 21,5 Prozent), Köln/Bonn (408 000; + 35,2 Prozent) und Stuttgart (304 000; + 20,4 Prozent) ihre Fluggast-Zahlen steigern. In **europäische Zielländer** (7,1 Millionen Passagiere) flogen 0,8 Prozent mehr Passagiere, wobei Italien (698 000; + 10,9 Prozent) und Österreich (355 000; + 12,4 Prozent) sogar zweistellig zulegen konnten. Nach Spanien (1,6 Millionen) – das bedeutendste Zielland – reisten 3,9 Prozent und in die Türkei (549 000) 8,8 Prozent weniger Personen mit dem Flugzeug. Nach **Afrika** flogen im ersten Quartal 2003 mit 458 000 16,7 Prozent weniger Gäste. Einen Einbruch von 40 Prozent gab es dabei für Tunesien (81 000); Ägypten (167 000) und Marokko (35 000) unterschritten ihre Vorjahresergebnisse um 16,9 Prozent bzw. 15,2 Prozent. Nach Kontinenten erreichte **Amerika** das größte Plus (+ 5,5 Prozent): In die USA reisten mit 0,7 Millionen 5,0 Prozent mehr Passagiere; nach Kanada (114 000) 6,9 Prozent mehr, in die Dominikanische Republik waren es 81 000 (+ 8,7 Prozent) und nach Mexiko 48 000 (+ 8,1 Prozent). **Asiatische Zielländer** (1,0 Millionen) legten von Januar bis März dieses Jahres um 3,6 Prozent zu, wobei China (+ 19,4 Prozent) und Indien (+ 12,6 Prozent) jeweils auf 94 000 Fluggäste kamen. Nach Thailand (121 000) dagegen flogen 14,1 Prozent weniger Personen, während der Wert für Japan (102 000, + 0,3 Prozent) fast stagnierte.

Die **Auslands-Luftfracht** (ein- und ausgeladene Menge: 538 000 t) stieg gegenüber dem ersten Quartal 2002 um 7,3 Prozent; das Austauschvolumen mit europäischen Ländern belief sich dabei auf 152 000 t (+ 0,9 Prozent), mit Afrika auf 25 000 t (- 9,5 Prozent), mit Amerika auf 148 000 t (+ 10,3 Prozent) und mit Asien auf 212 000 t (+ 13,1 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Einkaufen bis zu 84 Stunden pro Woche möglich



Die ab 1. Juni 2003 geltenden neuen gesetzlichen **Ladenöffnungszeiten** eröffnen den Einzelhändlern die Möglichkeit, vier Stunden länger und damit maximal 84 Stunden von Montag bis Samstag die Ladentüren offen zu halten. Hierbei sind Sonderregelungen, wie u. a. für Bäcker, Kurorte oder große Städte ab 200 000 Einwohnern, nicht berücksichtigt.

Seit 1956 wurden über vier Jahrzehnte hinweg die maximalen Öffnungszeiten kaum gesetzlich verlängert: Im Jahr

1996 lagen sie mit 64,5 Stunden pro Woche nur eine Stunde über den erlaubten Zeiten von 1956. Im November 1996 wurden dann die Ladenöffnungszeiten erheblich, nämlich auf 80 Stunden, ausgeweitet. Im Vergleich zu 1956 werden nunmehr die Einzelhändler ihre Geschäfte ab Juni 2003 um 20,5 Stunden länger öffnen können. Für einen Vollzeitbeschäftigen mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von tagsüber 38 Stunden bedeutet die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zugleich, dass er demnächst 46 Stunden zum Einkaufen zur Verfügung hat. Dies gilt allerdings nur unter der Annahme, dass dieser Erwerbstätige in seinem Einzugsgebiet auch auf Geschäfte zurückgreifen kann, die ihm die maximalen Öffnungszeiten bieten

Quelle: Statistisches Bundesamt.

#### Lungenkrebs ist fünfthäufigste Todesursache



Im Jahr 2001 starben in Deutschland 40 053 Personen an Erkrankungen, die in Zusammenhang mit dem Konsum von Tabakprodukten gebracht werden können.

Neben Lungenkrebs (38 525 Sterbefälle) werden auch Kehlkopfkrebs (1 484 Sterbefälle) und Luftröhrenkrebs (44 Sterbefälle) zu den **Folgeerkrankungen des Rauchens** gezählt. An den genannten Todesursachen starben dreimal mehr Männer als Frauen. Insgesamt waren im Jahr 2001 4,8 Prozent aller Sterbefälle auf eine für Raucher symptomatische Erkrankung zurückzuführen. Allein der **Lungenkrebs** stellt in Deutschland die fünfthäufigste Todesursache dar; bei den Männern war er sogar – wie bereits im Jahr 2000 – die dritthäufigste Todesursache. War Lungenkrebs im Jahr 2000 noch die neunthäufigste Todesursache bei Frauen, so rangiert er im Jahr 2001 auf Platz 7. Das durchschnittliche Alter der an Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs Gestorbenen lag 2001 bei 68,9 Jahren. Auch unter den im Krankenhaus im Jahr 2000 auf Grund bösartiger Neubildungen der Lunge, des Kehlkopfes und der Luftröhre stationär behandelten Fällen (186 740) dominierten die Männer mit 75,4 Prozent. Bösartige Neubildungen der zuvor genannten Art waren der vierthäufigste Grund für einen stationären Krankenhausaufenthalt von Männern, bei Frauen war nur jeder 46. Krankenhausaufenthalt darauf zurückzuführen. Im Durchschnitt waren die Patientinnen und Patienten 63,7 Jahre alt

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Anhaltend negative Beschäftigtenentwicklung



Im Februar 2003 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 37,9 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Im Vorjahresver-

gleich waren das 484 000 Personen oder 1,3 Prozent weniger. Damit hat sich die seit Oktober 2001 anhaltende **negative Beschäftigtenentwicklung** weiter fortgesetzt. Bereits im Januar 2003 nahmen die Erwerbstätigen um 445 000 Personen (– 1,2 Prozent) ab. Auch der seit dem letzten Jahr zu beobachtende Rückgang der Erwerbstätigkeit im Vormonatsvergleich fiel im Februar dieses Jahres höher aus: So reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 50 000 Personen (Februar 2002: – 11 000 Personen). Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, waren im Berichtsmonat in Deutschland 44 000 Personen weniger erwerbstätig als einen Monat zuvor. Damit fiel im Februar 2003 der saisonbereinigte Rückgang der Erwerbstätigkeit im Vormonatsvergleich etwas schwächer aus als noch zu Beginn dieses Jahres (Januar 2003: – 54 000 Personen).

Diese Angaben und die Monatszahlen über die Erwerbstätigen mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) können im Internet direkt abgerufen werden unter <http://www.destatis.de/indicators/d/arb310ad.htm>.

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### 7,1 Milliarden EUR im Jahr 2001 für außeruniversitäre Forschung ausgegeben



Die **außeruniversitären** Einrichtungen gaben für **Forschung und Entwicklung** im Jahr 2001 7,1 Milliarden EUR aus. Diese Ausgaben stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen stellen neben den Unternehmen und den Hochschulen die dritte Säule im deutschen Forschungssystem dar. Zu diesem Bereich gehören Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie öffentlich geförderte, private Einrichtungen ohne Erwerbszweck.

Die Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden hatten 2001 mit 0,8 Milliarden EUR einen Anteil von 11,3 Prozent an den gesamten Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Forschung und Entwicklung.

Fast drei Viertel der Ausgaben (73,4 Prozent) für Forschung und Entwicklung entfielen auf private Einrichtungen, die gemeinsam von Bund und Ländern gefördert werden. Im Jahr 2001 gaben hier die Helmholtz-Zentren 2,3 Milliarden EUR für Forschung und Entwicklung aus, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft 1,1 Milliarden EUR. Auf die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft entfielen 1,0 Milliarden EUR, auf die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft 0,8 Milliarden EUR.

Die sonstigen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen, einschließlich der wissenschaftlichen Bibliotheken und Museen, hatten mit 1,1 Milliarden EUR einen Anteil von 15,3 Prozent an den gesamten Ausgaben für außeruniversitäre Forschung.

Rund drei Viertel der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung wurden im Jahr 2001 für Naturwissenschaften (3,4 Milliarden EUR) und Ingenieurwissenschaften (2,0 Milliarden EUR) getätig. Gegenüber 2000 haben die Ausgaben in diesen beiden Wissenschaftszweigen zusammen um 4,5 Prozent zugenommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Aus EUROPA

### 50 Jahre Eurostat – Ein halbes Jahrhundert im Zeichen des Aufbaus einer gemeinsamen statistischen Sprache



**Eurostat**, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, feierte am 16. Mai 2003 sein **fünfzigjähriges Jubiläum**.

Eurostat wurde im Jahr 1953 als der statistische Dienst der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet und beschäftigte ursprünglich 7 Mitarbeiter. 1959 wurde daraus das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, das fortan für die EGKS, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom tätig war. Von 1972 an ist das Statistische Amt unter der Bezeichnung Eurostat bekannt. Heute ist Eurostat eine Generaldirektion der Europäischen Kommission mit mehr als 700 Mitarbeitern.

Die Aufgaben von Eurostat wurden im Lauf der Jahre parallel zum Aufbau der Europäischen Union immer umfangreicher – die Verträge von Rom (1958), die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik (1962), der Gemeinsame Markt (1993) und die Einführung des Euro (1999) erforderten jeweils tiefgreifende Weiterentwicklungen der europäischen Statistik.

Eurostat hat für die EU bei vier, mit einem Anwachsen der EU von 6 auf 15 Mitgliedstaaten verbundenen Erweiterungen wertvolle Dienste im Bereich der Statistik geleistet und in den letzten zehn Jahren die 2004 anstehende Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten vorbereitet.

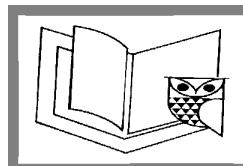
Wenn auch die Bezeichnung ESS eine Erfindung neueren Datums sein mag, hat sich das Europäische Statistische System doch parallel mit Eurostat entwickelt. Die erste Sitzung der Leiter der nationalen statistischen Ämter der sechs Gründungsstaaten fand im Juli 1953 statt. Seither hat sich das ESS zu einem Kooperations-Netzwerk entwi-

ckelt, das Eurostat, 15 Mitgliedstaaten, 13 Beitrittsländer bzw. beitrittswillige Staaten und drei EFTA-Länder an einen Tisch bringt.

Aus gegebenem Anlass veröffentlichte Eurostat zwei Bücher: „**Erinnerungen Eurostats – 50 Jahre im Dienst Europas**“ (ISBN 92-894-5113-0, 221 Seiten), ein Überblick über die Geschichte von Eurostat, verfasst von zwei ehemaligen Direktoren und „**50 Jahre Zahlen über Europa – Daten 1952-2001**“ (ISBN 92-894-5261-7, 153 Seiten), mit einem Überblick über 50 Jahre Statistiken über die EU und ihre Mitgliedstaaten. Beide Bücher kosten einzeln 10,- EUR (im Zehnerpack 30,- EUR) zzgl. Versandkosten und sind erhältlich beim Statistischen Bundesamt, i-Punkt Berlin/ Eurostat Data, Otto-Braun-Straße 70/72 in 10178 Berlin (Telefon: 01888 644 – 9427, Fax: 01888 644 – 9430). Sie sind auch im Internet als PDF-Datei gratis Download unter [www.eu-datasshop.de](http://www.eu-datasshop.de).

Quelle: Eurostat

### Bildung in Europa 2000/2001



Im Schuljahr 2000/2001 besuchten in der Europäischen Union **71 Prozent aller 18-Jährigen** eine Bildungseinrichtung.

Am höchsten war der Anteil der 18-Jährigen, die noch eine Bildungseinrichtung besuchten, in Schweden (95 Prozent), Finnland (89 Prozent) und Belgien (85 Prozent), am niedrigsten im Vereinigten Königreich (55 Prozent) und in Portugal (66 Prozent). In den beitretenden Ländern lag er zwischen 32 Prozent (Zypern, wo die Mehrzahl der Studierenden im Tertiärbereich im Ausland studiert) und 86 Prozent (Tschechische Republik).

Diese Daten stammen aus einer erschienenen Veröffentlichung von Eurostat, die Schlüsselzahlen zur Bildung enthält, die aus der gemeinsamen Bildungserhebung der UNESCO, der OECD und von Eurostat sowie aus dem Eurostat-Fragebogen über Sprachen stammen. Die Daten der Veröffentlichung betreffen die 15 EU-Mitgliedstaaten, die 10 beitretenden Länder und die 3 Kandidatenländer sowie Island, Norwegen, Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (EJRM).

Im Alter von 18 Jahren besuchen **mehr Frauen als Männer** eine Bildungseinrichtung. In der EU insgesamt war der Anteil der 18-Jährigen, die noch eine Bildungseinrichtung besuchten, bei den Frauen größer als bei den Männern (74 Prozent gegenüber 69 Prozent). Dies galt für alle Mitgliedstaaten außer Österreich. In Irland betrug die Differenz zwischen den Beteiligungsquoten 27 Prozentpunkte (Frauen: 93 Prozent, Männer: 66 Prozent), in Griechenland 15 Prozentpunkte (Frauen: 76 Prozent, Männer: 61 Prozent)

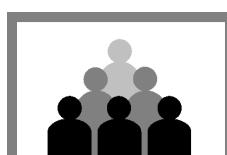
und in Spanien 12 Prozentpunkte (Frauen: 77 Prozent, Männer: 65 Prozent). In Deutschland und den Niederlanden war der Anteil bei den Männern dagegen etwa genauso hoch wie bei den Frauen. Außer in Malta besuchten auch in den beitretenden Ländern mehr Frauen als Männer im Alter von 18 Jahren noch eine Bildungseinrichtung.

In der Sekundarstufe II gibt es generell **mehr weibliche als männliche Lehrkräfte**. Dies gilt für 8 der 12 EU-Mitgliedstaaten und für 8 der 9 beitretenden Länder, für die Daten vorlagen. Innerhalb der EU waren lediglich in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und Österreich in der Sekundarstufe II mehr Lehrer als Lehrerinnen tätig. Letzteres gilt unter den beitretenden Ländern für Malta. Dagegen war in allen 5 EU-Mitgliedstaaten und, außer in Slowenien, in allen 4 beitretenden Ländern, für die Daten vorlagen, in der Sekundarstufe II die Zahl der Schulleiter größer als die der Schulleiterinnen.

Zu den Strukturindikatoren des Bereichs Innovation und Forschung, die im Rahmen des in Lissabon beschlossenen Prozesses herangezogen werden, gehört der Anteil der **Hochschulabsolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik** in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen. Im Jahr 2000/2001 war dieser Indikator in Irland (23,2 Hochschulabsolventen je 1000 Einwohner im Alter von 20 bis 29 Jahren), Frankreich (19,7), dem Vereinigten Königreich (19,5) und Finnland (16,0) am höchsten. In 4 weiteren EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Spanien und Schweden) betrug er ebenfalls mehr als 10 Hochschulabsolventen je 1000 Einwohner. Unter den beitretenen Ländern überschritt lediglich Litauen (13,1) den Wert von 10 Hochschulabsolventen je 1000 Einwohner.

Quelle: Eurostat

#### Arbeitslosenquote der Eurozone im April 2003 unverändert bei 8,8 Prozent



Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote der Eurozone blieb im April 2003 unverändert gegenüber dem Vormonat März bei 8,8 Prozent.

Im Vorjahresmonat April 2002 hatte man eine Quote von 8,3 Prozent verzeichnet. Die Arbeitslosenquote der 15 Mitgliedstaaten lag im April 2003 bei 8,1 Prozent im Vergleich zu 8,0 Prozent im März. Ein Jahr zuvor, im April 2002, hatte die Quote bei 7,6 Prozent gelegen.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten im April 2003 Luxemburg (3,5 Prozent), die Niederlande (3,7 im März), Österreich (4,3 Prozent), Irland (4,6) und Dänemark (5,1 im März). Spanien verbuchte mit 11,4 Prozent weiter die höchste Arbeitslosenquote der EU.

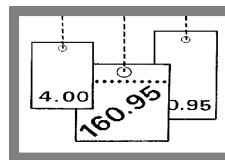
Im Jahresverlauf verzeichneten elf der zwölf Mitgliedstaaten, für die Daten für die letzten beiden Monate vorliegen, einen Anstieg der Arbeitslosenquote. Die deutlichsten relativen Anstiege wurden in Portugal (von 4,5 Prozent auf 7,3 Prozent), den Niederlanden (von 2,6 im März 2002 auf 3,7 im März 2003) und in Luxemburg (von 2,6 auf 3,5) verzeichnet. Dagegen blieb die Arbeitslosenquote in Finnland unverändert bei 9,2 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der Männer ist in der Eurozone von 7,1 Prozent im April 2002 auf 7,8 Prozent im April 2003 angewachsen, die Arbeitslosenquote der Frauen stieg von 9,8 Prozent auf 10,2 Prozent. In den 15 Mitgliedstaaten erhöhte sich die Arbeitslosenquote der Männer von 6,8 Prozent im April 2002 auf 7,3 Prozent im April 2003, die Arbeitslosenquote für Frauen stieg im gleichen Zeitraum von 8,6 Prozent auf 9,0 Prozent.

Die Quote für die unter 25-Jährigen lag in der Eurozone im April 2003 bei 17,1 Prozent und in den 15 Mitgliedstaaten bei 15,8 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte sie bei 16,1 bzw. 15,0 Prozent gelegen. Sie rangierte von 7,0 Prozent in Österreich bis 22,8 Prozent in Spanien.

Quelle: Eurostat

#### Inflationsrate der Eurozone im Mai 2003 auf 1,9 Prozent gesunken



Die **jährliche Inflationsrate** der Eurozone ist im Mai 2003 auf 1,9 Prozent gesunken, im Vormonat April hatte sie noch bei 2,1 Prozent gelegen. Ein Jahr zuvor lag die Rate bei 2,0 Prozent.

Die jährliche Inflationsrate der 15 Mitgliedstaaten ging ebenfalls zurück, von 2,0 Prozent im April auf 1,8 Prozent im Mai 2003. Ein Jahr zuvor betrug die Rate 1,8 Prozent.

Im Europäischen Wirtschaftsraum lag die jährliche Inflationsrate im Mai 2003 ebenfalls bei 1,8 Prozent.

Die **Preisentwicklung in den Mitgliedstaaten** verlief unterschiedlich. Die höchsten jährlichen Teuerungsraten im Mai 2003 verzeichneten Irland (3,9 Prozent), Portugal (3,7) und Griechenland (3,5); dagegen verbuchten Deutschland (0,6) sowie Belgien und Österreich (jeweils 0,9) die niedrigsten Inflationsraten.

Die niedrigsten Durchschnitte über zwölf Monate bis einschließlich Mai 2003 wurden in Deutschland (1,1 Prozent), Belgien (1,2) und dem Vereinigten Königreich (1,3) verzeichnet; dagegen hatten Irland (4,6), Portugal (3,9) und Griechenland (3,7) die höchsten.

Quelle: Eurostat

## Wirtschaftslage im Überblick Land Brandenburg

### Konjunkturelle Lage in Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigte sich im Jahr 2002 sehr verhalten. Den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt, welches den Wert der im Inland erwirtschafteten Leistungen ausdrückt, im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um nur noch 0,2 Prozent.

Dabei hat sich das Konjunkturklima im Jahresverlauf 2002 geringfügig verbessert. War im ersten Quartal noch ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 1,2 Prozent zu verzeichnen, folgten im zweiten und dritten Quartal Zuwachsraten von 0,4 bzw. 1,0 Prozent. Das Schlussquartal zeigt eine weiterhin verhaltene Wirtschaftsentwicklung von 0,5 Prozent.

### Wirtschaftliche Lage in Brandenburg

Die wirtschaftliche Lage ist auch im Land Brandenburg nicht zufriedenstellend. Die wirtschaftliche Gesamtleistung hat seit 1997 an Schwung verloren. Das **Bruttoinlandsprodukt** entwickelte sich preisbereinigt ab diesem Zeitpunkt abgeschwächt und ist seit dem Jahr 2001 sogar rückläufig (2001: - 0,6 Prozent, 2002: - 0,5 Prozent). Besonders beeinflusst wurde das Ergebnis durch die Entwicklung im Baugewerbe (2001: - 14,2 Prozent, 2002: - 6,9 Prozent). Aber auch vom Verarbeitenden Gewerbe gingen keine nennenswerten Wachstumsimpulse aus. Nach einem außerordentlich kräftigen Anstieg der realen Bruttowertschöpfung um 14,4 Prozent im Jahr 2000 blieb der brandenburgischen Industrie für 2001 nur noch ein Plus von 2,1 Prozent und für 2002 von 2,5 Prozent.

Die berichtspflichtigen Betriebe des Landes Brandenburg im **Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden** erwirtschafteten von Januar bis März 2003 einen Gesamtumsatz von 3 882 Millionen EUR. Damit ging der Gesamtumsatz gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,4 Prozent zurück.

Von den umsatztstärksten Wirtschaftszweigen des Landes Brandenburg konnten insbesondere die Betriebe des Holzgewerbes (ohne Herstellung von Möbeln), der Herstellung von chemischen Erzeugnissen und der Metallerzeugung und -bearbeitung seit Jahresbeginn 2003 Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum verbuchen. Einen Rückgang der kumulierten Umsätze verzeichneten

dagegen die Betriebe des Ernährungsgewerbes und des sonstigen Fahrzeugbaus.

Das Exportvolumen von industriellen Produkten der Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden betrug für den Zeitraum Januar bis März 2003 insgesamt 742 Millionen EUR. Damit wurde ein Zuwachs gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 29 Millionen EUR bzw. 4,1 Prozent erreicht.

Die Exportquote, gemessen am Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag im o. g. Zeitraum bei 19,1 Prozent und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte.

Der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe (Basis 2000 = 100) sank im I. Quartal 2003 gegenüber dem I. Quartal 2002 um 24,0 Prozent. Das Ergebnis wurde stark durch die rückläufige Auslandsnachfrage beeinflusst. Diese ging um 48,5 Prozent zurück.

Bei der Betrachtung der Hauptgruppen ist ein erheblicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei den Investitionsgüterproduzenten zu verzeichnen (- 51,6 Prozent). Die Auslandsnachfrage sank dabei um 68,3 Prozent.

Im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden stagnierte im I. Quartal 2003 die Zahl der Beschäftigten (- 1,8 Prozent). Durchschnittlich waren in diesem Zeitraum 87 135 Personen beschäftigt.

Die mit Abstand meisten Personen waren im Ernährungsgewerbe (12,0 Prozent), in der Herstellung von Metallerzeugnissen (10,1 Prozent) und im sonstigen Fahrzeugbau (9,0 Prozent) tätig.

Die stärksten Beschäftigungsrückgänge verzeichneten die Wirtschaftsbereiche Rundfunk- und Nachrichtentechnik, Bekleidungsgewerbe und Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.

Die **Bauwirtschaft** war bis zur Hälfte der neunziger Jahre in Brandenburg wie auch in den anderen neuen Ländern der Motor für die konjunkturelle Entwicklung (hoher Nachwendebedarf). Bereits 1996 begann jedoch ein Anpassungsprozess der Kapazitäten an die nachlassende Baunachfrage, der sich in rückläufigen Umsatzentwicklungsgraten äußert.

Die berichtspflichtigen Betriebe des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** erzielten im I. Quartal 2003 einen Gesamtumsatz von 356 Millionen EUR. Damit ging dieser gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 21,1 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz betrug im I. Quartal 2003 348 Millionen EUR und ging damit gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 21,4 Prozent zurück. Dieses Ergebnis wurde wesentlich durch den Umsatzrückgang im Hochbau bestimmt (- 27,3 Prozent). Das Minus im Hochbau ist vor allem auf die Umsatzrückgänge im Wohnungsbau (- 22,2 Prozent) sowie beim gewerblichen und industriellen Hochbau (- 35,0 Prozent) zurückzuführen. Auch beim Tiefbau wurden die Ergebnisse des Vorjahres nicht erreicht. Der Umsatzrückgang lag gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bei 13,9 Prozent.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge als konjunktureller Frühindikator der künftigen Umsatzentwicklung betrug im I. Quartal 2003 rund 366 Millionen EUR und lag damit um 31,6 Prozent unter der Vorjahresnachfrage. Auch hier war der Rückgang bei den Auftragseingängen im Hochbau stärker als im Tiefbau (- 37,1 Prozent bzw. - 25,4 Prozent).

Die rückläufigen Auftragseingänge und Umsätze waren eher Anlass zur Freisetzung von Beschäftigten als zu Neueinstellungen. Im Durchschnitt des I. Quartals 2003 waren im brandenburgischen Bauhauptgewerbe noch rund 22 208 Beschäftigte gemeldet. Das waren 16,2 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Beim **Außenhandel** betrug im I. Quartal 2003 im Rahmen des Warenverkehrs die Einfuhr (Generalhandel) von 1 367,4 Millionen EUR und die Ausfuhr (Spezialhandel) 1 125,8 Millionen EUR. Damit liegt die Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum bei + 6,4 Prozent bzw. - 2,7 Prozent.

Im **Einzelhandel** (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gingen die Umsätze im I. Quartal 2003 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um nominal 1,7 Prozent und real um 1,8 Prozent zurück.

Die schwache Konjunktur im Einzelhandel führte zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten ging im Vergleichszeitraum um rund 0,4 Prozent zurück. Dieser Beschäftigungsrückgang resultiert aus dem weiteren Abbau der Vollzeitbeschäftigen (- 2,3 Prozent). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigen stagniert dagegen geringfügig (+ 1,3 Prozent).

Auch im **Gastgewerbe** war die Umsatzentwicklung im I. Quartal 2003 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum rückläufig. Hier war der Umsatz nominal um 5,5

Prozent bzw. real um 6,5 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Mit dieser rückläufigen Entwicklung des Umsatzes ist ein weiterer Abbau der Beschäftigung verbunden. Sie ging im Vergleichszeitraum um 3,0 Prozent zurück. Dieser Beschäftigungsrückgang resultiert aus dem weiteren Abbau der Vollzeitbeschäftigen (- 8,8 Prozent). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigen erhöhte sich dagegen (+ 8,2 Prozent).

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** sank im IV. Quartal 2002 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,6 Prozent. Auch die Zahl der Abmeldungen ging um 8,3 Prozent zurück. Den insgesamt 4 772 Gewerbeanmeldungen standen im o. g. Zeitraum 4 819 Gewerbeabmeldungen gegenüber, so dass die Abmeldungen die Anmeldungen geringfügig übertrafen.

Im I. Quartal 2003 stieg in Brandenburg die Zahl der **Insolvenzfälle** um rund 9,8 Prozent bzw. um 76 Fälle gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Zahl der Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens für Unternehmen in diesem Zeitraum zurückgingen (- 17,0 Prozent), stiegen sie für die übrigen Schuldner (+ 39,4 Prozent).

Der **Verbraucherpreisindex Brandenburg** (2000=100) war im März 2003 um 1,1 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Dieses Ergebnis wird wesentlich durch die Preissteigerungen bei Kraftstoffen, Tabakwaren, alkoholischen Getränken sowie Strom, Gas und anderen Brennstoffen einerseits und Preissenkungen bei Nahrungsmitteln andererseits beeinflusst.

Das rückläufige Wirtschaftswachstum prägt auch die Entwicklung am **Arbeitsmarkt**. So erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im März 2003 einen Stand von 268 761. Das sind 20 847 Personen bzw. 8,4 Prozent mehr als im März 2002.

Besonders groß ist der Abbau der Beschäftigung in der Bauwirtschaft einschließlich baunahen Wirtschaftsbereichen sowie bei Verwaltungs- und Büroberufen.

Die Arbeitslosenquote auf Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug Ende März 2003 im Land 21,5 Prozent und befindet sich damit im Durchschnitt der neuen Bundesländer (21,3 Prozent), dagegen lag sie um 9,2 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote für Deutschland.

## Entwicklung der Bauaufträge 1995 bis 2002

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Brandenburger Betriebe des Bauhauptgewerbe im Zeitraum 1995 bis 2002 wird deutlich, dass nach überaus guten Jahren im Zeitraum zwischen 1995 und 1999 ein deutlicher Rückgang eingetreten ist. Der Stand des Jahres 2002 liegt deutlich unter dem Wert des Jahres 1995. Gegenüber 1995 ist genau ein Drittel weniger Betriebe noch wirtschaftlich aktiv. Der baugewerbliche Umsatz ist um fast 45 Prozent zurückgegangen. Mehr als jeder zweite Beschäftigte des Bauhauptgewerbes, das sind immerhin rund 30 600 Beschäftigte, ist 2002 nicht mehr in den Betrieben, die der Konjunkturbeobachtung unterliegen, tätig.

### Vorbemerkungen, Rechtsgrundlagen, Berichtskreis

Die monatlich Bauberichterstattung des Bauhauptgewerbes ist eine Teilerhebung. Sie wird bei den wirtschaftlich bedeutenden Betrieben sowie bei allen Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes durchgeführt. Sie dient der kurzfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage des Baumarktes. Darüber hinaus wird sie u. a. in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und zur Berechnung verschiedener Indizes im Baugewerbe verwendet. Die Erhebung stellt damit unverzichtbare Unterlagen für die Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften, der Bundes- und Landesregierung, der Bau- und Handwerksverbände sowie der Kammern zur Verfügung und ist somit eine unentbehrliche Grundlage für zahlreiche Entscheidungen auf dem Gebiet der gesamten Wirtschaftspolitik. Auch für die Belange der Wirtschaftsbeobachtung auf Europäischer Ebene finden die erhobenen Daten Verwendung.

Die Erhebung, als auch die Darstellung der Ergebnisse erfolgt nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993 (WZ 93). Sie ist die von der Europäischen Kommission genehmigte nationale Fassung der NACE Rev. 1 für die Bundesrepublik Deutschland.

Wie jede Bundesstatistik wird auch die Konjunkturerhebung im Bauhauptgewerbe durch ein eigenständiges Gesetz angeordnet. Das ist in diesem Fall das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils aktuellen Fassung. Diese Erhebung geschieht stets unter Beachtung der grundsätzlichen Regeln für eine Bundesstatistik, die im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) verankert sind.

Das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe bestimmt die zu erhebenden Merkmale. Das sind im Einzelnen:

- die tätigen Personen,
- die Arbeitsstunden,
- die Lohn- und Gehaltsummen,
- die Umsätze und
- der Auftragseingang (Bauaufträge).

Die Erhebungsdurchführung des Auftragseinganges ist integraler Bestandteil der monatlichen Konjunkturerhebung bei den wirtschaftlich bedeutenden Betrieben und damit bundeseinheitlich bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen sowie bei allen Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes.

Zum **Bauhauptgewerbe** werden Baubetriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, wie zum Beispiel Abbruch- und Erdbewegungsarbeiten und dem Hoch- und Tiefbau, wie beispielsweise die Erbringung von Hochbauleistungen selbst, Dachdeckerarbeiten, Straßenbauarbeiten, die Erstellung von Gerüsten und spezielle Tiefbauarbeiten zugeordnet.

Als **Unternehmen** zählt in der amtlichen Statistik die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher führt und gesonderte Abschlüsse aufstellt.

**Betriebe** sind örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe. Arbeitsgemeinschaften (ARGE) als temporärer Zusammenschluss von Baukapazitäten mehrerer Betriebe für einen Bauauftrag, werden wie Betriebe in die Erhebung einbezogen.

Dass mit den einbezogenen auskunftspflichtigen Betrieben auch die wirtschaftlich bedeutenden Einheiten des Brandenburger Bauhauptgewerbes befragt werden, wird aus den Eckwerten der Totalerhebung, die jährlich bei allen bauhauptgewerblich tätigen Baubetrieben erfolgt und auch alle kleinen derartigen Baubetriebe und Unternehmen einschließt, deutlich.

Im Juni des Jahres 1995 sind in den Betrieben der Konjunkturerhebung 84 Prozent (60 757) der Beschäftigten tätig und sie erwirtschaften 89 Prozent (4 940 Millionen EUR) des Umsatzes des Vorjahres.

Im Jahr 2002 sind es mit 73 Prozent der tätigen Personen und einem Anteil von 72 Prozent des Vorjahresumsatzes immer noch der weitaus größte Teil. Allerdings auf einem deutlich niedrigeren absoluten und anteiligen Niveau. Das verdeutlicht sowohl den rasanten Rückgang der Wirtschaftskraft des Bauhauptgewerbes, als auch die Strukturveränderung hin zu einer kleinbetrieblicheren Struktur im Bauhauptgewerbe Brandenburgs. Da bei den kleineren Betrieben keine Erhebung des Auftragseinganges erfolgt kann ein analoger Anteilsvergleich bezüglich des Auftragseinganges nicht vorgenommen werden. Aber es kann eingeschätzt werden, dass durch die monatlich befragten Baubetriebe die Entwicklung der Branche insgesamt einschließlich des Auftragseinganges gut beschrieben wird.

Bevor mit der eigentlichen Betrachtung der Daten begonnen werden kann, noch einige Ausführungen zu den geltenden Definitionen und den erhobenen Daten.

**Auftragseingang** ist der Wert (ohne Umsatzsteuer) aller im Berichtsmonat vom Betrieb mit Sitz in Brandenburg fest akzeptierten Inlandsaufträge für Bauleistungen.

Um zu erreichen, dass jeder Auftrag nur einmal erfasst wird und keine Doppelzählungen erfolgen, dürfen die Auftragseingänge nur von der Firma, die den Bauauftrag ausführen wird, gemeldet werden. Demnach sind solche Teile von Bauaufträgen, bei denen bereits zum Zeitpunkt des Auftragseingangs feststeht, dass sie an eine andere Baufirma (oder eventuell Arbeitsgemeinschaft) als **Subunternehmer** als Unterauftrag weitergegeben werden, nicht in die eigene Meldung einzubeziehen.

Die Auftragseingänge werden regional nach Bundesländern gegliedert erhoben. Maßgebend für die Zuordnung ist die Lage der Baustelle. Der Auskunftsgebende hat deshalb getrennt für jedes Land, in dem die Baustellen liegen werden, die neu akzeptierten Bauaufträge zu summieren und getrennt für jedes Bundesland in den Erhebungsboegen einzutragen.

Da der Auftragseingang in der Erhebungsdurchführung auch nach dem Bundesland abgefragt wird, in dem sich die Baustelle befindet, ergeben sich zwei Betrachtungsebenen:

- Bauaufträge des Brandenburger Bauhauptgewerbes – Auftragseingang nach dem Betriebssitz

Dieser Wert versteht sich als Summe der Auftragseingänge der Betriebe mit Sitz im Bundesland Brandenburg unabhängig davon, ob sich die zukünftige Baustelle in Brandenburg, Berlin oder einem anderen Bundesland befindet.

- Im Land Brandenburg insgesamt vergebenen Bauaufträge – Auftragseingang nach Lage der Baustelle im Bundesland

Bei dieser Kennziffer werden alle im Land Brandenburg vergebenen Bauaufträge ausgewiesen, die an einen Baubetrieb des Bauhauptgewerbes in Deutschland vergeben wurden. Dieser Wert versteht sich als Summe der Auftragseingangseingänge aller Betriebe mit Sitz in Deutschland, die im Bundesland Brandenburg einen Bauauftrag erhalten haben. Er kann also erst nach Ergebnisübermittlung aus allen Bundesländern an das Statistische Bundesamt (StBA) und entsprechender Aufbereitung für das jeweilige Bundesland berechnet und bereitgestellt werden. Brandenburg erhält also nur die Ergebnisse für Brandenburg in der Untergliederung nach Bundesländern.

Die Ergebnisse für Deutschland werden durch das StBA in der Fachserie „Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft“ publiziert. Da Brandenburg nur den Ergebnisbericht für sein Land erhält, wurde mit dem Statistischen Landesamt Berlin vereinbart, dass die Jahreswerte **für die Bundesländer Berlin und Brandenburg** ausgetauscht und einheitlich aufbereitet sowie veröffentlicht werden. Damit besteht für die Nutzer der Berichte die Möglichkeit, eine Auswertung nach den im benachbarten Bundesland erhaltenen Bauaufträgen zu erhalten.

Der Auftragseingang, die auf Baustellen und Bauhöfen geleisteten Stunden und der baugewerbliche Umsatz werden nach Bauarten und Auftraggebern bzw. Auftraggebergruppen erhoben.

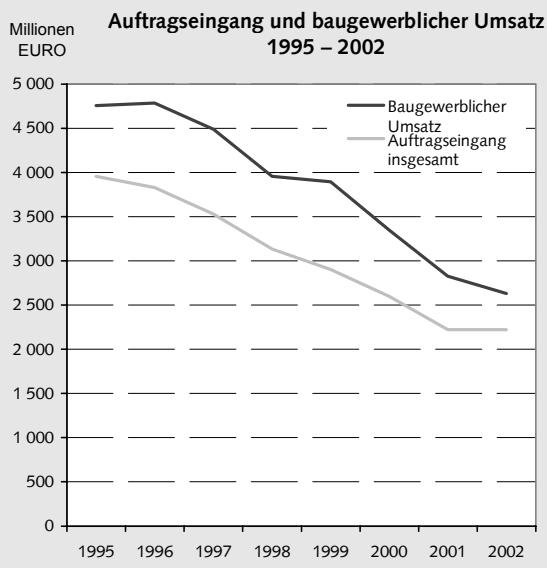
Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die Untersuchung der beiden großen Auftraggebergruppen und zwar den **gewerblichen Bau**, den **öffentlichen und Straßenbau** sowie den **Wohnungsbau**, der ohne Nachweis des Auftraggebers erhoben wird. In dieser Reihenfolge und für die vorgenannte Untergliederung soll auch die Untersuchung erfolgen.

## Bauaufträge des Brandenburger Bauhauptgewerbes

Betrachtet man die Gesamtentwicklung der in die monatlichen Erhebungen einbezogenen Betriebe im Untersuchungszeitraum, dann wird schnell deutlich, dass im Bauhauptgewerbe Brandenburgs offensichtlich nach überaus guten Jahren im Zeitraum zwischen 1995 und 1999 ein deutlicher Rückgang eingetreten ist. Der Stand des Jahres 2002 liegt bei allen drei Kennziffern unter dem Wert des Jahres 1995. Gegenüber 1995 ist genau ein Drittel weniger Betriebe noch wirtschaftlich aktiv. Der baugewerbliche Umsatz ist um fast 45 Prozent (2 127 Millionen EUR) zurückgegangen. Mehr als jeder zweite Beschäftigte des Bauhauptgewerbes, das sind immerhin rund 30 600 Beschäftigte, ist 2002 nicht mehr in den Betrieben, die der Konjunkturbeobachtung unterliegen, tätig.

**Bauhauptgewerbe Brandenburgs 1995 – 2002**  
Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen  
mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Bauge- werblicher Umsatz	Auftrags- eingang
	Anzahl	Millionen EUR		
1995	834	57 234	4 759	3 955
1996	914	54 772	4 784	3 828
1997	962	50 455	4 489	3 529
1998	899	43 914	3 955	3 135
1999	821	40 834	3 893	2 902
2000	756	36 675	3 348	2 600
2001	661	31 224	2 826	2 222
2002	556	26 595	2 632	2 221

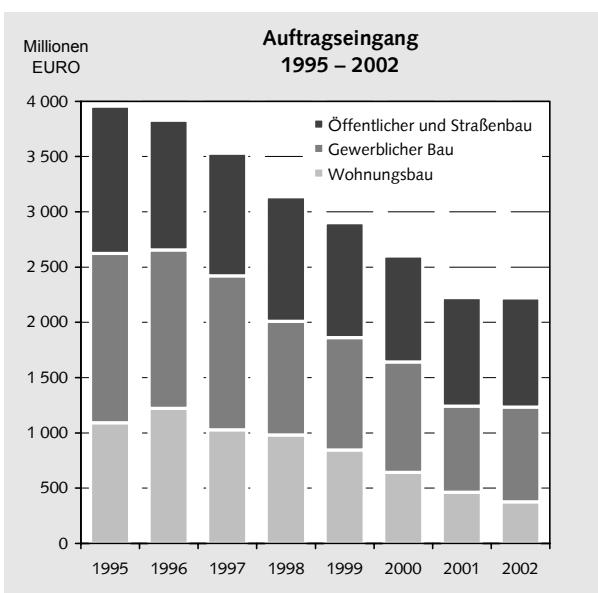


Die Grafik verdeutlicht die enge Korrelation zwischen baugewerblichem Umsatz und Auftragseingang. Die Bauaufträge liegen immer etwas unter dem Wert des baugewerblichen Umsatzes. Die Differenz begründet sich beispielsweise aus an Subunternehmer weitergereichten Bauaufträgen, die nicht zur monatlichen Konjunkturberichterstattung melden oder fehlender Übereinstimmung zwischen Kalkulation des Bauauftrages und Endabrechnung. Weiterhin können im laufenden Berichtsmonat sofort abgearbeitete Bauaufträge, die nicht als Auftragseingang gemeldet werden und auch „schlichte“ Untererfassungen aus den verschiedensten Gründen zu derartigen Differenzen führen.

Festgestellt werden kann auch hier, dass sich sowohl Bauumsatz als auch Auftragseingang um etwa 44 Prozent und somit in gleicher Größenordnung rückläufig entwickelt haben. Beide Kennziffern weisen im Untersuchungszeitraum stete Rückgänge auf. Während 1995 noch 3 955 Millionen EUR Bauaufträge durch die Brandenburger Baubetriebe gemeldet wurden, sind es im Jahr 2002 noch 2 221 Millionen. Der nominale Rückgang in Höhe von 1 734 Millionen EUR verschlechterte die allgemeine Auftragslage, verursachte stärkere Konkurrenz am Markt und führte im Endergebnis zu Insolvenzen von Baubetrieben bzw. Personalabbau in den vorhandenen Baufirmen.

**Auftragseingang im Bauhauptgewerbe Brandenburgs  
1995 – 2002 nach Bauarten und Auftraggebern**  
Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen  
mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Insgesamt	davon		
		Wohnungs- bau	Gewerb- licher Bau	Öffentlicher und Straßenbau
Millionen EUR				
1995	3 955	1 092	1 531	1 332
1996	3 828	1 222	1 433	1 173
1997	3 529	1 029	1 392	1 108
1998	3 135	981	1 029	1 126
1999	2 902	843	1 018	1 042
2000	2 600	643	998	959
2001	2 222	461	781	980
2002	2 221	375	858	988

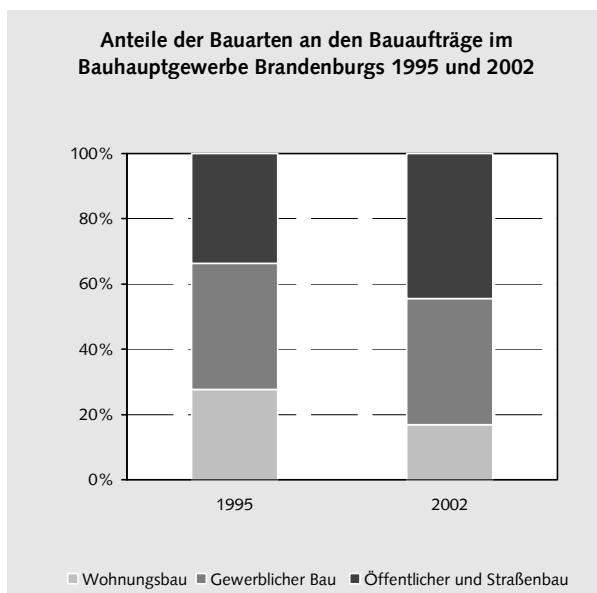


Die Auftragseingänge sind erwartungsgemäß in allen drei betrachteten Untergliederungen rückläufig. Diese sind jedoch im einzelnen betrachtet sehr unterschiedlich ausgefallen.

Der **Wohnungsbau** hat sowohl absolut und prozentual am stärksten Reduzierungen an Bauaufträgen hinnehmen müssen. 1995 sind 1 092 Millionen EUR Aufträge akquiriert worden. 2002 waren es lediglich noch 375 Millionen EUR. Das entspricht einem Rückgang um fast zwei Drittel zum damaligen Auftragsvolumen. Hauptursache dürften die inzwischen ausreichend vorhandenen Wohnungen im Mehrfamilienhaussegment im Wohnungsbestand Brandenburgs sein. Die deshalb drastisch sinkenden Genehmigungszahlen für Mehrfamilienhäuser sind die Reaktion der Investoren auf diese Marktsituation. Hinzu kommt, dass die Errichtung dieser Gebäudekategorie im Wohnungsbau traditionsgemäß durch größere Baubetriebe bestritten wird.

Im **gewerblichen Bau** sind im Jahr 2002 Bauaufträgen in Höhe von 858 Millionen EUR deutschlandweit von den einbezogenen Baubetrieben gemeldet worden. Das sind gegenüber 1995, wo noch 1 530 Millionen EUR in den Auftragsbüchern standen, 44 Prozent weniger. Damit hat der gewerbliche Bau den zweithöchsten Rückgang hinnehmen müssen.

Der **öffentliche und Straßenbau** hat im Vergleich der Jahre 2002 und 1995 mit einem Viertel weniger Bauaufträgen den geringsten prozentualen Rückgang hinnehmen müssen. Im Jahr 2002 sind 344 Millionen EUR weniger Bauaufträge als 1995 durch Brandenburger Baubetriebe bei öffentlichen Auftraggebern in Deutschland akquiriert worden. Mit den 988 Millionen EUR die 2002 die Auftragsbücher von Brandenburger Baubetrieben füllten, wurde aber



dennoch das absolut höchste Auftragsvolumen der drei untersuchten Gruppen erreicht.

Die Struktur der Bauaufträge hat sich im Jahr 2002 im Vergleich zu 1995 erheblich geändert. Während 1995 noch von einer relativ gleichmäßigen Verteilung der Anteile zwischen Wohnungsbau, gewerblichen Bau und öffentlichen und Straßenbau gesprochen werden kann, hat sich dieses Verhältnis im Jahre 2002 erwartungsgemäß zu ungünstigen des Wohnungsbauwesens entwickelt. Lediglich 17 Prozent aller Bauaufträge sind als Anteil im Jahr 2002 noch zu vermerken. Der gewerbliche Bau hat seine rund 39 Prozent Anteile an den Aufträgen gehalten, wenn auch wie bereits dargestellt, auf deutlich niedrigerem Niveau. Deutlich angewachsen in seiner Bedeutung ist der öffentliche und Straßenbau der immerhin von 34 Prozent auf fast 45 Prozent Anteil angestiegen ist und einen wachsenden Einfluss auf die Baubranche ausübt. Damit haben zurückgehende Bauinvestitionen der öffentlichen Hand unmittelbare Auswirkung auf die Wirtschaftslage im Bauhauptgewerbe und natürlich im Nachgang anschließend auch im Ausbaugewerbe.

#### Im Land Brandenburg insgesamt vergebene Bauaufträge

Zunächst einen Blick auf die Gesamtentwicklung aller in Brandenburg vergebenen Bauaufträge im Untersuchungszeitraum.

Die Bauaufträge, die im Untersuchungszeitraum in Brandenburg vergeben wurden, sind ebenfalls rückläufig. Konnten 1995 noch 4 314 Millionen EUR durch Auftraggeber aus Brandenburg ausgereicht werden, so waren es 2002 noch 2 186 Millionen EUR. Dies ist fast nur noch die Hälfte von 1995. Auch hier ist festzustellen, dass die un-

tersuchten Gruppen unterschiedlich stark von den schrumpfenden Bauaufträgen betroffen sind.

Die **Wohnungsbauaufträge** in Brandenburg gingen um über zwei Drittel und zwar 816 Millionen EUR zurück. Wurden 1995 noch deutlich über 1 Milliarde EUR an Aufträgen für diese Bauart ausgelöst, sind es 2002 nur noch 367 Millionen EUR. Damit ist der Wohnungsbau am stärksten von den Rückgängen betroffen.

Auch die Investoren, die Bauvorhaben im **gewerblichen Bau** auslösten, haben diese um über die Hälfte zurückgefahren. 2002 wurden Bauaufträge in Brandenburg in Höhe von 834 Millionen EUR im gewerblichen Bau ausgereicht. 1995 waren es mit 1 737 Millionen EUR über das Doppelte mehr.

Im **öffentlichen und Straßenbau** wurden auch die Bauvorhaben, die in Brandenburg zur Ausführung gelangen sollen, um fast 30 Prozent reduziert. Aber dieser Rückgang ist deutlich geringer ausgefallen als in den beiden vorgenannten Gruppen. Man kann also festhalten, dass durch die Bauaufträge der öffentlichen Hand ein stabilisierender Einfluss auf die Gesamtentwicklung aller Auftragseingänge in Brandenburg ausgegangen ist.

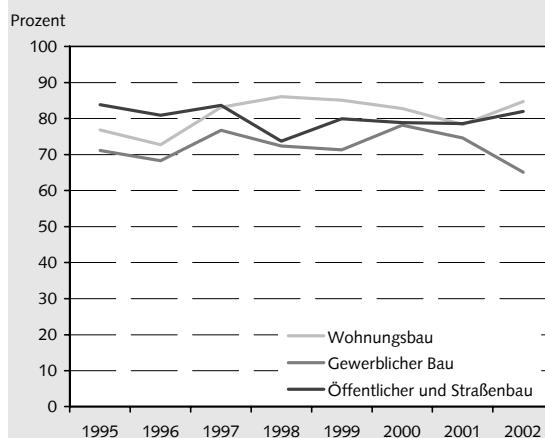
Das zeigt sich auch bei der Betrachtung der Anteile im Vergleich des Jahres 2002 mit 1995. Während 1995 der Anteil des öffentlichen und Straßenbaus am Auftragsvolumen bei knapp einem Drittel lag, ist er 2002 auf 45 Prozent angestiegen und der öffentliche und Straßenbau ist zur wichtigsten der drei untersuchten Gruppen geworden. Im Jahr 1995 war das noch der gewerbliche Bau mit 40 Prozent, der anteilig im Jahr 2002 mit 38 Prozent in etwa seine Bedeutung, natürlich auf einem deutlich niedrigerem absoluten Level, beibehalten hat.

Größten Einfluss auf die Struktur haben die Veränderungen im Wohnungsbau. Waren im Jahr 1995 noch 28 Prozent aller in Brandenburg vergebenen Bauaufträge in dieser Bausparte vergeben worden, so waren es 2002 nur noch 17 Prozent.

#### Wer baut in Brandenburg? Verteilung der Brandenburger Bauaufträge

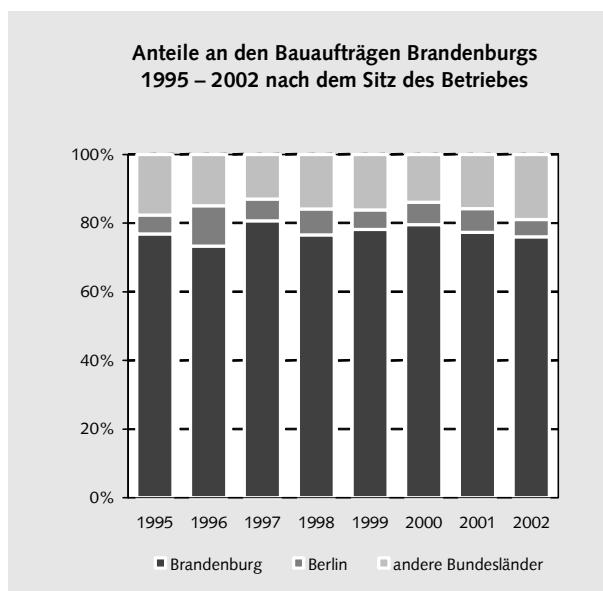
Diese Fragestellung lässt sich nur mit Hilfe des nach Ländern erhobenen Auftragseinganges ermitteln. Andere Kennziffern stehen in der Bauberichterstattung nicht zur Verfügung. Es muss aber darauf hingewiesen werden,

Entwicklung der Anteile Brandenburger Baubetriebe am Auftragsvolumen Brandenburgs 1995 - 2002 nach Auftraggebergruppen



dass ein Baubetrieb mit Sitz in Brandenburg durchaus zu einem Unternehmen gehören kann, welches seinen Sitz in einem anderen Bundesland hat. Weiterhin kann natürlich auch durch Zu- bzw. Wegzug ein Betrieb im Laufe der Jahre seinen Sitz aus oder nach Brandenburg verlegt haben. Auch das Insolvenzgeschehen im Land Brandenburg beeinflusst diese Fragestellung. Aber diese Sachverhalte sollen bei der nachfolgenden Betrachtung einmal unberücksichtigt bleiben.

Nicht unerwartet wird aus der Grafik auf Seite 21 ersichtlich, dass durch Brandenburger Baubetriebe auch der Hauptanteil der im Land vergebenen Bauaufträge akquiriert wurde. Über die Jahre bewegt sich der prozentuale Anteil fast kontinuierlich um die 77 Prozent. Betrachtet man nun die untersuchten Gruppen, dann kann man erkennen, dass keine besonders dominiert. Man kann also von einer ausgewogenen Produktionsstruktur des Brandenburger Bauhauptgewerbes sprechen, welches in der Lage ist, den Anforderungen der Aufträge mit ihren Baukapazitäten gerecht zu werden. Im Wohnungsbau und im öffentlichen und Straßenbau hat sich der Anteil bei etwa 80 Prozentpunkten eingependelt. Im gewerblichen Bau liegt der Anteil etwas niedriger, bei etwa 70 Prozent. Gleichzeitig ist er größeren Schwankungen, möglichen Großinvestitionen im jeweiligen Jahr unterworfen bzw. der Auftraggeber hat den Auftrag an einen Betrieb mit Sitz außerhalb von Brandenburg vergeben, der ein besseres Angebot unterbreitete oder bessere Voraussetzungen für die Realisierung des Bauvorhabens mitbrachte.



Die Berliner Baubetriebe spielen auf dem Brandenburger Auftragsmarkt keine besonders wichtige Rolle. Durch sie wurden lediglich Anteile um die 6 Prozent am vergebenen Auftragsvolumen insgesamt erzielt. Da sich dahinter auch ein geringeres absolutes Volumen verbirgt, sind die Anteilschwankungen in den drei untersuchten Gruppen und über die Zeitachse relativ deutlich.

Baubetriebe aus den übrigen Bundesländern haben im Untersuchungszeitraum zwischen 13 und bis zu 19 Prozent Anteil am Auftragsvolumen des Landes erzielen können. Auffällig ist, dass im gewerblichen Bau deutlich höhere Anteile als im Wohnungsbau bzw. an Aufträgen der öffentlichen Hand, im öffentlichen und Straßenbau akquiriert werden konnten. Offenbar wählen die Investoren für die Bauleistung stärker Baubetriebe aus anderen Bundesländern, sie bringen also den Baubetrieb quasi mit oder der Bauauftrag verlangt spezielles Know how, welches lokal nicht ausreichend zur Verfügung steht.

#### Wo bauen Brandenburger Baubetriebe noch in Deutschland?

Um die Quantitäten zu bestimmen, ist aus den von allen Betrieben mit Sitz im Land Brandenburg gemeldeten Bauaufträgen und den Bauaufträgen, die sie im Land Brandenburg akquiriert haben, die Differenz zu ziehen. Diese ergibt die Menge der in anderen Bundesländern erzielten Bauaufträge. Eine detaillierte Untersuchung für alle Bundesländer soll hier nicht vorgenommen werden. Aber für die anderen Bundesländer und speziell für Berlin kann die-

se Menge aufgrund des bereits beschriebenen Datenaustausches vorgenommen werden.

#### Was zeigen die ermittelten Daten?

Die Brandenburger Baubetriebe haben im Beobachtungszeitraum versucht, die Rückgänge der Bauaufträge in Brandenburg selbst, durch stärkere Präsenz auf den Baumärkten in anderen Bundesländern zu kompensieren. Das ist auch gelungen. 1995 wurden 16 Prozent aller Bauaufträge in einem anderen Bundesland erzielt. Dieser Anteil war auf ein Viertel im Jahr 2002 angewachsen. Nominelle Rückgänge sind allerdings auch bei diesen Bauaufträgen festzustellen. So gingen die Aufträge in anderen Bundesländern von rund 640 Millionen EUR 1995 auf 560 Millionen EUR im Jahr 2002 zurück. Hauptursache ist dabei der Rückgang im Wohnungsbau. Interessant ist, dass der Anteil der Aufträge im gewerblichen Bau eine deutliche Steigerung verzeichnet. Wurde 1995 noch ein Fünftel aller Bauaufträge diese Sparte in einem anderen Bundesland erzielt, so war er mit Steigerung in den Zwischenjahren auf über ein Drittel im Jahr 2002 angewachsen.

Erwartungsgemäß übt der Berliner Baumarkt einen großen Einfluss auf die Brandenburger Baubetrieb aus. Im Untersuchungszeitraum konnten Bauaufträge pro Jahr in einer Größe von deutlich über 300 Millionen EUR in Berlin akquiriert werden. Trotz rückläufiger Auftragslage ist diese nominale Größenordnung über die Jahre relativ gleich geblieben. Damit haben die Betriebe des Brandenburger Bauhauptgewerbes ihren Anteil am Berliner Auftragsvolumen von 9 auf 16 Prozent aufgestockt.

Der Anteil an Bauaufträgen in den übrigen Bundesländern ist über die beobachteten Jahre nominal rückläufig und zwar von ca. 300 Millionen EUR 1995 auf etwa 200 Millionen EUR im Jahr 2002. Betrachtet man die Anteile am gesamten akquirierten Bauvolumen, so wird erkennbar, dass die Brandenburger Baubetriebe durchaus bestrebt sind auch mit Bauaufträgen in anderen Bundesländern ihre wirtschaftliche Basis abzusichern. So hat sich der Anteil dieser Bauaufträge von 8 auf 9 Prozent erhöht, in den Zwischenjahren waren sogar Anteile von 10 und einmal 11 Prozent erzielt worden.

Vergleicht man die beiden vorgenannten Teilbaumärkte außerhalb Brandenburgs, wird deutlich, dass der Berliner Baumarkt mit seinen Aufträgen einen größeren Stellenwert besitzt als der in den übrigen Bundesländern zusammen genommen.

## Sichert die Auftragslage das Überleben aller Betriebe im Brandenburger Bauhauptgewerbe?

Die Antwort lautet: Vermutlich nicht, wenn die Entwicklung so weiter verläuft.

Zu dieser Aussage gelangt man, wenn man den Brandenburger Wert mit Deutschland, den alten und den neuen Bundesländern vergleicht. Dazu wurde als Vergleichszahl der Auftragseingang je Beschäftigten berechnet.

Dies ergibt folgende Werte für das Jahr 2002:

- Brandenburger Baubetriebe erzielten 83 521 EUR Bauaufträge je Beschäftigten.
- Betriebe der neuen Bundesländer und Berlin Ost akquirierten 84 676 EUR Bauaufträge je Beschäftigten.
- Betriebe im früheren Bundesgebiet erhielten 108 396 EUR Bauaufträge je Beschäftigten.

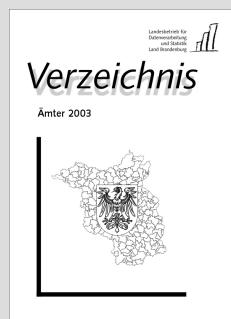
- Die Betriebe in Deutschland erzielten 102 096 EUR Bauaufträge je Beschäftigten.

Aus den Berechnungen wird ersichtlich, dass der Brandenburger Wert noch 1,4 Prozent unter dem der neuen Bundesländer und sogar um fast ein Viertel unter dem der Betriebe mit Sitz im früheren Bundesgebiet liegt. Wenn diese Kennziffer maßgeblich für das Überleben eines Baubetriebes ist, dann haben die Brandenburger Baubetriebe noch weitere schmerzliche Kapazitätsanpassungen vor sich. Positiv muss aber gesehen werden, dass diese Kennziffer der Brandenburger Baubetriebe zwischen 1995 und 2002 dynamisch angewachsen und Ausdruck der bereits laufenden Strukturanpassung ist.

Dies zeigt nicht nur die Kennziffer des Auftragseinganges sondern auch die im Rahmen der monatlichen Konjunkturerhebung im Bauhauptgewerbe ebenfalls erhobenen weiteren Daten in den aktuellen Berichtsmonaten.

Dietmar Quaiser

## Aktuelles Verzeichnis der Ämter des Landes Brandenburg erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat ein neues Ämterverzeichnis des Landes Brandenburg zum Gebietsstand 31. März 2003 herausgegeben. Es wurden im Verzeichnis sämtliche bis zum 31.03.2003 wirksam gewordenen Gemeindegebietsveränderungen und Namensänderungen berücksichtigt.

Das Ämterverzeichnis beinhaltet im ersten Teil:

- die Anschriften der Ämter, amtsfreien Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise,
- die Ämter mit ihren amtsangehörigen Gemeinden einschließlich deren Schlüsselnummern,
- die alphabetische Übersicht der Ämter,
- die alphabetische Übersicht der Gemeinden.

Im zweiten Teil des Verzeichnisses wird der Gebietsstand zum Tag der bevorstehenden landesweiten Kommunalwahlen des Landes Brandenburg am 26. Oktober 2003 abgebildet. Mit diesem Stichtag ist die Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg abgeschlossen.

Das Verzeichnis kostet 6,25 EUR und kann bestellt werden beim



### Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement  
Postfach 60 10 52  
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: [vertrieb@lds.brandenburg.de](mailto:vertrieb@lds.brandenburg.de)  
Interner: [www.lbs-bb.de](http://www.lbs-bb.de)

## Wanderungen 1993 bis 2002

Die Jahre 1995 bis 1999 waren in Brandenburg geprägt vom Bevölkerungswachstum. Nachdem die Bevölkerungszahl im Jahr 2000 relativ konstant blieb, setzte ab 2001 ein Bevölkerungsrückgang ein, der sich auch bis Ende 2002 fortsetzte und sich gegenüber 2000 auf rund 19 600 Personen belief. Der Rückgang resultiert zu 87 Prozent aus dem Gestorbenenüberschuss, der in den vergangenen beiden Jahren nicht mehr ausgeglichen werden konnte, da auch die Wanderungsbilanz negativ ausfiel.

Ende 2002 lebten in Brandenburg 2 582 379 Personen, davon waren, wie schon seit Jahren, 51 Prozent Frauen. Damit hatten 10 661 Personen weniger ihren Hauptwohnsitz in Brandenburg als am Jahresanfang.

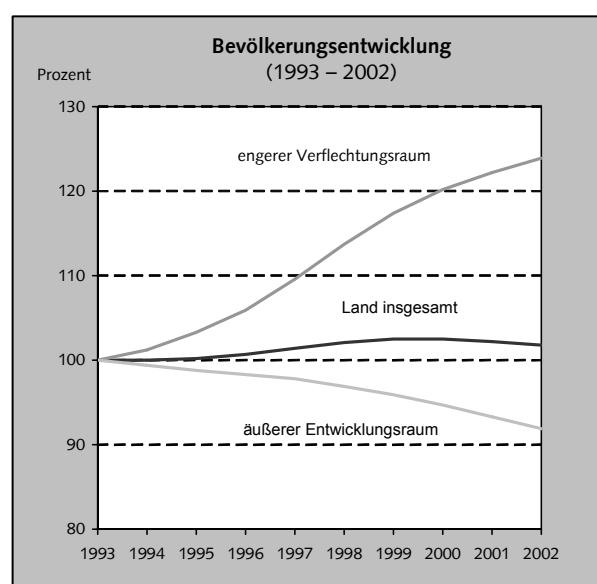
Dabei verlief die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Landesteilen nach wie vor gegenläufig. Während im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin auch im Jahr 2002 die Bevölkerung weiter zunahm (+ 12 759 Personen), hielt der Bevölkerungsschwund im äußeren Entwicklungsräum unvermindert an (- 23 420 Personen).

### Bevölkerungsbestand und Bevölkerungsveränderung in den Jahren 1993 – 2002

Jahr	Bevölkerung am 31.12.	Bevölkerungsveränderung		Bevölkerungszunahme im engeren Verflechtungsraum	
		Personen	Prozent	Personen	Prozent
1993	2 537 661	- 4 990	- 0,2	+ 1 235	+ 0,2
1994	2 536 747	- 914	- 0,0	+ 9 135	+ 1,2
1995	2 542 042	+ 5 295	+ 0,2	+ 16 726	+ 2,1
1996	2 554 441	+ 12 399	+ 0,5	+ 20 456	+ 2,5
1997	2 573 291	+ 18 850	+ 0,7	+ 28 804	+ 3,5
1998	2 590 375	+ 17 084	+ 0,7	+ 31 788	+ 3,7
1999	2 601 207	+ 10 832	+ 0,4	+ 29 094	+ 3,3
2000	2 601 962	+ 755	+ 0,0	+ 21 483	+ 2,3
2001	2 593 040	- 8 922	- 0,3	+ 16 269	+ 1,7
2002	2 582 379	- 10 661	- 0,4	+ 12 759	+ 1,3

Auch in den Jahren, in denen im Land eine positive Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen war, resultierte diese ausschließlich aus dem Bevölkerungszuwachs im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes.

Der seit 1995 bis zum Ende der neunziger Jahre anhaltende Bevölkerungszuwachs resultierte ausschließlich aus Wanderungsgewinnen. Diese betragen in diesem Zeitraum insgesamt 118 504 Personen. Die starke Zuwanderung aus Berlin, vor allem in den Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes bestimmte den Bevölke-



rungsanstieg. Trotz des Rückganges des Migrationsgewinnes im Land und der Umkehrung in einen Verlust in den Jahren 2001 und 2002 gab es das zehnte Jahr in Folge Wanderungsgewinne aus Berlin. 82 Prozent des Zugewinnes im engeren Verflechtungsraum resultierten aus Berlin-Wanderungen.

### Wanderungsgewinn aus Berlin

Jahr	Land Brandenburg	darunter
		engerer Verflechtungsraum
		Personen
1993	4 105	3 937
1994	10 143	9 751
1995	14 536	14 525
1996	18 861	18 770
1997	27 351	27 982
1998	28 499	29 873
1999	23 092	25 238
2000	17 146	18 857
2001	12 178	14 413
2002	9 707	12 333

Gegenüber dem Jahr 1998, in dem die höchsten Gewinne aus Berlin verbucht wurden, haben sich diese jährlich deutlich reduziert, bis zum Jahr 2002 sogar mehr als halbiert. Damit reichen diese nicht mehr aus, um die negative Entwicklung außerhalb des Umlandes von Berlin und damit im Land insgesamt auszugleichen.

Betrachtet man die Altersstruktur der 2002 aus Berlin in den engeren Verflechtungsraum Wandernden, so waren wie in den Vorjahren an den Wanderungsgewinnen mit Ausnahme der 20 bis unter 25-Jährigen (Wanderungsverlust 1 334 Personen) alle anderen Altersgruppen beteiligt. Die Hälfte des Wanderungsgewinnes entfällt auf die Altersgruppe der 30 bis unter 50-Jährigen. Dass es sich hier zum Teil um Familien mit Kindern handelt spiegelt sich in den positiven Wanderungssalden der bis unter 15-Jährigen wider. In der Altersgruppe 50 bis unter 70 Jahre kamen aus Berlin 2 775 Personen mehr in den engeren Verflechtungsraum als ihn verließen.

Die Mobilität im eigenen Land verstärkte den Zuzugsüberschuss im engeren Verflechtungsraum noch zusätzlich. So kamen aus dem äußeren Entwicklungsräum in den 10 Jahren 20 600 Personen mehr in das Umland von Berlin als umgekehrt.

Einen geringeren, aber ebenfalls positiven Einfluss auf das Wanderungsgeschehen im engeren Verflechtungsraum hatten die Zuzüge aus den neuen Bundesländern (+ 8 932) und dem Ausland (+ 9 222); in den Jahren 1994 bis 1999 auch die aus den alten Bundesländern.

Ab 2000 setzte jedoch auch im engeren Verflechtungsraum der Abwanderungstrend in die alten Bundesländer ein, der sich jährlich erhöhte und im Jahr 2002 einen Verlust von rund 2 400 Personen verursachte. Fast drei Viertel entfiel auf die 15 bis unter 30-Jährigen, wobei der

Hauptanteil bei den 20 bis unter 25-Jährigen lag. Aber auch alle anderen Altersgruppen bis unter 55 Jahre waren vertreten.

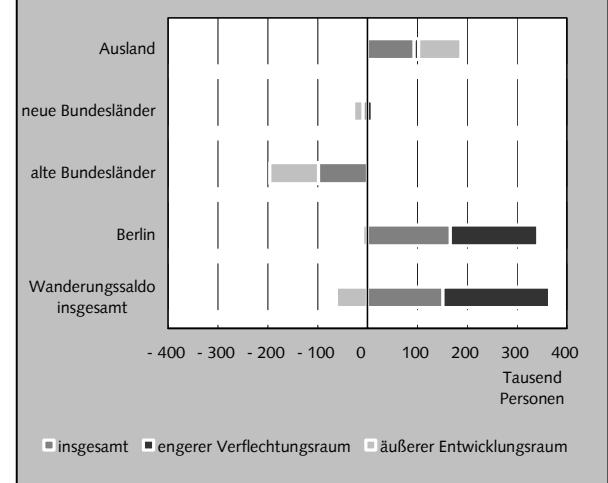
Deutlich negativ fällt hingegen das Wanderungsergebnis im äußeren Entwicklungsräum aus. Im Betrachtungszeitraum sind 62 537 Menschen aus diesem Gebiet mehr weggezogen als umgekehrt hier herkamen. Ohne den Zugewinn aus dem Ausland (+ 84 319), bedingt durch Erstaufnahmestellen für Asylbewerber/Aussiedler und Folgeunterkünfte wäre ein Wanderungsdefizit von rund 147 000 Personen entstanden.

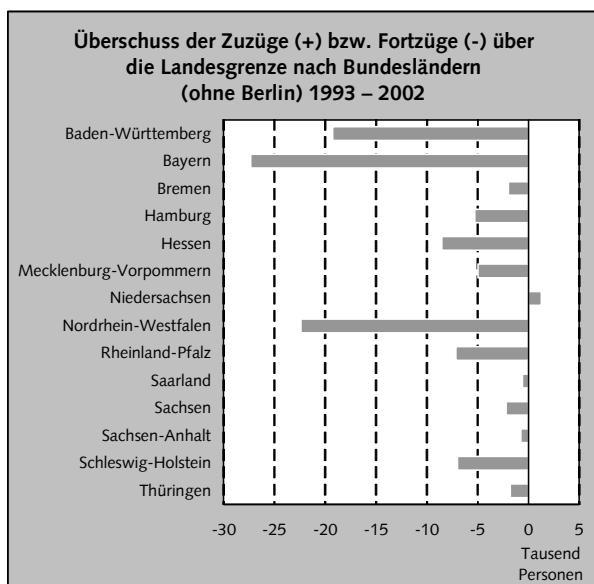
**Überschuss der Zu (+) bzw. Fortzüge (-)  
in den äußeren Entwicklungsräum  
nach Herkunfts- und Zielgebieten**

Jahr	Ins- gesamt	darunter			
		Berlin	alte Bundes- länder	neue Bundes- länder	Ausland
1993	+ 5 755	+ 168	- 13 101	- 238	+ 19 769
1994	+ 1 618	+ 392	- 5 779	- 297	+ 7090
1995	- 1 284	+ 11	- 6 803	- 1 680	+ 8 421
1996	+ 1 247	+ 91	- 6 918	- 3 122	+ 13 269
1997	- 2 196	- 631	- 8 039	- 2 781	+ 11 647
1998	- 7 589	- 1 374	- 9 455	- 2 521	+ 8 420
1999	- 11 586	- 2 146	- 11 246	- 2 998	+ 7 802
2000	- 14 333	- 1 711	- 10 492	- 1 685	+ 2 192
2001	- 18 200	- 2 235	- 14 102	- 1 693	+ 3 100
2002	- 15 969	- 2 626	- 11 645	- 1 600	+ 2 609

Von 1993 bis 2002 waren 97 580 Menschen mehr in Richtung alte Bundesländer gezogen als umgekehrt in den äußeren Entwicklungsräum kamen. Wanderungsverluste gegenüber Berlin und den neuen Bundesländern ergaben

**Überschuss der Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-) über  
die Landesgrenze 1993 – 2002**





zusätzlich für den äußeren Entwicklungsräum ein Defizit von 28 676 Personen.

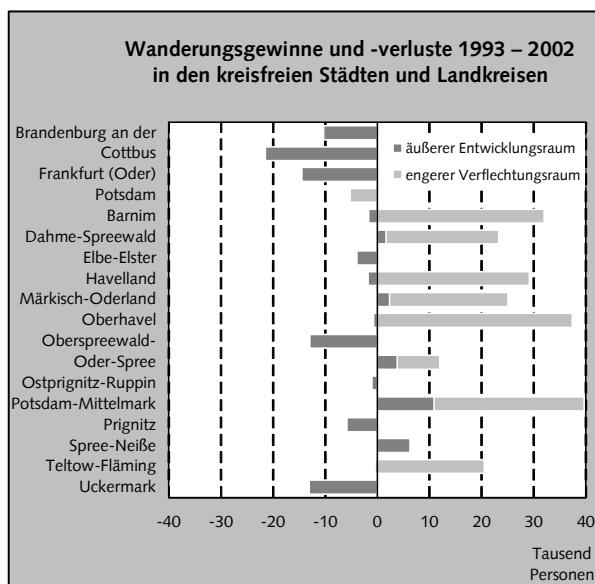
Die meisten Menschen verlor Brandenburg an Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang ist die Abwanderungstendenz aus Brandenburg in die westlichen Bundesländer wieder angestiegen. Der positive Wanderungssaldo gegenüber Niedersachsen ist ausschließlich auf die Zuwanderungen von Aussiedlern zurückzuführen.

Aus den vergangenen 10 Jahren ergibt die Wanderungsbilanz für das Land Brandenburg einen Gewinn von insgesamt 151 264 Personen, resultierend aus dem Gewinn im engeren Verflechtungsraum von 213 801 Personen und dem Verlust im äußeren Entwicklungsräum von 62 537 Personen.

Die gegensätzlichen Wanderungsergebnisse in den beiden Teilräumen des Landes wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit von den kreisfreien Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich beeinflusst.

In den 8 Landkreisen, die Gemeinden rund um Berlin haben, war der Gesamtwanderungssaldo 1993 bis 2002 positiv. Diese profitierten von den Zuwanderungen aus Berlin. Den höchsten Zugewinn hatte der Landkreis Potsdam-Mittelmark, vor allem aus Binnenwanderungen und aus Berlin. Das gleiche Erscheinungsbild zeigte sich auch in den Landkreisen Oberhavel, Barnim, Havelland, Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald.

1998 war im engeren Verflechtungsraum der Höhepunkt erreicht; seitdem sind zwar nach wie vor Wanderungsgewinne erzielt worden, aber mit rückläufiger Tendenz.



Das hohe Wanderungsaufkommen im Landkreis Oder-Spreewald resultiert zum überwiegenden Teil aus der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt.

In den Landkreisen Barnim, Havelland, Oberhavel und Teltow-Fläming fiel der Saldo für das Kreisgebiet, das zum äußeren Entwicklungsräum gehört, negativ aus.

Mit Ausnahme des Landkreises Spree-Neiße hatten alle peripheren Kreise des Landes Wanderungsverluste zu verzeichnen. In diesem Landkreis resultierte der Wanderungsgewinn größtenteils aus Zuwanderungen von Aussiedlern und Asylbewerbern.

Die Landkreise Uckermark und Oberspreewald-Lausitz hatten die höchsten Wanderungsverluste zu verzeichnen. Wie bei allen Landkreisen des äußeren Entwicklungsräumes war auch hier Hauptzielrichtung das alte Bundesgebiet.

Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin gab es bis Ende 1999 das Bundeseraufnahmelaager für Aussiedler in Dranse. Der hohe Wanderungsverlust gegenüber den alten Bundesländern ist hauptsächlich auf die Umverteilung der Aussiedler zurückzuführen. Der Wanderungsgewinn aus den alten Bundesländern im Landkreis Spree-Neiße kam größtenteils durch die Umverteilung der Aussiedler aus Niedersachsen zustande (Landesaufnahmestelle in Peitz).

Jährliche Wanderungsdefizite mussten auch die kreisfreien Städte hinnehmen. Die Landeshauptstadt Potsdam hatte seit dem Jahr 2000 leichte Wanderungsgewinne. Der negative Saldo für den Zeitraum insgesamt resultiert in Potsdam ausschließlich aus der Binnenwanderung. Wanderungsverluste gab es jährlich vor allem gegenüber dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, die insgesamt in den 10 Jahren 16 620

**Wanderungssaldo 1993 – 2002 in den kreisfreien Städten und Landkreisen nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten**

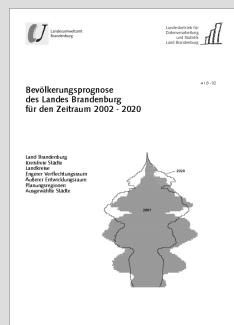
Verwaltungsbezirk	Gesamtsaldo	darunter				
		Land Brandenburg (Binnenwanderung)	Berlin	alte Bundesländer	neue Bundesländer	Ausland
Brandenburg an der Havel	- 10 275	- 3 936	- 1 277	- 4 104	- 782	- 176
Cottbus	- 21 479	- 10 395	- 1 870	- 8 737	- 559	+ 82
Frankfurt (Oder)	- 14 477	- 6 619	- 2 443	- 6 006	- 847	+ 1 438
Potsdam	- 5 218	- 13 228	+ 990	941	+ 2 180	+ 3 899
Barnim	+ 30 361	+ 4 416	+ 28 485	- 4 887	+ 650	+ 1 697
Dahme-Spreewald	+ 24 926	+ 5 035	+ 22 027	- 2 713	+ 805	- 228
Elbe-Elster	- 3 869	+ 4 090	- 947	- 6 778	- 216	- 18
Havelland	+ 27 398	+ 5 302	+ 23 132	- 1 221	+ 338	- 153
Märkisch-Oderland	+ 27 366	+ 6 370	+ 26 154	- 5 478	- 93	+ 413
Oberhavel	+ 36 709	+ 3 214	+ 33 884	- 1 575	+ 710	+ 476
Oberspreewald-Lausitz	- 12 952	+ 530	- 1 331	- 9 706	- 1 885	- 560
Oder-Spree	+ 15 789	- 12 226	+ 9 500	- 7 174	+ 122	+ 25 567
Ostprignitz-Ruppin	- 1 007	- 1 819	- 3 496	- 37 232	- 9 365	+ 50 905
Potsdam-Mittelmark	+ 50 499	+ 26 880	+ 19 630	+ 90	+ 2 316	+ 1 583
Prignitz	- 5 822	+ 2 530	- 309	- 6 149	- 1 709	- 185
Spree-Neiße	+ 6 272	- 18 411	- 1 380	+ 16 390	- 459	+ 10 132
Teltow-Fläming	+ 20 105	+ 6 308	+ 17 396	- 3 747	+ 739	- 591
Uckermark	- 13 062	+ 1 959	- 2 527	- 10 126	- 1 628	- 740
<b>Land Brandenburg</b>	<b>+ 151 264</b>	<b>-</b>	<b>+ 165 618</b>	<b>- 98 212</b>	<b>- 9 683</b>	<b>+ 93 541</b>

16 620 Personen ausmachten. In den anderen kreisfreien Städten kamen neben den Verlusten gegenüber den Um-

landkreisen (Suburbanisierung noch die in die alten und neuen Bundesländer hinzu.

Veronika Kuchta

**Neue Bevölkerungsprognose erschienen**



Die vom Landesumweltamt und Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik gemeinsam erarbeitete Publikation beinhaltet neben den Landesergebnissen auch **Prognoseredaten für den Zeitraum 2002 – 2020** für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie für größere Brandenburger Städte wie Falkensee, Guben oder Wittenberge.

Außerdem wurden die Entwicklungen im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsräum untersucht. Danach wird im Umland Berlins entgegen dem allgemeinen Trend ein Bevölkerungswachstum erwartet, während in den peripheren Bereichen mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist.

Weiterhin wird eine Verschiebung der Altersstruktur vorausgesagt, wonach die Zahl der Senioren anwächst und die Kinderzahl sinkt.

Neben den Ergebnissen werden auch die Annahmen vorgestellt, auf denen die Prognoserechnung beruht.

Die Bevölkerungsprognose ist als Broschüre (12,50 EUR) und als CD-ROM (27,50 EUR) erhältlich und kann bestellt werden beim

**Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg**  
 Dezernat Informationsmanagement  
 Postfach 60 10 52  
 14410 Potsdam  
 0331 39-418  
 E-Mail: [vertrieb@lds.brandenburg.de](mailto:vertrieb@lds.brandenburg.de)  
 Interner: [www.lbs-bb.de](http://www.lbs-bb.de)

## Ehescheidungen im Land Brandenburg im Jahr 2002

Die Zahl der Ehescheidungen betrug im Jahr 2002 in Brandenburg 5 829. Fast ein Drittel aller Scheidungen entfiel auf Ehen mit einer Dauer von 12 – 16 Jahren. Nach einer Ehedauer von 25 und mehr Jahren lag der Anteil der Ehescheidungen bei 12 Prozent.

Die Mehrzahl der Scheidungsanträge (64 Prozent) wurde von Frauen eingereicht. Von der Scheidung ihrer Eltern waren insgesamt 4 164 minderjährige Kinder betroffen.

### Vorbemerkungen

Daten über Ehescheidungen werden auf der Grundlage der Statistik der Bevölkerungsbewegung und der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes erhoben. In Verbindung mit dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG) wird die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen zusammen mit der Justizgeschäftsstatistik durchgeführt.

Im 1. EheRG ist die Scheidung einer Ehe nach Fristen geregelt. Danach erfolgt die Ehescheidung nach folgenden gerichtlichen Entscheidungen:

- Scheidung vor einjähriger Trennung
- Einverständliche Scheidung nach einjähriger Trennung
- Nichteinverständliche Scheidung nach einjähriger Trennung
- Scheidung nach dreijähriger Trennung
- Scheidung aufgrund anderer Vorschriften, z. B. nach ausländischem Recht

In der Statistik der Ehescheidungen wird nur die Zahl der minderjährigen Kinder erhoben und ausgewiesen, d. h. alle volljährigen Kinder von geschiedenen Ehepaaren werden nicht erfasst.

### Die meisten Ehescheidungen nach 13 Jahren Ehedauer

Im Jahr 2002 wurden in Brandenburg 5 829 Ehen geschieden, 3,5 Prozent bzw. 214 Ehen weniger als 2001.

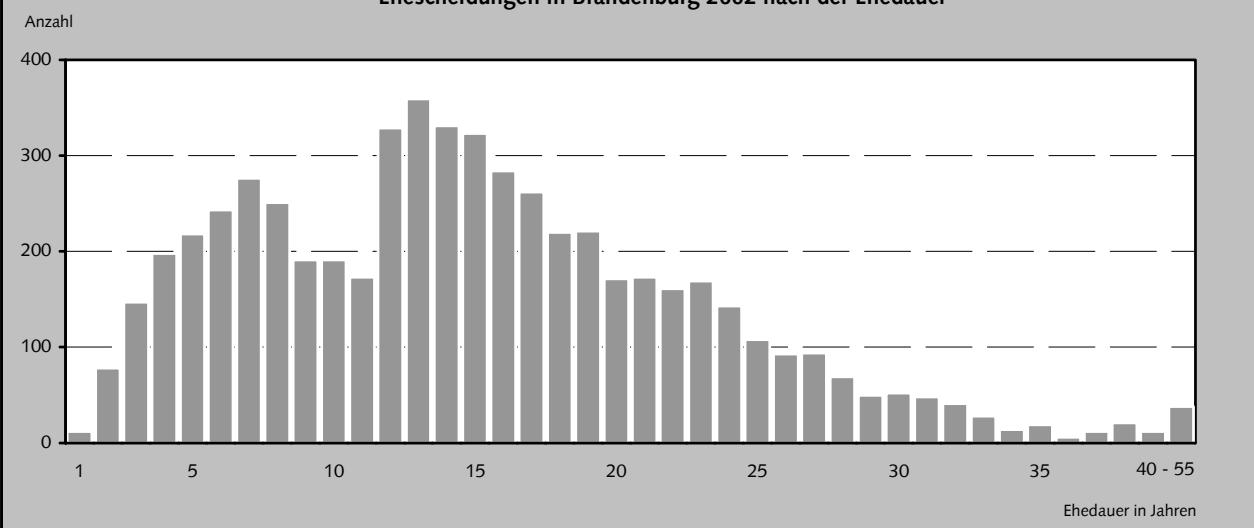
Von den 5 829 im Jahr 2002 geschiedenen Ehepaaren war in 266 Fällen jeweils ein Partner nicht deutscher Staatsangehöriger bzw. staatenlos.

Große Bedeutung für die „Scheidungsanfälligkeit“ einer Ehe besitzt die Ehedauer. Die Analyse der absoluten Scheidungszahlen nach der Ehedauer zeigt auf, dass 2002 im Land Brandenburg die Ehen zumeist nach einer Ehedauer von 13 Jahren scheiterten, während im Vorjahr die höchste Zahl an Scheidungsfällen nach einer 12-jährigen Ehedauer registriert wurde. Dabei wirkt sich der noch stark besetzte Eheschließungsjahrgang 1989 mit 21 151 geschlossenen Ehen aus, aus dem die 2002 nach 13-jähriger Ehedauer geschiedenen Ehen stammen.

Ehescheidungen 2002 nach der Ehedauer und der gesetzlichen Grundlage

Ehedauer	Ehescheidungen		Vor einjähriger Trennung	Nach einjähriger Trennung		Nach dreijähriger Trennung	Scheidung auf Grund anderer Vorschriften
	absolut	Prozent		nicht einverständlich	einverständlich		
unter 5 Jahren	435	7,5	3	129	298	5	–
5 bis unter 10 Jahren	1 179	20,2	3	315	763	98	–
10 bis unter 15 Jahren	1 383	23,7	7	375	846	154	–
15 bis unter 20 Jahren	1 310	22,5	3	372	789	146	1
20 bis unter 25 Jahren	817	14,0	1	227	498	91	–
25 und mehr Jahre	705	12,1	2	196	418	89	–
<b>Insgesamt</b>	<b>5 829</b>	<b>100</b>	<b>19</b>	<b>1 614</b>	<b>3 612</b>	<b>583</b>	<b>1</b>

**Ehescheidungen in Brandenburg 2002 nach der Ehedauer**



Betrachtet man im Zeitablauf das „Schicksal“ eines Eheschließungsjahrgangs, so zeigt sich, dass von den 1989 geschlossenen Ehen in den seit der Eheschließung vergangenen dreizehn Jahren über 20 Prozent durch Scheidung beendet wurden.

Im Jahr 1990 waren nur noch 16 814 und in den Folgejahren jeweils etwa 8 000 Ehen geschlossen worden. Daraus folgte eine geringere Zahl an Scheidungen nach kürzerer Ehedauer. Mit zunehmender Ehedauer sinkt die Zahl der Scheidungen zwar deutlich, jedoch sind auch Ehen nach der Silberhochzeit nicht ganz ohne Scheidungsrisiko.

Fast ein Drittel aller Scheidungen (1 626) erfolgte nach einer Ehedauer von 12 bis 16 Jahren. Die meisten Ehen (359) wurden im 13. Ehejahr geschieden, im „verflixten 7. Jahr“ waren es nur 276. Nach der Silberhochzeit trennten sich 705 Ehepaare (12 Prozent).

**Fast 4 000 minderjährige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen**

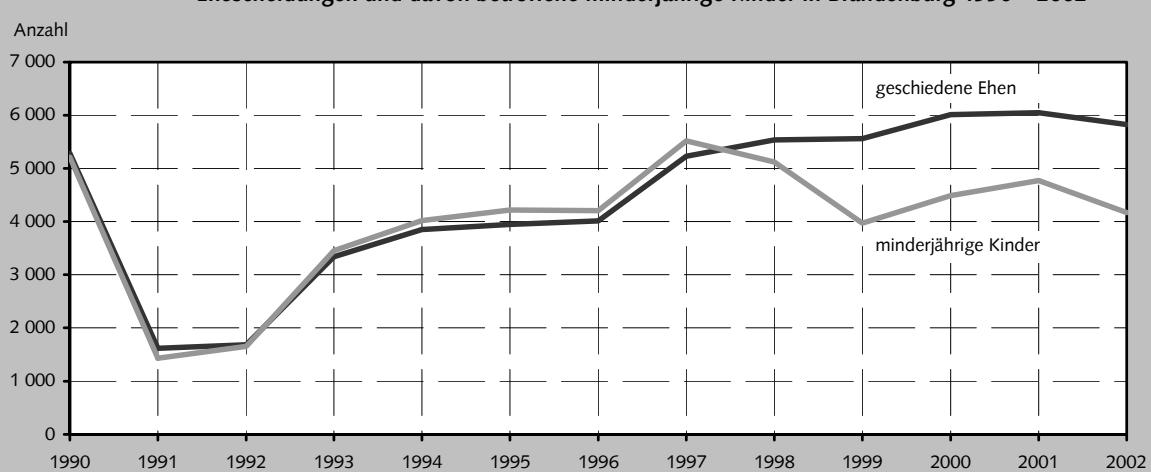
Kinder sind häufig von der Scheidung ihrer Eltern betroffen; insgesamt waren es 4 164 im Jahr 2002.

Mehr als die Hälfte der im Jahr 2002 geschiedenen Ehepaare hatte Kinder unter 18 Jahre. Gleichzeitig sank die Zahl der von der Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder um 606 (13 Prozent) im Vergleich zu 2001. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch den Anstieg der Scheidungen von Ehen ohne Kinder (um 6 Prozent bzw. 166 Scheidungen) zurückzuführen.

**Überwiegend stellen Frauen den Scheidungsantrag**

Wie in den Vorjahren wurden in der Mehrzahl der Fälle die Scheidungsanträge von den Frauen eingereicht. Im

**Ehescheidungen und davon betroffene minderjährige Kinder in Brandenburg 1990 – 2002**



**Geschiedene Ehen 1990 – 2002 nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder**

Jahr	Geschiedene Ehen	mit ... noch lebenden minderjährigen Kindern <sup>1)</sup>						Noch lebende minderjährige Kinder aus geschiedenen Ehen	
		0	1	2	3	4	5 und mehr	mit 5 und mehr Kindern	insgesamt
1990	5 282	1 777	2 071	1 224	165	32	13	69	5 211
1991	1 614	663	554	330	55	9	3	17	1 432
1992	1 687	568	666	395	42	13	3	18	1 652
1993	3 341	1 042	1 346	795	127	21	10	56	3 457
1994	3 851	1 147	1 608	920	140	30	6	32	4 020
1995	3 949	1 173	1 613	963	144	43	13	73	4 216
1996	4 016	1 168	1 701	982	127	30	8	41	4 207
1997	5 231	1 536	2 182	1 269	191	40	13	69	5 522
1998	5 540	2 149	1 958	1 211	169	40	13	72	5 119
1999	5 559	2 852	1 647	900	132	19	9	52	3 971
2000	6 010	2 906	1 950	968	151	28	7	36	4 487
2001	6 043	2 736	2 073	1 057	141	25	11	60	4 770
2002	5 829	2 902	1 903	861	130	21	12	65	4 164

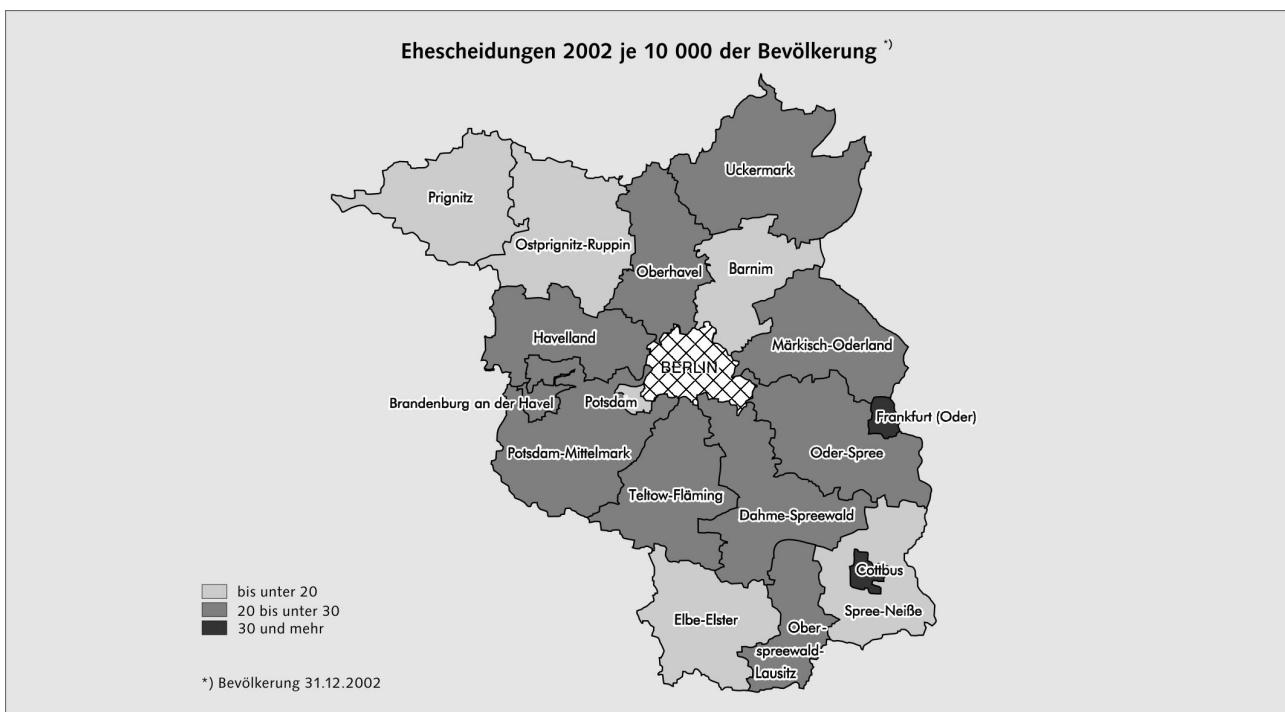
1) einschließlich legitimierter Kinder

Jahr 2002 waren die Frauen zu 64 Prozent die Antragstellerinnen. Der von einem Ehepartner beantragten Scheidung wurde vom jeweiligen anderen Partner in der Mehrzahl der Fälle zugestimmt (80 Prozent). Der überwiegende Anteil (90 Prozent) aller geschiedenen Ehen wurde im Jahr 2002 in Brandenburg nach einjähriger Trennung vorgenommen. 583 Ehen bzw. 10 Prozent wurden nach dreijähriger Trennung gelöst.

In der Mehrzahl aller Scheidungsfälle ist der Mann älter als die Frau. Im Jahr 2002 wurden – wie auch in den vorangegangenen Jahren – in etwa zwei Drittel aller Fälle ältere Ehemänner von ihren jüngeren Ehefrauen geschieden, während im umgekehrten Fall 15 Prozent aller geschiedenen Ehen ältere Frauen von ihren jüngeren Ehemännern getrennt wurden. Nur in gut 20 Prozent aller Scheidungsfälle wiesen die Ehepartner – wie in den Vorjahren – einen Altersunterschied von unter einem Jahr auf oder waren gleich alt.

**Geschiedene Ehen nach dem Antragstellenden 1990 – 2002**

Jahr	Geschiedene Ehen	davon wurde das Verfahren beantragt						
		Mann			von der Frau			von beiden
		zusammen	ohne	mit	zusammen	ohne	mit	
			Zustimmung der Frau			Zustimmung des Mannes		
1991	1 614	389	89	300	1 032	294	738	193
1992	1 687	378	123	255	1 133	430	703	176
1993	3 341	757	202	555	2 338	700	1 638	246
1994	3 851	965	260	705	2 796	846	1 950	90
1995	3 949	975	300	675	2 953	1 050	1 903	21
1996	4 016	1 075	299	776	2 925	969	1 956	16
1997	5 231	1 441	363	1 079	3 744	1 017	2 727	46
1998	5 540	1 547	328	1 219	3 958	847	3 111	35
1999	5 559	1 593	350	1 243	3 772	844	2 928	194
2000	6 010	1 846	355	1 491	3 993	872	3 121	171
2001	6 043	1 938	395	1 543	3 904	794	3 110	201
2002	5 829	1 976	381	1 595	3 736	792	2 944	117



**Geschiedene Ehen 2002 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungs- bezirk	Ehe- schei- dungen	das Verfahren wurde beantragt			Noch lebende minder- jährige Kinder
		vom Mann	von der Frau	von beiden	
Kreisfreie Städte					
Brandenburg an der Havel	177	48	129	–	135
Cottbus	346	97	249	–	256
Frankfurt (Oder)	208	73	135	–	145
Potsdam	257	76	163	18	168
Landkreise					
Barnim	325	121	204	–	205
Dahme-Spreewald	365	129	235	1	115
Elbe-Elster	244	95	148	1	216
Havelland	367	117	250	–	297
Märkisch-Oderland	406	139	255	12	247
Oberhavel	472	169	303	–	379
Oberspreewald- Lausitz	314	116	198	–	217
Oder-Spree	529	203	317	9	330
Ostprignitz-Ruppin	209	52	139	18	188
Potsdam-Mittelmark	560	192	318	50	423
Prignitz	180	62	118	–	171
Spree-Neiße	241	77	163	1	161
Teltow-Fläming	325	116	209	–	279
Uckermark	304	94	203	7	232
<b>Land Brandenburg</b>	<b>5 829</b>	<b>1 976</b>	<b>3 736</b>	<b>117</b>	<b>4 164</b>

**Deutliche regionale Unterschiede**

Zur Verdeutlichung regionaler Unterschiede weist umseitige Tabelle die im Berichtsjahr 2002 erfassten Scheidungsfälle in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten des Landes Brandenburg nach.

2002 wurden im Land Brandenburg durchschnittliche 22,6 Scheidungen je 10 000 Einwohner registriert. Dabei hatte der Landkreis Spree-Neiße mit 16,2 Scheidungen je 10 000 Einwohner das niedrigste und die kreisfreie Stadt Cottbus mit 33,3 Scheidungen je 10 000 Einwohner das höchste Niveau.

*Manfred Thiel*

## Berufsausbildung im dualen System Land Brandenburg 1997 bis 2002

Am Ende des Jahres 2002 gab es im Land Brandenburg 52 783 Auszubildende (darunter 20 074 Frauen) im dualen Ausbildungssystem, in dem Jugendliche im Wechsel zwischen Ausbildungsbetrieb und Schule einen Beruf erlernen. Das war der niedrigste Stand seit 1997.

Die Anzahl der durch staatliche Fördermaßnahmen geschaffenen Ausbildungsplätze in der außerbetrieblichen bzw. betriebsnahen Ausbildung stieg von 1997 bis 2002 um über 2 800. Dagegen ging die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze im gleichen Zeitraum um fast 11 200 zurück. Auch die Anzahl der Auszubildenden, mit denen im jeweiligen Kalenderjahr ein neuer Ausbildungsvertrag abgeschlossen wurde, lag 2002 unter allen anderen des Auswertungszeitraumes.

Die negative Wirkung auf den Ausbildungsstellenmarkt wird wesentlich durch den enormen Rückgang der Auszubildenden im Bereich des Handwerks beeinflusst. Hier wurden im Jahr 2002 im Vergleich zu 1997 insgesamt rund 9 300 (35,6 Prozent) Auszubildende weniger registriert.

Durch die große Zahl von vorzeitigen Vertragslösungen gehen erhebliche Ausbildungskapazitäten verloren. Die Anzahl der vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse hat mit mehr als 5 000 im Jahre 2002 den bisherigen „Negativrekord“ erreicht.

### Vorbemerkungen

Die nachstehenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen der jährlich zum Stichtag 31.12. durchgeföhrten Berufsbildungsstatistik. Darin werden auf der Grundlage des Berufsbildungsförderungsgesetzes (BerBiFG) von den zuständigen Stellen Daten erhoben, die der Planung und Ordnung der Berufsausbildung dienen. Zuständige Stellen sind die berufsständischen Kammern bzw. Institutionen oder Behörden, die die Aufgaben bei der Durchführung und Überwachung der Berufsausbildung übernehmen. Entsprechend der Zuständigkeit werden die Daten in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, freie Berufe, öffentlichlicher Dienst, Land- und Hauswirtschaft erfasst.

Grundlage für die Zusammenstellung der Berufe nach Berufsbereichen und Berufsgruppen ist das „Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

Neben der Berufsbildungsstatistik auf der Grundlage des BerBiFG werden entsprechend einer Servicevereinbarung zwischen dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit

und Frauen des Landes Brandenburg und dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik zusätzliche Merkmale erfasst und aufbereitet. Dadurch sind u. a. eine differenzierte Darstellung der Entwicklung von betrieblichen, außerbetrieblichen<sup>1)</sup> und betriebsnahen<sup>2)</sup> Ausbildungsverhältnissen möglich. Für die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk wird nach diesen drei Kategorien die Anzahl der Auszubildenden nach Geschlecht und Ausbildungsjahren und die Anzahl der im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse berufsspezifisch dargestellt. Außerdem sind die Auszubildenden, die im Land Brandenburg ausgebildet werden, deren Wohnsitz aber in einem anderen Bundesland liegt (Einpendler), ein zusätzliches Erhebungsmerkmal dieser Geschäftsstatistik.

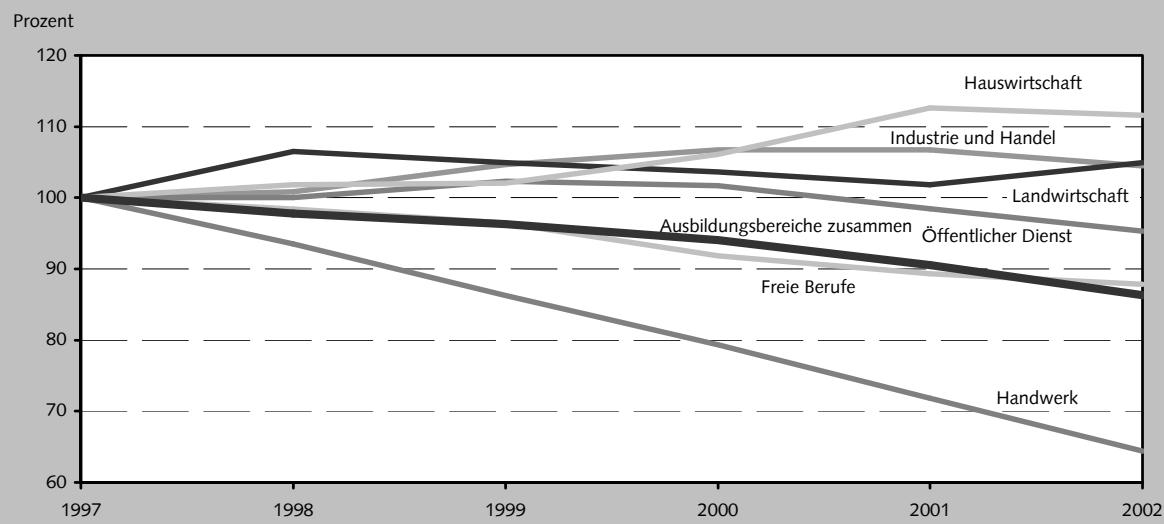
### Anzahl der Auszubildenden geht seit 1998 ständig zurück

Während seit der Wiedervereinigung bis zum Jahre 1997 die Anzahl der Auszubildenden insgesamt im Land Brandenburg jährlich zunahm, setzte ab 1998 ein ständiger Rückgang ein. Das trifft sowohl für männliche wie auch für weibliche Auszubildende zu. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Ausbildungsbereichen unterschiedlich.

1) Staatlich geförderte Ausbildungsplätze bei freien Trägern, in Maßnahmen nach § 241 SGB III, in Maßnahmen nach Sonderprogrammen (Bund-Länderprogramme ohne schulische Ausbildung mit Kammerabschluss), in Maßnahmen nach § 48 BBiG und § 42b HWO (Behinderte)

2) Staatlich geförderte Ausbildungsplätze in Ausbildungsringen bzw. Ausbildungsvereinen

**Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden 1997 – 2002 nach Ausbildungsbereichen  
(1997 = 100 Prozent)**



Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel, in dem mehr als die Hälfte aller Auszubildenden ausgebildet werden, trat lediglich im Jahr 2002 ein Rückgang in der Gesamtzahl der Auszubildenden seit 1997 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr ein.

Dagegen ist im Handwerk, dem zweitgrößten Ausbildungsbereich, im Auswertungszeitraum kontinuierlich ein drastischer Rückgang eingetreten. Der Anteil des Handwerks an der Gesamtzahl der Auszubildenden ging von 42,9 Prozent im Jahre 1997 auf 32,0 Prozent im Jahr 2002 zurück.

Auch im Ausbildungsbereich Freie Berufe wurde in den letzten sechs Jahren nicht das jeweilige Vorjahresniveau erreicht. Im Vergleich zu 1997 standen im Jahr 2002 355 junge Männer und Frauen weniger in einem Ausbildungsverhältnis.

Der Bereich des Öffentlichen Dienstes war von der rückläufigen Entwicklung prozentual geringer betroffen. Hier werden im Vergleich zu 1997 gegenwärtig knapp 100 Nachwuchskräfte weniger ausgebildet. Bei der Bewertung ist jedoch zu beachten, dass die tatsächlichen Ausbildungsleistungen im Bereich des Öffentlichen Dienstes größer sind, als sie in der amtlichen Berufsbildungsstatistik dargestellt werden. Das liegt darin begründet, dass Jugendliche in Betrieben und Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, die in gewerblichen oder landwirtschaftlichen Berufen ausgebildet werden, entsprechend den Festlegungen des BBiG in den Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern oder im Bereich Landwirtschaft registriert sind. Im Jahre 2002 betraf das im Land Brandenburg insgesamt 1 004 Auszubildende, darunter 459 Frauen. Auch in den Jahren zuvor wurde diesbezüglich diese

Größenordnung registriert. Diese spezifische Aussage ist Teil des Auswertungsprogramms der auf Landesebene zusätzlich erfassten Merkmale im Rahmen der bereits erwähnten Geschäftsstatistik.

Annähernd konstant ist die Zahl der Auszubildenden, die einen Beruf im Bereich der Landwirtschaft erlernen. Der Anteil an den Auszubildenden insgesamt erhöhte sich von 3,7 Prozent im Jahre 1997 auf 4,4 Prozent in 2002.

Lediglich der Bereich Hauswirtschaft, auf den aber nur rund ein Prozent der Auszubildenden im Land entfallen, erreichte in den letzten sechs Jahren überwiegend das jeweilige Vorjahresniveau.

#### Ausbildung in den Dienstleistungsberufen nahm zu

Rückblickend auf die vergangenen sechs Jahre spiegeln die Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik auch die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft wider. Der Trend zur „Dienstleistungsgesellschaft“ wird auch bei der Ausbildung junger Menschen im Land Brandenburg sichtbar. Lag der Anteil der Dienstleistungsberufe gemessen an der Gesamtzahl der Auszubildenden im Jahre 1997 noch bei 37,8 Prozent, stieg er in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich an und liegt nun bei 43,6 Prozent. Dies führte zu einem Rückgang beim Anteil an den gewerblichen Berufen. Im Bereich Industrie und Handel (einschließlich Bank-, Gast-, Verkehrs- und Versicherungsgewerbe) erlernten 1997 noch 365 von 1 000 Jugendlichen einen gewerblichen Ausbildungsberuf; im Jahre 2002 waren es nur noch 349 je Tausend Auszubildende. Im Handwerk, in dem die gewerbliche Ausbildung eine dominierende Rolle spielt, ging diese Zahl vergleichsweise von 906 auf 871 je Tausend zurück.

## Auszubildende im Land Brandenburg nach Ausbildungsbereichen 1997 – 2002

Ausbildungsbereich	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Insgesamt						
Industrie und Handel	27 597	27 821	28 881	29 457	29 448	28 830
Handwerk	26 240	24 529	22 633	20 816	18 844	16 899
Freie Berufe	2 922	2 875	2 817	2 683	2 610	2 567
Öffentlicher Dienst	1 674	1 674	1 713	1 702	1 648	1 596
Landwirtschaft	2 233	2 378	2 343	2 314	2 274	2 342
Hauswirtschaft	492	501	502	522	554	549
<b>Insgesamt</b>	<b>61 158</b>	<b>59 778</b>	<b>58 889</b>	<b>57 494</b>	<b>55 378</b>	<b>52 783</b>
Entwicklung gegenüber Vorjahr in Prozent						
Industrie und Handel	104,1	100,8	103,8	102,0	100,0	97,9
Handwerk	102,7	93,5	92,3	92,0	90,5	89,7
Freie Berufe	106,5	98,4	98,0	95,2	97,3	98,4
Öffentlicher Dienst	90,2	100,0	102,3	99,4	96,8	96,8
Landwirtschaft	122,5	106,5	98,5	98,8	98,3	103,0
Hauswirtschaft	109,0	101,8	100,2	104,0	106,1	99,1
<b>Insgesamt</b>	<b>103,5</b>	<b>97,7</b>	<b>98,5</b>	<b>97,6</b>	<b>96,3</b>	<b>95,3</b>
weiblich						
Industrie und Handel	14 040	13 260	13 420	13 216	12 815	12 096
Handwerk	4 214	4 015	3 832	3 774	3 642	3 345
Freie Berufe	2 818	2 761	2 669	2 550	2 473	2 444
Öffentlicher Dienst	1 078	1 084	1 106	1 112	1 029	970
Landwirtschaft	849	836	735	734	701	714
Hauswirtschaft	463	462	442	465	506	505
<b>Insgesamt</b>	<b>23 462</b>	<b>22 418</b>	<b>22 204</b>	<b>21 851</b>	<b>21 166</b>	<b>20 074</b>

## Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze

Das Schlagwort „Lehrstellenmangel“ gewinnt noch an Bedeutung, wenn die Anzahl der Auszubildenden nach den drei Kategorien betriebliche, außerbetriebliche und betriebsnahe Ausbildungsplätze untergliedert wird. Für die transparente Darstellung ihrer Veränderungen besteht ein zunehmender Informationsbedarf, um die Verantwortung der Wirtschaft einerseits und der Politik andererseits zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu dokumentieren. Im Land Brandenburg erfolgt dieser differenzierte Nachweis im Rahmen der Geschäftsstatistik. Er hat insbesondere in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie im Handwerk und im Bereich der Landwirtschaft eine besondere Bedeutung.

Am Ende des Jahres 2002 standen im Ausbildungsbereich Industrie und Handel 6 808 Auszubildende (2 646 Frauen) in einem außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnis. Sie wurden in 58 unterschiedlichen Berufen ausgebildet. In der betriebsnahen Ausbildung befanden sich 3 535 Auszubildende (1 928 Frauen) in 96 Berufen. Am 31.12.2002

hatten von 100 Auszubildenden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel 64 einen betrieblichen, 24 einen außerbetrieblichen und 12 einen betriebsnahen Ausbildungsplatz.

Besonders gravierend ist der Verlust von betrieblichen Ausbildungsplätzen im Bereich des Handwerks. Im Jahre 1997 hatten noch 21 672 Jugendliche (83 Prozent) einen betrieblichen Ausbildungsplatz, im Jahr 2002 waren es nur noch 10 846 (64 Prozent). In der außerbetrieblichen Ausbildung befanden sich im letzten Jahr 3 079 Auszubildende (402 Frauen), die 27 unterschiedliche Berufe erlernten. In einem betriebsnahen Ausbildungsverhältnis wurden in 65 Berufen 2 277 junge Männer und 697 Mädchen ausgebildet.

Auch im Bereich der Landwirtschaft hat sich das Verhältnis zu Ungunsten der Auszubildenden entwickelt, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhielten. Im Jahre 1997 wurden von 100 Auszubildenden 83 in einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis registriert, im letzten Jahr waren es nur noch 67.

### Zahl der Einpendler nahm zu

Während sich die Gesamtzahl der Auszubildenden im Land in den vergangenen sechs Jahren kontinuierlich verringerte, nahm die Zahl der „Einpendler“ (derjenigen, die in Brandenburg ausgebildet werden, deren Wohnsitz aber außerhalb Brandenburgs liegt) stetig zu. Im Jahr 1997 waren es 2 191 Auszubildende (darunter 744 Frauen), 2002 dagegen 2 648 (darunter 929 Frauen). Mehr als die Hälfte davon kommen aus Berlin. Über zwei Drittel der Einpendler werden im Bereich Industrie und Handel und mehr als 20 Prozent im Handwerk ausgebildet. Aber auch in den anderen Ausbildungsbereichen (Landwirtschaft: 137; Freie Berufe: 51) erhielten Einpendler aus anderen Bundesländern einen Ausbildungsplatz in Brandenburg. Im Jahre 2002 kam jeder Zwanzigste, der in Brandenburg ausgebildet wird, aus anderen Bundesländern.

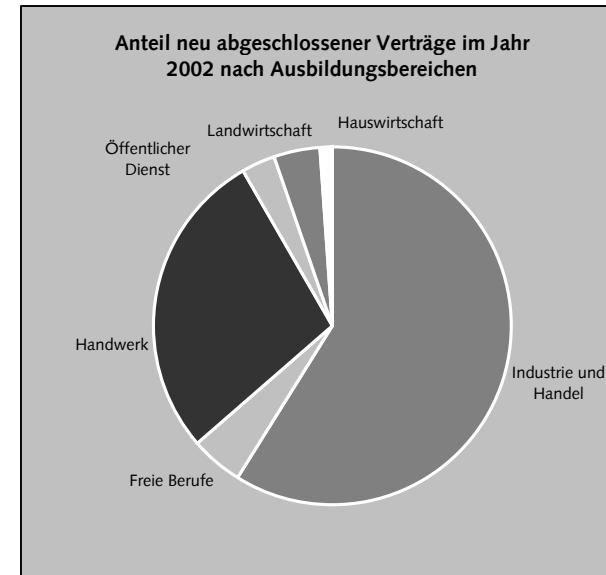
Andererseits werden auch Jugendliche aus Brandenburg in anderen Bundesländern ausgebildet, wofür es im Land Brandenburg jedoch keinen statistischen Nachweis gibt.

### Tendenz bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen rückläufig

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in der amtlichen Berufsbildungsstatistik ein wichtiges Kriterium bei der Bewertung des Lehrstellenmarktes. Sie umfasst alle während des Berichtsjahres bei den zuständigen Stellen im Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Verträge, die am Berichtsstichtag (31.12.) noch bestanden. Solche, die zwischenzeitlich wieder gelöst wurden, werden nicht als Neuabschlüsse gezählt; sie werden als vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge nachgewiesen. Somit werden Personen (Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen) und nicht die Anzahl der Verträge (Fälle) erfasst.

Im Jahr 2002 wurden mit insgesamt 18 480 Jugendlichen neue Ausbildungsvverträge abgeschlossen, darunter waren 7 229 Frauen. Das ist gegenüber 1999, dem Jahr mit den meisten Neuabschlüssen im Auswertungszeitraum, ein Rückgang um fast 2 800. Damit setzte sich die bereits im Jahre 1997 eingetretene rückläufige Tendenz weiter fort, die lediglich 1999 unterbrochen wurde.

Der Anteil neu abgeschlossener Verträge der Ausbildungsbereiche Freie Berufe, Öffentlicher Dienst, Landwirtschaft sowie Hauswirtschaft blieb, gemessen am Gesamtvolumen in den letzten sechs Jahren relativ konstant. Dagegen gab es im Bereich Industrie und Handel sowie beim Handwerk erhebliche Veränderungen. Der Anteil des Bereiches Industrie und Handel stieg kontinuierlich von 47,1 Prozent im Jahr 1997 auf 58,9 Prozent im Jahr 2002. Demgegenüber ging er im Bereich Handwerk im gleichen Zeitraum von 40,4 Prozent auf 28,1 Prozent zurück. Während im



Jahr 1997 im Bereich Handwerk mit 8 388 Jugendlichen neue Ausbildungsvverträge abgeschlossen wurden, waren es 2002 nur noch 5 201.

Durch staatliche Fördermaßnahmen, die zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der außerbetrieblichen bzw. betriebsnahen Ausbildung führten, wurde diese rückläufige Tendenz nur teilweise gebremst. Dies wird deutlich, wenn man die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsvverträge der letzten drei Jahre für die betriebliche Ausbildung einerseits und die außerbetriebliche bzw. betriebsnahe Ausbildung andererseits analysiert.

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsvverträgen 2000 – 2002 nach ausgewählten Ausbildungsbereichen					
Ausbildungsbereich		2000	2001	2002	
Industrie- und Handel	insgesamt betrieblich	11 220	11 030	10 891	
	außerbetrieblich und betriebsnah	7 236	6 974	6 569	
Handwerk	insgesamt betrieblich	3 984	4 056	4 322	
	außerbetrieblich und betriebsnah	6 407	5 675	5 201	
Ausbildungsbereiche insgesamt	betrieblich	4 465	3 791	3 330	
	außerbetrieblich und betriebsnah	1 942	1 884	1 871	
	insgesamt betrieblich	20 029	19 179	18 480	
	außerbetrieblich und betriebsnah	13 571	12 579	11 665	
		6 458	6 600	6 815	

Die für eine betriebliche Ausbildung neu abgeschlossenen Ausbildungsvverträge erreichten 2002 insgesamt nur noch 86,0 Prozent der Größenordnung des Jahres 2000. Im Bereich Handwerk waren es sogar nur noch 74,6 Prozent und im Bereich Industrie und Handel 90,8 Prozent.

Dagegen nahm die Anzahl der Auszubildenden, die eine außerbetriebliche oder betriebsnahe Ausbildung aufnahmen, um 5,5 Prozent zu, woran der Bereich Industrie und Handel den größten Anteil hatte.

#### Veränderte Relationen der schulischen Vorbildung

Von den Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen werden auch Angaben zu deren schulischer Vorbildung bzw. dem zuletzt erreichten Abschluss erhoben. In den nachfolgenden Betrachtungen weichen die genannten Schulabschlüsse von den Abschlüssen des brandenburgischen Schulsystems ab, um bundeseinheitlich die Vergleichbarkeit der schulischen Vorbildung herzustellen.

Von den 18 480 Auszubildenden, mit denen im Jahr 2002 ein neuer Ausbildungsvertrag abgeschlossen wurde, hatten fast die Hälfte (48,7 Prozent) einen Realschul- bzw. gleichwertigen Abschluss, mehr als ein Viertel (27,5 Prozent) den Hauptschulabschluss und 14,4 Prozent die allgemeine Hochschul- oder Fachhochschulreife. An diesen Relationen gab es in den vergangenen Jahren Veränderungen. Der Anteil der Lehrlinge mit Hauptschulabschluss erhöhte sich von 21,1 Prozent im Jahre 1997 auf 27,5 Prozent im Jahr 2002, während er bei denen mit Realschul- bzw. gleichwertigem Abschluss von 50,3 auf 48,7 Prozent und bei den Abiturienten von 17,3 auf 14,4 Prozent sank. Von den Auszubildenden, die über eine Hochschul- bzw. Fachhochschulreife verfügten, erhielten mehr als zwei Drittel einen Ausbildungsvertrag im Ausbildungsbereich Industrie und Handel.

Bei den Auszubildenden, die bereits ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert hatten, stieg der Anteil von 1,3 Prozent (270) im Jahr 1997 auf 5,8 Prozent (1 076) im Jahr

2002 und damit auf mehr als das Vierfache an. Mehr als drei Viertel von ihnen nahmen die Ausbildung im Bereich Handwerk auf.

#### Konzentration der Auszubildenden auf wenige Ausbildungsbereiche

Dem einerseits breiten Angebot an Ausbildungsberufen steht andererseits eine starke Konzentration auf wenige Ausbildungsbereiche gegenüber. Die Spanne reicht von einem einzigen Auszubildenden in mehreren Berufen bis zu 3 262 bei dem am stärksten besetzten Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel. Die am 31.12.2002 im Land Brandenburg insgesamt erfassten 52 783 Auszubildenden wurden in 279 unterschiedlichen Ausbildungsbereichen ausgebildet.

Anhand der Besetzungszahlen der Ausbildungsbereiche mit Auszubildenden lässt sich eine Rangfolge bestimmen. Auf die zehn der am stärksten besetzten Berufe des Jahres 2002 entfallen mehr als ein Drittel aller Auszubildenden. Nach Frauen und Männern unterschieden fällt die Konzentration noch deutlicher aus:

Fast 40 Prozent aller männlichen Auszubildenden des Jahres 2002 konzentrieren sich auf nur zehn Ausbildungsbereiche. Der Kraftfahrzeugmechaniker ist seit Jahren der am häufigsten gewählte Ausbildungsbereich. 2002 hatten 2 692 junge Männer (8,2 Prozent aller männlichen Auszubildenden) einen entsprechenden Ausbildungsplatz. An zweiter Stelle folgt der Koch (1 827 = 5,6 Prozent), der den seit drei Jahren auf diesem Platz rangierenden Maler und Lackierer ablöst, der jetzt Rang drei (1 684 = 5,1 Prozent) einnimmt. Der Maurer, der bis zum Jahre 1997 unangefochten die Platzziffer eins einnahm, liegt jetzt nur noch auf Rang acht (721 = 2,2 Prozent). Bei den Männern sind

**Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsvträgen 2002  
nach schulischer Vorbildung und Ausbildungsbereichen**

Schulische Vorbildung	Insgesamt	davon im Ausbildungsbereich					
		Industrie und Handel	Handwerk	Freie Berufe	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Haushirtschaft
Hauptschulabschluss	5 073	2 841	1 786	23	8	347	68
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	8 995	5 798	2 131	485	324	256	1
Allgemeine Hochschul-/Fachhochschulreife	2 666	1 863	228	332	197	46	–
Berufsvorbereitungsjahr	1 076	125	848	–	–	74	29
Übrige Abschlüsse <sup>1)</sup>	670	264	208	21	2	93	82
<b>Insgesamt</b>	<b>18 480</b>	<b>10 891</b>	<b>5 201</b>	<b>861</b>	<b>531</b>	<b>816</b>	<b>180</b>

1) Hier sind zusammengefasst: ohne Hauptabschluss, mit Berufsschulabschluss, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, sonstige Vorbildungen, ohne Angaben.

**Die zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe im Land Brandenburg 1997 – 2002  
(Rangfolge)**

**Platzziffer in den Jahren**

<b>männliche Auszubildende</b>	'97	'98	'99	'00	'01	'02	<b>weibliche Auszubildende</b>	'97	'98	'99	'00	'01	'02
Kraftfahrzeugmechaniker	2	1	1	1	1	1	Kauffrau im Einzelhandel	2	1	1	1	1	1
Koch	–	8	5	3	3	2	Bürokauffrau	1	2	2	2	2	2
Maler und Lackierer	3	3	2	2	2	3	Frisörin	3	3	4	3	3	3
Kaufmann im Einzelhandel	–	–	9	7	5	4	Kauffrau für Bürokommunikation	4	4	3	4	4	4
Tischler	6	5	6	6	4	5	Restaurantfachfrau	7	7	5	5	5	5
Elektroinstallateur	4	4	4	4	6	6	Hotelfachfrau	9	9	9	8	6	6
Metallbauer	9	10	8	8	7	7	Verkäuferin	10	8	8	6	8	7
Maurer	1	2	3	5	8	8	Köchin	6	6	6	7	7	8
Industriemechaniker-Betriebstechnik	8	7	10	9	9	9	Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	5	5	7	9	9	9
Landwirt	–	–	–	–	–	10	Arzthelferin	–	–	10	10	10	10
Gas- und Wasserinstallateur	5	6	7	10	10	–	Zahnarzthelferin	8	10	–	–	–	–
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	7	9	–	–	–	–							
Dachdecker	10	–	–	–	–	–							

die Berufe in der Rangfolge eins bis zehn der zurückliegenden Jahre vorwiegend dem Berufsbereich der Fertigungsberufe zuzuordnen. Lediglich der Kaufmann im Einzelhandel und im Jahre 2002 der Landwirt bilden dabei eine Ausnahme.

Bei den Frauen ist der Konzentrationsgrad noch ausgeprägter. Auf die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe der Frauen entfallen mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) aller weiblichen Auszubildenden des Jahres 2002. Der Berufsbereich der Dienstleistungsberufe ist eine Domäne der Frauen; sieben von zehn Auszubildenden dieses Berufsbereiches sind weiblichen Geschlechts. Die Kauffrau im Einzelhandel nimmt seit Jahren Platz eins in der Rangfolge ein. Im letzten Jahr wurden 1 968 junge Frauen (9,8 Prozent) in diesem Beruf ausgebildet. Jede zwölfte aller weiblichen Auszubildenden (1 655) erlernte den Beruf der Bürokauffrau, der seit Jahren auf Rang zwei platziert ist, gefolgt von der Frisörin, die – wie bereits in den Jahren zuvor – auf Platzziffer drei rangiert.

#### Ausbildung in den IT-Berufen nahm zu

Die Verantwortung der Berufsbildungspolitik, wie auch der Wirtschaft, für die Sicherung des Nachwuchses und der Ausbildung von Fachkräften ist mit der strukturellen Veränderung in der Wirtschaft ständig gestiegen. Der Mangel an Fachpersonal in Deutschland in bestimmten Wirtschaftszweigen führte dazu, dass Ausbildungsordnungen

überarbeitet und den neuen Bedürfnissen angepasst und Ausbildungsordnungen für völlig neue Berufe in Kraft gesetzt wurden. Im Jahre 1997 begann u. a. die Ausbildung in den neu geschaffenen Informations- und Kommunikationsberufen (IT-Berufe) auch im Land Brandenburg. Wie sich seitdem die Anzahl der Auszubildenden in vier ausgewählten Berufen entwickelte, soll nachstehende Übersicht verdeutlichen.

Auszubildende 1997 – 2002 in ausgewählten IT-Berufen						
Ausbildungsberuf	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Informations- und Telekommunikations-Systemelektroniker/-in	37	86	165	268	330	360
Fachinformatiker/-in	21	57	139	248	326	318
Informations und Telekommunikations-Systemkaufmann/-frau	16	42	59	144	177	195
Informatikkaufmann/-frau	23	58	82	95	132	144

Auch in anderen neuen bzw. neu strukturierten Berufen mit wachsenden Beschäftigungsfeldern (Mechatroniker, Mediengestalter) ist die Zahl der Auszubildenden sprunghaft angewachsen.

**Vorzeitig gelöste Ausbildungsverhältnisse 2002 nach dem Zeitpunkt der Lösung und Ausbildungsbereich**

Ausbildungsbereich	Insgesamt	darunter	davon im ... Ausbildungsjahr				darunter in der Probezeit
		von Frauen	1.	2.	3.	4.	
Industrie und Handel	2 944	1 353	985	1 183	723	53	612
Handwerk	1 596	325	612	472	464	48	304
Freie Berufe	218	205	113	70	35	–	68
Öffentlicher Dienst	41	21	14	16	11	–	25
Landwirtschaft	193	50	58	77	58	–	57
Hauswirtschaft	49	45	12	25	12	–	11
<b>Insgesamt</b>	<b>5 041</b>	<b>1 999</b>	<b>1 794</b>	<b>1 843</b>	<b>1 303</b>	<b>101</b>	<b>1 077</b>

**Vertragslösungsquoten 1997 – 2002 nach Ausbildungsbereichen**

Jahr	Insgesamt	davon im Ausbildungsbereich					
		Industrie und Handel	Handwerk	Freie Berufe	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Hauswirtschaft
1997	22,0	23,7	22,2	16,2	3,4	19,9	14,3
1998	22,8	23,2	25,1	15,7	2,8	18,0	23,4
1999	23,0	24,1	24,3	15,8	4,3	20,3	18,2
2000	22,9	23,5	24,8	17,4	5,7	18,6	18,7
2001	22,3	23,2	23,2	17,3	8,2	16,6	28,1
2002	24,9	25,2	26,4	22,4	7,5	22,9	24,1

**Anzahl der vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr gestiegen**

In der Berufsbildungsstatistik werden die während eines Kalenderjahres vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse nach Geschlecht und Ausbildungsjahren erhoben. Zu den Gründen, die dazu führen sind jedoch keine Aussagen möglich. Der Anteil der Auszubildenden, die ein bestehendes Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst hatten, ihre Ausbildung aber in einem anderen Ausbildungsbereich (Ausbildungswechsler) oder in einem anderen Ausbildungsbetrieb (Betriebswechsler) fortsetzen, ist unbekannt. Andererseits fehlen aber auch jegliche Angaben zu den Gründen, die der Ausbilder zu vertreten hat (z. B. Betriebsauflösung, Wegfall der Ausbildungsberechtigung etc.). Die dargestellten Zahlen sind also keinesfalls mit „Ausbildungsabbrüchen“ gleichzusetzen, da über den Grund der Vertragslösung, wie auch über den Verbleib der Auszubildenden nach der vorzeitigen Lösung keine Angaben vorliegen.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 5 041 Ausbildungsverhältnisse vor Beendigung der regulären Ausbildungszeit gelöst, darunter Verträge von fast 2 000 Frauen. Insgesamt waren das 304 mehr als im Vorjahr. Bereits während der Probezeit wurde mit 1 077 Auszubildenden der Aus-

bildungsvertrag gelöst. In der Regel konzentrieren sich die vorzeitigen Abgänge auf den Beginn der Ausbildungszeit, das erste Ausbildungsjahr. In den beiden zurückliegenden Jahren war jedoch der Anteil der Auszubildenden, die bereits das zweite Ausbildungsjahr absolvierten, mit 36,9 Prozent bzw. 36,6 Prozent an der Gesamtzahl der vorzeitigen Lösungen relativ hoch.

Die absolute Zahl der vorzeitigen Vertragsauflösungen ist, bedingt durch die Anzahl der Auszubildenden und der neu abgeschlossenen Verträge in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie im Handwerk am höchsten. Unter bildungspolitischen wie auch methodischen Gesichtspunkten ist eine ausschließlich auf den absoluten Angaben der vorzeitigen Vertragslösungen und der Anzahl der Auszubildenden basierende (bestandsbezogene) Bewertung der vorzeitigen Lösungen in den einzelnen Ausbildungsbereichen und unterschiedlichen Berufsgruppen wenig aufschlussreich.

Um qualitativ bessere Aussagen treffen zu können, werden Vertragslösungsquoten berechnet, mit denen dargestellt wird, welcher Auszubildendenanteil im Verlaufe der Berufsausbildung das Ausbildungsverhältnis vorzeitig auf löst. Die dargestellten Vertragslösungsquoten im Zeitraum 1997 bis 2002 wurden nach der Mehrkohorten-Durch-

schnitts-Formel<sup>1)</sup> ermittelt. Sie stellt den Quotient (multipliziert mit 100) aus den im Kalenderjahr registrierten vorzeitigen Vertragslösungen (Zähler) und dem Durchschnitt der Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der letzten drei Jahre (Nenner) dar. Zu den Neuabschlüssen zählen dabei auch die Probezeitlösungen des jeweiligen Jahres.

Die tabellarischen Angaben verdeutlichen die teilweise erheblichen Abweichungen bei den vorzeitigen Vertragslösungen in den verschiedenen Ausbildungsbereichen. Im Jahr 2002 haben im Bereich Industrie und Handel sowie im Bereich Handwerk mehr als ein Viertel (25,2 Prozent bzw. 26,4 Prozent) der Auszubildenden im Verlauf der Lehre ihr Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst. Im Öffentlichen Dienst sind es nicht einmal acht von Hundert. Es ist zu konstatieren, dass der Auszubildendenanteil, mit dem im Verlauf der Berufsausbildung das Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde, in den einzelnen Bereichen mit unterschiedlichem Tempo tendenziell seit 1997 angestiegen ist.

#### Teilnehmer an Abschlussprüfungen und Erfolgsquoten

Mit der Abschlussprüfung am Ende der Ausbildungszeit wird der Erfolg oder auch Misserfolg der beruflichen Ausbildung dokumentiert. Die Prüfung kann, wenn sie nicht bestanden wurde, je nach Festlegung in der Prüfungsordnung bis zu zweimal wiederholt werden. In der amtlichen Berufsbildungsstatistik wird die Anzahl der Prüfungsfälle erfasst, d. h., Prüfungsteilnehmer/Teilnehmerinnen, die ihre Abschlussprüfung nicht bestanden haben und an einer Wiederholungsprüfung teilnehmen, werden mehrfach gezählt. Dies ist bei der Beurteilung der Erfolgsquote zu berücksichtigen.

Im Jahre 2002 schlossen von den 24 563 Auszubildenden, die an der Abschlussprüfung teilnahmen 18 857 ihre Berufsausbildung mit Erfolg ab, darunter 7 712 Frauen. Die weiblichen Auszubildenden erreichten mit 78,7 Prozent eine höhere Erfolgsquote als die männlichen (75,5 Prozent).

Der Anteil der Prüfungsteilnehmer, die ihre Prüfung erfolgreich abschlossen, war in den verschiedenen Ausbildungsbereichen sehr unterschiedlich. Während von den Auszubildenden im Öffentlichen Dienst nur 9 von jeweils 100 Prüfungsteilnehmern die Abschlussprüfung nicht be-

standen, waren es im Bereich Industrie und Handel 23, im Handwerk 24 und im Bereich der Landwirtschaft sogar 31. Die Differenziertheit der Erfolgsquote wächst, je kleiner die erfasste Einheit oder Aggregationsstufe (Berufsbereich, Berufsgruppe) ist. Im Bereich Industrie und Handel liegt die Erfolgsquote bei den Dienstleistungsberufen bei 80 Prozent und bei den Fertigungsberufen bei 72 Prozent. Innerhalb des letztgenannten Berufsbereichs war die Erfolgsquote bei den Hochbauberufen, Tiefbauberufen und Ausbauberufen besonders niedrig; nur die Hälfte der Prüfungsteilnehmer schloss die Prüfung im Jahre 2002 erfolgreich ab. Demgegenüber waren von je 100 Prüfungsteilnehmern in den Elektroberufen 86 und bei den Maschinenbau- und -wartungsberufen 93 erfolgreich.

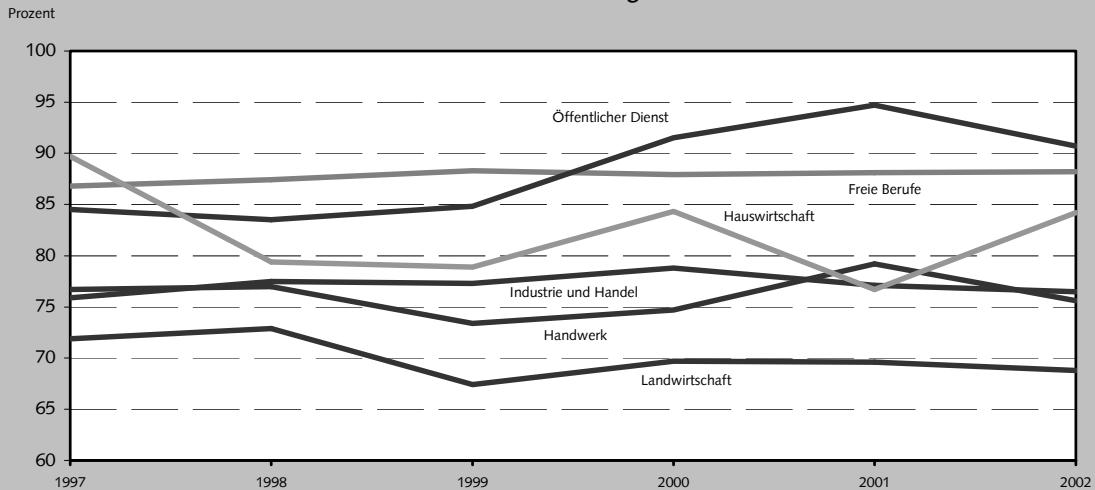
**Teilnehmer an Abschlussprüfungen 2002  
nach Ausbildungsbereichen**

Ausbil-dungs-bereich	Teilnehmer an Abschluss-prüfungen		darunter mit bestandener Prüfung		Erfolgsquote in Prozent	
	insge-samt	weib-lich	insge-samt	weib-lich	insge-samt	weib-lich
Industrie und Handel	13 880	6 649	10 620	5 122	76,5	77,0
Handwerk	8 098	1 520	6 126	1 184	75,6	77,9
Freie Berufe	899	840	793	745	88,2	88,7
Öffentlicher Dienst	604	390	548	363	90,7	93,1
Landwirtschaft	917	256	631	178	68,8	69,5
Hauswirtschaft	165	145	139	120	84,2	82,8
<b>Insgesamt</b>	<b>24 563</b>	<b>9 800</b>	<b>18 857</b>	<b>7 712</b>	<b>76,8</b>	<b>78,7</b>

Im Ausbildungsbereich Handwerk war die Erfolgsquote in den Berufsgruppen ebenso unterschiedlich, ihre Spannweite aber nicht so stark ausgeprägt. Auch hier fiel die Erfolgsquote der Prüfungsteilnehmer in den Dienstleistungsberufen mit 77,7 Prozent höher aus, als die der Fertigungsberufe (75,3 Prozent). Bei den Hochbauberufen schlossen 74,7 Prozent und bei den Tiefbau- und Ausbau berufen rund zwei Drittel der Prüfungsteilnehmer ihre Prüfung erfolgreich ab. Über dem Durchschnitt der Erfolgsquote aller Prüflinge des Handwerks (75,6 Prozent) lagen u. a. die Teilnehmer der Berufsgruppe des Verkaufsperso-

1) Die vorzeitigen Vertragslösungen werden in der Berufsbildungsstatistik für den Zeitraum eines Kalenderjahres ermittelt und im ersten, zweiten, dritten oder vierten Ausbildungsjahr ausgewiesen. Im Verlaufe eines Kalenderjahres befinden sich aber immer zwei Ausbildungskohorten in einem bestimmten Ausbildungsjahr, einerseits diejenigen, die sich am Stichtag (31. Dezember) im ersten Ausbildungsjahr befinden (das sind Auszubildende die zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember ihre Ausbildung begonnen haben) und andererseits jene, die am 31. Dezember bereits das zweite Ausbildungsjahr absolviert haben. Unter dem Begriff Ausbildungskohorte werden alle Auszubildende zusammengefasst, die in einem bestimmten Jahr einen neuen Ausbildungsvortrag unterschrieben haben, sei es für eine verkürzte Ausbildung oder für eine Lehre mit herkömmlicher Laufzeit.

### Entwicklung der Erfolgsquote der Prüfungsteilnehmer nach Ausbildungsbereichen



nals (85,4 Prozent), der feinwerktechnischen und verwandten Berufe (88,1 Prozent), der Metall- und Anlagenbauberufe (86,0 Prozent) und der Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe (85,6 Prozent).

Im Ausbildungsbereich Öffentlicher Dienst, in dem über drei Viertel aller Auszubildenden dem Dienstleistungsbereich zugeordnet sind, erreichten die Prüfungsteilnehmer im Jahr 2002 mit einer Erfolgsquote von 90,7 Prozent ein besonders gutes Ergebnis. Die Prüflinge, die in Büroberufen und als Kaufmännische Angestellte ausgebildet wurden, schlossen ihre Prüfung zu 94,1 Prozent erfolgreich ab. Die Berufsgruppe der Techniker lag dagegen mit 77,0 Prozent unter dem Durchschnitt.

Im Ausbildungsbereich Freie Berufe dominieren die weiblichen Auszubildenden. Von den 899 Prüfungsteilnehmern im Jahr 2002 waren 840 junge Frauen (93,4 Prozent); 745 von ihnen bestanden die Prüfung. Insbesondere in den Gesundheitsdienstberufen, in denen fast ausschließlich junge Frauen ausgebildet werden (Arzthelferin, Zahnarzthelferin) lag die Erfolgsquote mit 93,8 Prozent relativ hoch.

Im Ausbildungsbereich Landwirtschaft schwankt die Erfolgsquote seit Jahren um die 70 Prozent-Marke und damit kontinuierlich unter dem Landesdurchschnitt.

Manfred Baier

#### Gemeindeverzeichnis 2001 auf CD-ROM erschienen



Die aktualisierte Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Gemeindeverzeichnis, Stand 31. Dezember 2001“ ist jetzt auf CD-ROM erschienen.

Die CD-ROM enthält die Gemeindeschlüsselnummern für alle selbstständigen **Gemeinden Deutschlands** und die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den übergeordneten Einheiten wie Landkreise, Regierungsbezirke und Bundesländer. Zudem bietet die CD-ROM Angaben über Fläche und Einwohnerzahl sowie die Anschriften der Verwaltungssitze der Gemeinden und der übergeordneten Verwaltungseinheiten.

Darüber hinaus wurde die aktuelle Jahressausgabe der CD-ROM durch die Verschlüsselung nichtadministrativer Gebietseinheiten, wie Arbeitsmarktrektion oder Raumordnungsregion, auf Gemeinde- und Kreisebene erweitert.

Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“, (Bestellnummer 8728010-01700 – ISBN 3-8246-0681-X, Einzelplatzlizenz: 98,- EUR zzgl. Versandkosten, Erscheinungsweise: jährlich) ist über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes erhältlich:

**SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH**  
 Postfach 43 43  
  
 72774 Reutlingen  
 07071 935335  
  
 E-Mail: destatis@s-f-g.com  
 Internet: www.s-f-g.com

## Arbeitskosten 2000 im Land Brandenburg

### - Betriebsergebnis -

Die Aufwendungen der Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern waren am Standort Brandenburg im Jahr 2000 im Produzierenden Gewerbe 28 Prozent und in den erfassten Dienstleistungsbereichen Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe 25 Prozent niedriger als im Durchschnitt Deutschlands.

Im Produzierenden Gewerbe betrugen die Arbeitskosten bezogen auf einen vollzeitbeschäftigen Arbeitnehmer in Brandenburg 32 306 EUR und im Dienstleistungsbereich 30 293 EUR. In Deutschland waren es 44 807 EUR bzw. 40 185 EUR.

Neben dem noch immer deutlichen Unterschied im Lohn- und Gehaltsniveau ist insbesondere bei den Personalnebenkosten, wie Sonderzahlungen und der betrieblichen Altersversorgung, der Abstand zum früheren Bundesgebiet und damit zum deutschen Durchschnitt beträchtlich.

#### Vorbemerkung

Dieser Beitrag schließt die im Heft III/2002 Daten + Analysen begonnene Publikation von Ergebnissen der für das Jahr 2000 europaweit durchgeführten Arbeitskostenerhebung ab.

Den Ausführungen liegen die Ergebnisse des sogenannten Betriebskonzeptes zugrunde. Die bisherigen Veröffentlichungen in Daten + Analysen basierten auf Ergebnissen des Unternehmenskonzeptes.

Das Betriebskonzept liefert Ergebnisse ausschließlich für Betriebe/Betriebsteile mit Standort im Land Brandenburg, unabhängig vom Sitz des Mutterunternehmens. Mit dem Betriebskonzept wird ein Regionalergebnis für das Land Brandenburg nachgewiesen und die Frage nach der Höhe des Aufwands für den Faktor Arbeit am Standort Brandenburg beantwortet. Dieses Ergebnis dient dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) zu regionalen Vergleichen.

Das Unternehmenskonzept weist im Unterschied zum Betriebskonzept die Aufwendungen der Brandenburger Arbeitgeber unabhängig vom Standort der zum Unternehmen gehörenden Betriebe/Betriebsteile nach. Die Ergebnisse nach dem Unternehmenskonzept sind demzufolge nicht regional abzugrenzen. Dieser methodische Unterschied ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten.

Auf weitere Erläuterungen wird verzichtet und auf die Darstellung zur Methodik der Arbeitskostenerhebung in Daten + Analysen, Heft 6/1999 verwiesen.

#### Ergebnisvergleich Betriebskonzept/Unternehmenskonzept

Im Durchschnitt sind die Arbeitskosten im Land Brandenburg (Regionalergebnis nach dem Betriebskonzept) höher als die Arbeitskosten, die die Unternehmen im Land Brandenburg tragen müssen. Insbesondere für den Dienstleistungsbereich trifft dies zu. Am deutlichsten wird das im Kredit- und Versicherungsgewerbe, mit Sitz der Unternehmensmütter überwiegend in den alten Bundesländern. Beeinflusst wird die Höhe der Arbeitskosten und dabei insbesondere der durch Löhne und Gehälter bedingte Anteil durch tarifliche und betriebliche Regelungen. Die Höhe der Personalnebenkosten, in der Öffentlichkeit häufig als Lohnnebenkosten bezeichnet, hängt wesentlich vom Gesetzgeber ab.

#### Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigen Arbeitnehmer im Jahr 2000

Wirtschaftszweig	Unternehmens- konzept	Betriebs- konzept		Abwei- chung Betriebs- zu Unternehmens- konzept Prozent	
		EUR			
		Unternehmens- konzept	Betriebs- konzept		
Produzierendes Gewerbe	32 271	32 306		0,1	
Alle erfassten Dienstleistungsbereiche	29 177	30 293		3,8	
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	27 289	28 225		3,4	
Gastgewerbe	19 765	20 576		4,1	
Kredit- und Versicherungsgewerbe	41 727	47 054		12,8	

Arbeitskosten 2000 je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Land Brandenburg	Abweichung Brandenburg		
					zu Deutschland	zum früheren Bundesgebiet	zu den neuen Ländern
	EUR				Prozent		
Produzierendes Gewerbe	44 807	46 887	30 717	32 306	- 27,9	- 31,1	+ 5,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	53 451	55 044	41 404	48 221	- 9,8	- 12,4	+ 16,5
Verarbeitendes Gewerbe	45 808	47 442	30 529	33 190	- 27,5	- 30,0	+ 8,7
darunter							
Chemische Industrie	58 834	60 415	38 267	36 775	- 37,5	- 39,1	- 3,9
Fahrzeugbau	56 952	58 072	36 973	46 475	- 18,4	- 20,0	+ 25,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Mechanik und Optik	48 732	50 220	33 925	32 618	- 33,1	- 35,0	- 3,9
Maschinenbau	47 670	48 851	33 946	34 273	- 28,1	- 29,8	+ 1,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	46 033	47 000	35 282	38 118	- 17,2	- 18,9	+ 8,0
Metallerzeugung und -bearbeitung							
Herstellung von Metallerzeugnissen	41 867	43 318	29 735	32 165	- 23,2	- 25,7	+ 8,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	40 349	42 670	29 859	32 063	- 20,5	- 24,9	+ 7,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	38 397	39 600	26 406	28 317	- 26,3	- 28,5	+ 7,2
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	36 598	38 130	25 190	27 049	- 26,1	- 29,1	+ 7,4
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	35 585	37 190	25 717	28 091	- 21,1	- 24,5	+ 9,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	33 233	34 949	23 916	24 641	- 25,9	- 29,5	+ 3,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe	32 296	33 951	20 883	21 263	- 34,2	- 37,4	+ 1,8
Energie- und Wasserversorgung	58 314	61 588	47 299	44 187	- 24,2	- 28,3	- 6,6
Baugewerbe	36 222	39 358	27 888	27 696	- 23,5	- 29,6	- 0,7

Hauptinhalt der folgenden Ausführungen ist der Vergleich der Kostenbelastung in Brandenburg mit Durchschnittswerten für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (im folgenden als neue Länder bezeichnet) nach Wirtschaftszweigen und Kostenarten.

#### Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe

In den Brandenburger Betrieben des Produzierenden Gewerbes wurden für das Jahr 2000 durchschnittlich 32 306 EUR pro vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer aufgewendet. Die ermittelten Arbeitskosten differieren stark nach Wirtschaftsbereichen. Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes betragen die Arbeitskosten 33 190 EUR je Vollzeitbeschäftigte[n], mit einer Schwankungsbreite von 21 263 EUR im Textil- und Bekleidungsgewerbe bis 46 475 EUR im Fahrzeugbau.

Im Wirtschaftsbereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden lagen die Aufwendungen mit 48 221 EUR am höchsten, gefolgt von der Energie- und Wasserversorgung mit 44 187 EUR. Im Baugewerbe waren mit 27 696

EUR je Arbeitnehmer die mit Abstand niedrigsten Arbeitskosten der vier zum Produzierenden Gewerbe gehörenden Wirtschaftsbereiche aufzuwenden.

Das Land Brandenburg hatte im Jahr 2000 gegenüber dem früheren Bundesgebiet (46 887 EUR pro Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe) einen Kostenvorteil von 31 Prozent.

Im Vergleich zum Durchschnitt der neuen Länder (30 717 EUR pro Arbeitnehmer) waren die Aufwendungen in Brandenburg etwa 5 Prozent höher. Daran haben vor allem der Bergbau und innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes der Fahrzeugbau mit überdurchschnittlichen Arbeitskosten Anteil. Beide Extremwerte sind überwiegend strukturell bedingt. Das betrifft die Betriebsstruktur aber auch die Kostenstruktur, die 2000 in beiden Bereichen von relativ hohen Entschädigungszahlungen an ausscheidende Arbeitnehmer gekennzeichnet war.

Die Aufwendungen in der Energie- und Wasserversorgung Brandenburgs lagen wegen relativ niedriger Personalnebenkosten unter dem Durchschnitt der neuen Länder. Die

Arbeitskosten im Baugewerbe entsprachen etwa dem Durchschnittswert der neuen Länder und lagen bei rund 70 Prozent der Kosten im früheren Bundesgebiet.

Die relativ größten Kostenunterschiede zwischen Brandenburg und dem früheren Bundesgebiet sind in der Chemischen Industrie, einem Industriezweig mit hohen Arbeitskosten einerseits und dem Textil- und Bekleidungsgewerbe, dem Industriezweig mit den niedrigsten Kosten andererseits, festzustellen.

Im Vergleich zu 1996, die Arbeitskosten werden alle vier Jahre erhoben, ist der Anstieg in Brandenburg mit 7,6 Prozent höher als im früheren Bundesgebiet mit 6,4 Prozent und etwa so hoch wie im Durchschnitt der neuen Länder mit 7,5 Prozent.

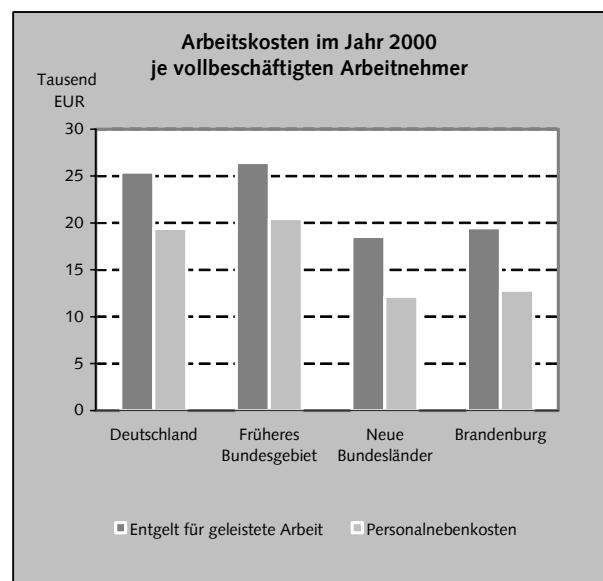
Der Anstieg des Entgelts für geleistete Arbeitszeit (= Löhne und Gehälter abzüglich der Sonderzahlungen und der Vergütung arbeitsfreier Tage) unterschied sich in Brandenburg (+ 9,3 Prozent) nur geringfügig von dem früheren Bundesgebiet (+ 9,1 Prozent) und dem Durchschnitt der neuen Länder (+ 8,9 Prozent).

Die Personalnebenkosten für die Arbeitgeber im Produzierenden Gewerbe sind in Brandenburg (+ 5,0 Prozent) wie auch in den neuen Ländern insgesamt (+ 5,3 Prozent) zwar moderat, aber doch deutlich stärker als im früheren Bundesgebiet (+ 3,1 Prozent) angestiegen. Für Deutschland ergab sich eine Erhöhung der Personalnebenkosten um durchschnittlich 4,1 Prozent.

Die Struktur der Arbeitskosten in Brandenburg unterscheidet sich erheblich von der im früheren Bundesgebiet. Das Entgelt für geleistete Arbeitszeit machte 60,3 Prozent der Arbeitskosten aus. Im früheren Bundesgebiet waren es 56,4 Prozent. Der Anteil der Personalnebenkosten lag demzufolge in Brandenburg bei 39,7 Prozent, im früheren Bundesgebiet bei 43,6 Prozent.

Die absoluten Aufwendungen für Personalnebenkosten betrugen in Brandenburg 12 814 EUR pro Arbeitnehmer. Das waren 62,6 Prozent der Aufwendungen im früheren Bundesgebiet. Das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit pro Arbeitnehmer in Höhe von 19 492 EUR erreichte dagegen 73,8 Prozent des Niveaus im früheren Bundesgebiet. Die aus der Sicht des Arbeitnehmers interessanteren Löhne und Gehälter erreichten 69,3 Prozent des Niveaus im früheren Bundesgebiet. Daraus folgt u. a., dass die Arbeitnehmer in Brandenburg 2000 eine deutlich längere Jahresarbeitszeit zu leisten hatten als ihre Kollegen im früheren Bundesgebiet.

Im Vergleich Brandenburgs zum Durchschnitt der neuen Länder gab es keine signifikanten Unterschiede in der Struktur der Arbeitskosten. Die Höhe der Aufwendungen betreffend, lagen allerdings sowohl die Personalnebenkosten als auch das Entgelt für geleistete Arbeitszeit um jeweils rd. 5 Prozent über den durchschnittlichen Aufwendungen in den neuen Bundesländern.



Innerhalb der Personalnebenkosten sind die Sonderzahlungen in Brandenburg wie auch in den neuen Ländern insgesamt am stärksten angestiegen. Allerdings erfolgte der Anstieg auf der Basis eines vergleichsweise bescheidenen Niveaus. Die Sonderzahlungen erreichten in Brandenburg mit 1 450 EUR je Arbeitnehmer nur knapp 40 Prozent der Höhe, die im früheren Bundesgebiet aufgewendet wird.

Sonderzahlungen hängen nahezu ausschließlich von tariflichen und/oder betrieblichen Vereinbarungen ab. Sie beinhalten Leistungen des Arbeitgebers zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, fest vereinbarte Sonderzahlungen, wie z. B. das Weihnachtsgeld, leistungs- und gewinnabhängige Zahlungen und zusätzliches Urlaubsgeld.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet deutlich niedriger sind auch die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen. Insbesondere trifft dies auf die betriebliche Altersversorgung zu, für die in Brandenburger Betrieben mit 340 EUR pro Arbeitnehmer nur 1,1 Prozent der gesamten Arbeitskosten aufgewendet wurden. Im früheren Bundesgebiet betrugen im Jahr 2000 diese Ausgaben 1 757 EUR je Arbeitnehmer bzw. 3,7 Prozent der gesamten Arbeitskosten.

Auf die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung entfielen in Brandenburg 16,8 Prozent der Arbeitskosten. Das waren 5 412 EUR je Arbeitnehmer. Im früheren Bundesgebiet waren dies wegen der offensichtlich größeren Zahl von Arbeitnehmern, deren Löhne oder Gehälter über den Beitragsbemessungsgrenzen lagen, „nur“ 15,5 Prozent bezogen auf die Arbeitskosten insgesamt bzw. 7 276 EUR je Arbeitnehmer.

Bei der mit den Löhnen und Gehältern stark korrelierenden Vergütung arbeitsfreier Tage (u. a. Urlaubsvergütung, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bis zur 6. Kalenderwoche, Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage) gibt es anteilig mit jeweils 12,9 Prozent der Arbeitskosten (Brandenburg 12,8 Prozent) keine Kostenunterschiede zwischen Ost und West. Die absolute Höhe liegt in Brandenburg mit 4 146 EUR je Arbeitnehmer bei 68,5 Prozent der Kosten im früheren Bundesgebiet.

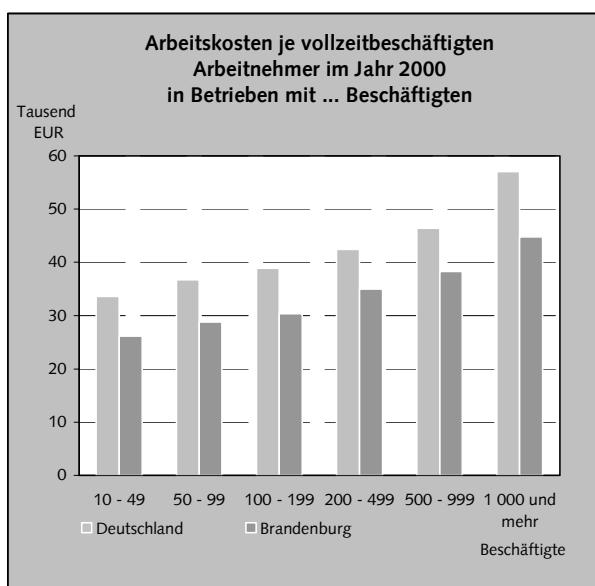
Dämpfend auf die Höhe der Personalnebenkosten wirkten im Jahr 2000 die sonstigen Personalnebenkosten, die in Brandenburg 8,6 Prozent niedriger waren als im Jahr 1996. Ihr Anteil ist mit 4,5 Prozent aber immer noch deutlich höher als im früheren Bundesgebiet mit 3,5 Prozent. Innerhalb der sonstigen Personalnebenkosten hatten die Entlassungsentschädigungen und das betriebliche Kurzarbeitergeld in Brandenburg mit einem Anteil von knapp einem Drittel noch ein sehr großes Gewicht.

Mehr als ein Fünftel der Arbeitskosten wurden im Jahr 2000 durch den Gesetzgeber verursacht. In Brandenburg betragen die gesetzlich determinierten Arbeitskosten, das sind im Wesentlichen Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bis zur 6. Kalenderwoche, Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage, Umlage für das Insolvenzausfallgeld, Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld und Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz, pro Arbeitnehmer 7 132 EUR bzw. 22,1 Prozent der Arbeitskosten insgesamt. Im Durchschnitt Deutschlands lag dieser Anteil bei 20,9 Prozent (9 369 EUR pro Arbeitnehmer). Der Anstieg der gesetzlichen Personalnebenkosten war in Brandenburg gegenüber 1996 mit 5,7 Prozent höher als bei den Personalnebenkosten, die tariflich und/oder betrieblich vereinbart wurden (Anstieg gegenüber 1996 = 4,2 Prozent).

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Höhe der Arbeitskosten und der Größe eines Unternehmens zu dem der Betrieb gehört. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl steigen die Arbeitskosten an. Sie waren 2000 in Brandenburg in Betrieben, die zu Großunternehmen (1 000 und mehr Beschäftigte) gehörten, mit 44 779 EUR pro Arbeitnehmer um 71 Prozent höher als in Kleinstunternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten.

Struktur der Arbeitskosten 2000 und Veränderung der Kostenarten gegenüber 1996

Kostenart	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder			Brandenburg		
	absolut	Anteil	Veränderung	absolut	Anteil	Veränderung	absolut	Anteil	Veränderung	absolut	Anteil	Veränderung
	EUR	Prozent		EUR	Prozent		EUR	Prozent		EUR	Prozent	
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	25 414	56,7	9,7	26 428	56,4	9,1	18 541	60,4	8,9	19 492	60,3	9,3
Personalnebenkosten insgesamt	19 393	43,3	4,1	20 459	43,6	3,1	12 176	39,6	5,3	12 814	39,7	5,0
Sonderzahlungen	3 400	7,6	7,2	3 701	7,9	4,9	1 362	4,4	22,0	1 450	4,5	19,7
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 785	12,9	3,6	6 055	12,9	2,7	3 953	12,9	5,0	4 146	12,8	5,6
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	8 591	19,2	5,4	9 041	19,3	4,1	5 538	18,0	9,6	5 753	17,8	8,3
sonstige Personalnebenkosten	1 618	3,6	- 6,4	1 662	3,5	- 4,8	1 322	4,3	18,9	1 465	4,5	- 8,6
Nachrichtlich:												
Löhne und Gehälter	34 598	77,2	8,4	36 184	77,2	7,6	23 857	77,7	8,9	25 088	77,7	9,2



### Arbeitskosten im Dienstleistungsbereich

In den erfassten Dienstleistungsbereichen Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe lagen die Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer am Standort Brandenburg im Jahr 2000 durchschnittlich bei 30 293 EUR<sup>1)</sup>.

Die Arbeitskosten sind gegenüber 1996 um 7,4 Prozent gestiegen. Der Anstieg entsprach in etwa dem im Produzierenden Gewerbe von 7,6 Prozent.

Der Anstieg der Personalnebenkosten war mit 1,6 Prozent im Vergleich zum Entgelt für geleistete Arbeitszeit (+ 11,6 Prozent), sehr gering ausgefallen. Die gemäßigte Zunahme der Personalnebenkosten im Dienstleistungsbereich insgesamt wurde wesentlich beeinflusst durch die Verringerung der Personalnebenkosten je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer im Gastgewerbe um 7,6 Prozent.

Im Dienstleistungsbereich ist die Heterogenität der Arbeitskosten noch wesentlich ausgeprägter als im Produzierenden Gewerbe. Im Gastgewerbe betrugen im Jahr 2000 die Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer 20 576 EUR. Das waren von allen in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftszweigen die niedrigsten Arbeitskosten. Im Vergleich zu 1996 sind die Aufwendungen im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftszweigen gesunken (- 6 Prozent). Im Handel, der auf Grund seines Gewichtes den Durchschnitt wesentlich bestimmt, lagen die Arbeitskosten

je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer mit 28 225 EUR knapp 10 Prozent höher als 1996. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe sind die Aufwendungen je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer weit überdurchschnittlich um 21 Prozent auf 47 054 EUR gestiegen.

Wie im Produzierenden Gewerbe ist auch in den Dienstleistungsbereichen der Anteil der Personalnebenkosten an den Arbeitskosten insgesamt in Brandenburg niedriger als im früheren Bundesgebiet. Ihr Anteil ist in Brandenburg von 42,0 Prozent im Jahr 1996 auf 39,6 Prozent im Jahr 2000 gesunken.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet waren am Standort Brandenburg die Arbeitskosten im Gastgewerbe sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe um etwa ein Fünftel niedriger. Im Handel waren knapp ein Viertel geringere Arbeitskosten zu verzeichnen.

### Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigte[n] Arbeitnehmer im Jahr 2000 in den erfassten Dienstleistungsbereichen

Gebiet	Alle erfassten Dienstleistungsbereiche	davon		
		Handel	Gastgewerbe	Kredit- und Versicherungsgewerbe
EUR				
Deutschland	40 185	35 685	24 916	57 827
Früheres Bundesgebiet	41 343	36 719	25 612	58 746
Neue Länder	30 638	27 512	20 861	47 855
<b>Brandenburg</b>	<b>30 293</b>	<b>28 225</b>	<b>20 576</b>	<b>47 054</b>
Abweichung Brandenburg von ... in Prozent				
Deutschland	- 24,6	- 20,9	- 17,4	- 18,6
Früheres Bundesgebiet	- 26,7	- 23,1	- 19,7	- 19,9
Neue Länder	- 1,1	+ 2,6	- 1,4	- 1,7

Der Strukturvergleich der Personalnebenkosten in Brandenburg mit dem früheren Bundesgebiet ergibt ähnliche Ergebnisse wie beim Produzierenden Gewerbe. Auffällig ist der abgesehen vom Kredit- und Versicherungsgewerbe deutlich niedrigere Anteil der Sonderzahlungen sowie die durchgängig niedrigeren Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

1) Auf Grund einer vom StBA für den Einzelhandel vorgenommenen Ergebniskorrektur eines Mehrländerunternehmens weichen die in diesem Beitrag ausgewiesenen Arbeitskosten für den Dienstleistungsbereich um - 0,5 Prozent, den Handel insgesamt um - 0,7 Prozent, und den Einzelhandel um - 1,6 Prozent von denen im November 2002 im Statistischen Bericht N III 1/2 - 4j/00 enthaltenen Werten ab

Struktur der Arbeitskosten 2000 in den erfassten Dienstleistungsbereichen

Kostenart	Handel				Gastgewerbe				Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	Früheres Bundesgebiet		Brandenburg		Früheres Bundesgebiet		Brandenburg		Früheres Bundesgebiet		Brandenburg	
	EUR	Prozent	EUR	Prozent	EUR	Prozent	EUR	Prozent	EUR	Prozent	EUR	Prozent
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	22 092	60,2	17 723	62,8	15 649	61,1	12 712	61,8	28 937	49,3	24 327	51,7
Personalnebenkosten insgesamt	14 627	39,8	10 502	37,2	9 963	38,9	7 864	38,2	29 809	50,7	22 727	48,3
Sonderzahlungen	2 481	6,8	1 295	4,6	913	3,6	633	3,1	7 160	12,2	5 513	11,7
Fest vereinbarte Sonderzahlungen	1 157	3,2	579	2,1	505	2,0	259	1,3	3 932	6,7	3 510	7,5
Vergütung arbeitsfreier Tage	4 603	12,5	3 489	12,4	3 198	12,5	2 591	12,6	6 685	11,4	5 809	12,3
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	6 265	17,1	4 824	17,1	4 341	16,9	3 485	16,9	12 439	21,2	8 352	17,8
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 780	15,7	4 661	16,5	4 130	16,1	3 413	16,6	7 648	13,0	6 536	13,9
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	483	1,3	163	0,6	210	0,8	72	0,3	4 762	8,1	1 811	3,8
Sonstige Personalnebenkosten	1 278	3,5	894	3,2	1 511	5,9	1 155	5,6	3 526	6,0	3 052	6,5
Entlassungsentshädigungen, betriebliches Kurzarbeitergeld	185	0,5	91	0,3	65	0,3	49	0,2	325	0,6	258	0,5
Nachrichtlich: Löhne und Gehälter	29 176	79,5	22 507	79,7	19 760	77,2	15 936	77,5	42 782	72,8	35 649	75,8

Auch im Dienstleistungsbereich stiegen die Arbeitskosten tendenziell mit zunehmender Beschäftigtenzahl eines Unternehmens an. Allerdings fällt der Anstieg im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe deutlich flacher aus und endet bei der Unternehmensgröße von 500 bis 999 Beschäftigten. Die Aufwendungen für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Betrieben, die zu einem Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten gehören, sind in Deutschland nur noch marginal (+ 0,2 Prozent) höher und in Brandenburg sogar 3,2 Prozent niedriger als in der Unternehmensgrößenklasse 500 bis 999 Beschäftigte.

Die Differenz zwischen der Größenklasse mit den höchsten Arbeitskosten und der mit den niedrigsten Arbeitskosten (10 bis 49 Beschäftigte) betrug 2000 in Brandenburg im Dienstleistungsbereich 42 Prozent bzw. 10 700 EUR und im Produzierenden Gewerbe 71 Prozent bzw. 18 600 EUR.

### Fazit

Auch im zehnten Jahr der deutschen Einheit waren die Arbeitskosten am Standort Brandenburg ähnlich wie in allen neuen Ländern noch deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet. Besonders groß ist der Unterschied bei den Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalnebenkosten und hierbei insbesondere bei den durch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen verursachten Personalnebenkosten wie Sonderzahlungen und betrieblicher Altersversorgung.

Der Anstieg der Personalnebenkosten im Jahr 2000 gegenüber dem Jahr 1996 war niedriger als die Zunahme des Entgelts für geleistete Arbeitszeit.

Wilfried Schenk

## Neuberechnung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000

*Mit Berichtsmonat Januar 2003 wurde die Berechnung der Verbraucherpreise auf das neue Basisjahr umgestellt. Damit wurde der Warenkorb und die Gewichtung der darin beschriebenen Waren und Leistungen an die im Laufe der Zeit sich ändernden Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte angepasst. Bis dahin wurden die Ergebnisse der Verbraucherpreisentwicklung auf der Basis 1995 berechnet und unter dem Namen „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ veröffentlicht. Ab 2003 wird dieser Index unter dem Namen „Verbraucherpreisindex“ weitergeführt. Die Ergebnisse ab dem Beginn des neuen Basisjahres wurden daher neu berechnet und ersetzen die vor der Umstellung für den Zeitraum Januar 2000 bis Dezember 2002 veröffentlichten Daten.*

*Mit der Indexumstellung 2003 auf das Basisjahr 2000 = 100 wurden auch inhaltliche und methodische Änderungen vollzogen, die im wesentlichen die Erweiterung des Erfassungsbereiches und Verbesserungen in der Erhebungspraxis betreffen. Darüber hinaus waren auch Änderungen in der Ergebnisdarstellung erforderlich. So wurde einerseits die Berechnung von Indizes für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für spezielle Haushaltstypen eingestellt, andererseits zusätzliche Sondergliederungen aufgenommen. Auf diese und andere Änderungen der Neuberechnung sowie deren Auswirkungen auf die Ergebnisse wird im Folgenden eingegangen.*

### Vorbemerkungen

Der Verbraucherpreisindex gehört zu den in der Öffentlichkeit am meisten beachteten Zahlen der amtlichen Statistik und steht damit im Mittelpunkt des preisstatistischen Berichtssystems. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, wie sich die Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für den Privaten Konsum gekauft werden, entwickelt haben.

Allgemein spielt der Verbraucherpreisindex für währungs- und sozialpolitische Fragestellungen und auch bei Tarifverhandlungen eine wichtige Rolle. Die monatlichen und jährlichen Veränderungsraten sind wichtige Kenngrößen zur Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung und Orientierungshilfen für Politik und Wirtschaft. Von grundlegender Bedeutung kann er auch für privatrechtlich vereinbarte, laufende Geldleistungen, wie z. B. Miet- und Pachtzahlungen, sein. In der Regel geschieht dies durch die Aufnahme von Wertsicherungsklauseln in den entsprechenden Verträgen, die an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex gebunden sind.

### Methodik des Verbraucherpreisindex

Das Erhebungsverfahren der Statistik der Verbraucherpreise basiert zum überwiegenden Teil auf Preisbefragungen durch Preisermittler.

Auch zentral durch das Statistische Bundesamt ermittelte Preisentwicklungen fließen in die Indexberechnung ein.

Im Land Brandenburg werden rd. 23 000 Einzelpreise für etwa 630 repräsentative Waren und Dienstleistungen des Privaten Konsums erfragt. Diese Preise werden Mitte jeden Monats in 14 Berichtsgemeinden unterschiedlicher Gemeindegrößenklassen bei repräsentativ ausgewählten Einzelhandelsgeschäften, Dienstleistungseinrichtungen, Handwerksbetrieben sowie Wohnungsunternehmen erhoben.

Die Indexberechnung setzt sich aus mehreren Berechnungsschritten zusammen. Aus den Einzelpreisen werden zunächst für jede Ware und Leistung der Gemeindedurchschnittspreis und daraus der Landesdurchschnittspreis (ungewogenes arithmetisches Mittel) ermittelt. Aus den Landesdurchschnittspreisen werden Messzahlen auf der Basis des der Indexberechnung zugrunde liegenden Basisjahres für jede einzelne Position berechnet. Danach erfolgt die Aggregation der Messzahlen mit den bundeseinheitlichen Wägungsanteilen über festgelegte Gliederungsstufen entsprechend der Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums (COICOP) zum Gesamtindex. Dabei werden neben den Landesmesszahlen auch die durch das Statistische Bundesamt ermittelten bundeseinheitlichen Messzahlen berücksichtigt.

Grundlage der Indexberechnung sind neben den monatlich ermittelten Einzelpreisen der Warenkorb und das Wägungsschema. Die Berechnung des Verbraucherpreisindex erfolgt nach dem Laspeyres-Konzept. Bei diesem Indexkonzept beziehen sich die Indexwerte auf die Verbrauchsstrukturen des jeweils festgelegten Basisjahres und werden

bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr konstant gehalten. Weil sich aber das Güterangebot und das Verbrauchsverhalten privater Haushalte im Zeitablauf ändern, ist ein solches Konstanthalten nur für eine begrenzte Zeit möglich, wenn die Ergebnisse nicht an Aussagekraft verlieren sollen. Die Grundlagen der Indexberechnung müssen daher von Zeit zu Zeit den veränderten Verhältnissen angepasst werden.

Die amtliche Preisstatistik in Deutschland löst dies dadurch, dass sie alle fünf Jahre eine Aktualisierung der repräsentativen Güterauswahl und deren Gewichtung vornimmt und den Preisindex auf ein neues Basisjahr umstellt. Nachdem der Verbraucherpreisindex bis Ende 2002 am Konsumverhalten der Verbraucher des Jahres 1995 ausgerichtet war, wurde nun auf das des Jahres 2000 übergegangen.

### Wegfall der Preisindizes für spezielle Haushaltstypen

Mit der Einführung des Basisjahres 2000 entfällt die Berechnung von Preisindizes für spezielle Haushaltstypen. Zum einen ist dies eine Folge der Neukonzeption der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 1999, die als Datenbasis für die Erstellung spezifischer Wägungsschemata für diese Haushaltstypen diente.

Die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen basiert auf den freiwilligen Aufzeichnungen privater Haushalte über ihre täglichen Einnahmen und Ausgaben und war bis 1999 auf diese speziellen Haushaltstypen ausgerichtet. Weil diese so eng definiert waren und daher nicht mehr der Lebenswirklichkeit entsprachen, wurde diese Beschränkung aufgegeben. Seitdem werden verschiedene Haushalte differenziert nach Haushaltgröße, sozialer Stellung oder Einkommen in die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen einbezogen. Zum anderen wurde die Berechnung von Indizes spezieller Haushaltstypen eingestellt, weil im längerfristigen Vergleich dieser Indexreihen kaum noch Unterschiede zu erkennen waren. Über diese Veränderungen wurde bereits seit Jahren durch das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter informiert.

### Umbenennung des Preisindex für die Lebenshaltung in Verbraucherpreisindex

Der bis zur Umstellung auf das Basisjahr 2000 veröffentlichte „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ wird ab Januar 2003 als „Verbraucherpreisindex“ (VPI) bezeichnet. Mit inhaltlichen Modifikationen ist die Namensänderung nicht verbunden. Sie dient rein der inhaltlichen Klarheit und der Vermeidung von Unschärfe.

Wegen des Wegfalls der Preisindizes für spezielle Haushaltstypen ist ein Hinweis auf „alle privaten Haushalte“ in

der Indexbezeichnung nicht mehr erforderlich. Fälschlicherweise und häufig auftretende Verwechslungen des Verbraucherpreisindex mit einem „Lebenshaltungskostenindex“ werden durch die neue Bezeichnung ebenfalls vermieden. Gleichzeitig wird mit dem neuen Namen ein analoger Begriff zu dem für europäische Zwecke berechneten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) verwendet, obwohl vor allem hinsichtlich des Erfassungsreiches und der Preisentwicklung der Güter Unterschiede bestehen.

Aus dem „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Land Brandenburg“ wurde zu Beginn des Jahres 2003 der „Verbraucherpreisindex Land Brandenburg“.

### Aktualisierung des Warenkorbs

Der sogenannte Warenkorb beschreibt die für die Lebenshaltung erforderlichen und monatlich zu beobachtenden Waren und Leistungen, die aus der Fülle und Vielfalt des Marktangebotes ausgewählt wurden und die Verbrauchsgewohnheiten eines durchschnittlichen Haushalts in Deutschland nach Menge und Art repräsentieren. Da sich die für ein Basisjahr im Warenkorb festgelegten Waren und Leistungen infolge technischer, gesellschaftlicher oder kultureller Entwicklung ändern, an Bedeutung verlieren oder ganz aus dem Angebot verschwinden und gleichzeitig neue Produkte auf den Markt kommen, die an Verbrauchsbedeutung gewinnen, wird der Warenkorb anlässlich jeder Umstellung auf ein neues Basisjahr aktualisiert. Dabei werden Güter, die im Zeitablauf vom alten zum neuen Basisjahr allgemein eine gewisse Verbrauchsbedeutung erlangt haben, neu in den Warenkorb aufgenommen. Güter, die merklich an Verbrauchsbedeutung verloren haben, werden dementsprechend aus dem Warenkorb gestrichen.

Die Aktualisierung des Warenkorbes findet im Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den Statistischen Landesämtern statt. Es ist dabei nicht notwendig, jede kurzfristige Konsumveränderung exakt abzubilden.

Längerfristige Veränderungen müssen jedoch berücksichtigt werden. Die wichtigsten Veränderungen im Warenkorb 2000 gegenüber 1995 betreffen:

- die stärkere Einbeziehung von Fertig- bzw. Halbfertigprodukten, wie z. B. Brötchen zum Fertigbacken und Pizza zum Mitnehmen, wobei festzustellen ist, dass der Anteil von Lebensmitteln in Konserven und Gläsern zugunsten tiefgefrorener Lebensmittel gesunken wurde,
- die erweiterte Einbeziehung von Produkten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, wie z. B. Scanner, Laserdrucker, Digitalkamera,

- die Einbeziehung von Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung, dazu zählen Positionen wie Unterbringung und Verpflegung im Altenwohnheim, ambulante Pflege, Essen auf Rädern und der Monatsbeitrag für den Besuch einer Kinderkrippe.
- die Einbeziehung zusätzlicher Dienstleistungen für private Haushalte, wie z. B. Pizzaservice, Besuch eines Sonnen- oder Fitnessstudios und die Fahrradreparatur.

Viele der neu aufgenommenen Güter ersetzen auch nur Güter, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprachen oder die aus anderen Gründen nicht mehr geeignet waren, die betreffende Gütergruppe repräsentativ zu vertreten. Beispiele dafür sind:

- brennbare CD-Rohlinge anstatt Disketten,
- Druckerpapier anstatt Schreibmaschinenpapier,
- Farbpatrone für Tintenstrahldrucker anstatt Farbband,
- Allzweckreiniger anstatt Fußbodenpflegemittel und
- Laminat-Fertigboden-Panelen anstatt PVC-Bodenbelag.

Aus dem Warenkorb gestrichen wurden u. a.

- der Kaffeefilter (Kunststoff),
- der Diaprojektor und
- die elektrische/elektronische Schreibmaschine.

Anzumerken ist, dass Änderungen im Warenkorb nicht in jedem Fall an den fünfjährigen Terminen einer Indexumstellung gebunden sind, sondern bei dringendem Bedarf auch zwischenzeitlich vorgenommen werden.

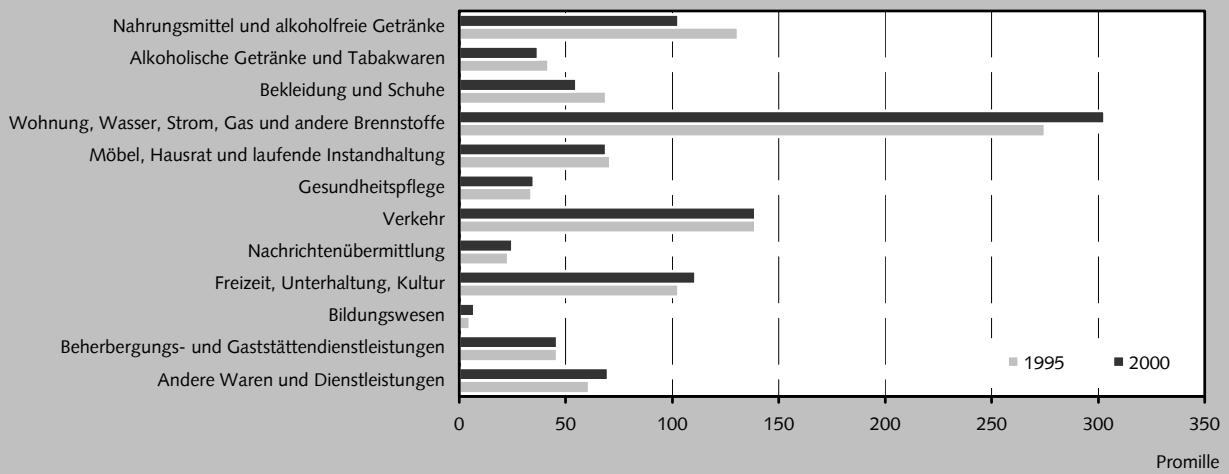
### Aktualisierung des Wägungsschemas

Da der Einfluss der einzelnen im Warenkorb beschriebenen Waren und Leistungen auf die Preisentwicklung von ihrem Ausgabenanteil am durchschnittlichen Budget der privaten Haushalte abhängt, werden sie gemäß ihrer Verbrauchsbedeutung, d. h. entsprechend ihrem Ausgabenanteil an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte für den Privaten Konsum, gewichtet. Die Gesamtheit dieser Wägungsanteile bildet das Wägungsschema.

Daher hat die Bestimmung der Gewichte im Wägungsschema in der Regel einen viel größeren Einfluss auf die Indexergebnisse als der Warenkorb. Wegen Änderung der Einkommensverhältnisse, der Preise und des Güterangebotes ändert sich im Laufe der Zeit das Verbrauchsverhalten und damit die Verbrauchsstrukturen der privaten Haushalte. Das Wägungsschema wird deshalb alle fünf Jahre durch das Statistische Bundesamt aktualisiert. Dies bedeutet, dass die Anteile für die Ausgaben der einzelnen Waren und Leistungen an den gesamten Verbrauchsausgaben für das Basisjahr neu berechnet werden.

Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte werden aus den Ergebnissen der alle fünf Jahre durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der monatlichen Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen abgeleitet. Ergänzend werden Ergebnisse anderer amtlicher Statistiken, wie z. B. der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Steuerstatistik verwendet.

**Wägungsschemata des Verbraucherindex in Deutschland  
auf der Basis 1995 = 100 und 2000 = 100**



Mit der Umstellung auf das Preisbasisjahr 2000 wurde die getrennte Gewichtung für Ost und West eingestellt und ein einheitliches Wägungsschema für ganz Deutschland eingeführt. Die Verbrauchsgewohnheiten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost haben sich inzwischen weitgehend angeglichen und auch die bis zur Preisbasis 1995 = 100 getrennt berechneten Indizes zeigen bis auf wenige Abweichungen annähernd die gleiche Entwicklung, so dass ein getrennter Nachweis nicht mehr sinnvoll ist. Hinzu kommt, dass die zuvor beschriebene Datengrundlage eine unterschiedliche Ermittlung der Gewichte für Ost und West nicht mehr zulässt.

Der Vergleich des für die Basis 2000 = 100 für Deutschland erstellten Wägungsschemas mit den gültigen Wägungsschemata unterschiedlicher Gebietsstände für die frühere Basis 1995 = 100 zeigt, dass sich die langjährigen Entwicklungen, wie sie für hochentwickelte Volkswirtschaften typisch sind, weiter fortgesetzt haben. Danach gab es im Laufe der Jahrzehnte eine kontinuierliche Verschiebung der Ausgabenanteile der einzelnen Gütergruppen. So haben sich die Anteile von Nahrungsmitteln und Getränken oder auch von Bekleidung und Schuhen laufend verringert und die für Wohnen und Nachrichtenübermittlung dauerhaft erhöht.

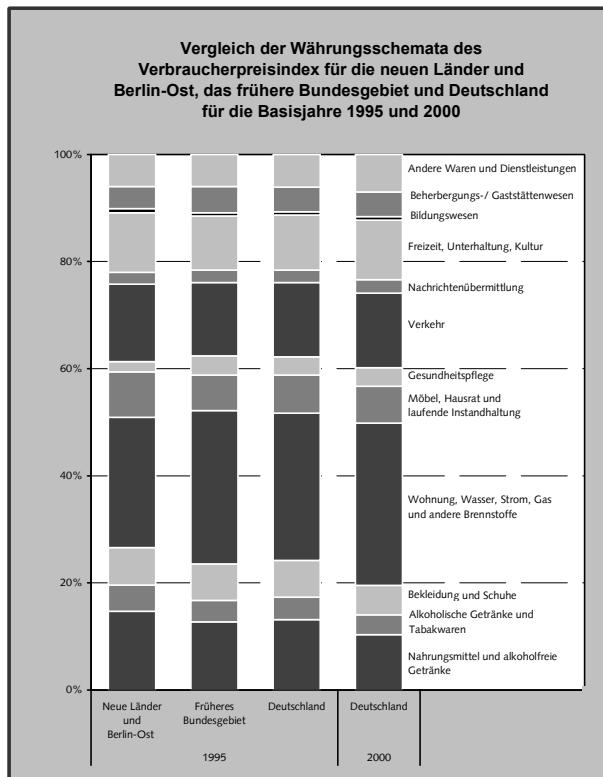
Für die im Januar 2003 vorgenommene Umstellung auf das neue Basisjahr 2000 sind die Verschiebungen im Wägungsschema für Deutschland wenig spektakulär. Am stärksten ist die Verbrauchsbedeutung von „Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken“ zurückgegangen. Daneben verringerten sich wie auch zu erwarten die Ausgabenanteile der privaten Haushalte für „alkoholische Getränke und Tabakwaren“ sowie für „Bekleidung und Schuhe“.

Am stärksten gestiegen ist der Ausgabenanteil der Haushalte für „Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“. Entscheidend hierfür ist im wesentlichen eine Erhöhung des Ausgabenanteils für die Nettokaltmiete. Auch die Gütergruppe „Andere Waren und Dienstleistungen“ hat an Bedeutung gewonnen. Hier machen sich vor allem die neu im Warenkorb aufgenommenen Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung bemerkbar. Auffallend ist auch, dass trotz der gesunkenen Preise der Ausgabenanteil für „Nachrichtenübermittlung“ gestiegen ist. Demnach hat die Verbrauchsbedeutung für Telekommunikationsdienstleistungen deutlich zugenommen. Etwas erhöht hat sich auch das Gewicht der Gruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“. Dies ist in erster Linie auf die gestiegene Verbrauchsbedeutung des Kaufs von Personalcomputern zurückzuführen.

Gegenüberstellung der Wägungsschemata für 2000 und 1995

Abteilungen	Gewichtung in Promille							
	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundes- gebiet	Deutsch- land	Deutsch- land	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundes- gebiet	Deutsch- land	
	1995 = 100		2000 = 100		Abweichungen 2000 zu 1995			
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	147,06	127,05	131,26	103,35	- 43,71	- 23,70	- 27,91
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	48,99	40,39	41,67	36,73	- 12,26	- 3,66	- 4,94
03	Bekleidung und Schuhe	69,98	67,72	68,76	55,09	- 14,89	- 12,63	- 13,67
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	243,07	287,02	274,77	302,66	59,59	15,64	27,89
05	Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung	84,68	66,48	70,56	68,54	- 16,14	2,06	- 2,02
06	Gesundheitspflege	18,79	36,36	34,39	35,46	16,67	- 0,90	1,07
07	Verkehr	144,73	136,58	138,82	138,65	- 6,08	2,07	- 0,17
08	Nachrichtenübermittlung	22,08	22,87	22,66	25,21	3,13	2,34	2,55
09	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	111,33	100,64	103,57	110,85	- 0,48	10,21	7,28
10	Bildungswesen	8,57	6,00	6,51	6,66	- 1,91	0,66	0,15
11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	41,14	48,75	46,08	46,57	5,43	- 2,18	0,49
12	Andere Waren und Dienstleistungen	59,58	60,14	60,95	70,23	10,65	10,09	9,28

Bei der Gegenüberstellung des jetzt gültigen bundeseinheitlichen Wägungsschemas für die Basis 2000 mit dem auch für das Land Brandenburg bis zur Basis 1995 = 100 gültigen Wägungsschemas für die neuen Länder und Berlin-Ost bzw. mit dem für das frühere Bundesgebiet sind doch, im Gegensatz zu den zuvor für das gesamtdeutsche Wägungsschema dargestellten Ergebnissen, deutliche Abweichungen zwischen alter und neuer Gewichtung zu erkennen.



Im ab Januar 2003 für die Indexberechnung für das Land Brandenburg neu zu verwendenden gesamtdeutschen Wägungsschema sind die Veränderungen in der Gewichtung gegenüber dem zuvor für die neuen Länder und Berlin-Ost eingesetzten weit stärker als beim Vergleich der gesamtdeutschen Wägungsschemata. In fast allen Gütergruppen sind deutliche Unterschiede zwischen den Abweichungen die den Brandenburger Berechnungen zugrunde liegen und denen für Deutschland festzustellen. Ausgehend von der Höhe des Gewichts sind die Unterschiede am auffälligsten bei den Gütergruppen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“, „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, „Verkehr“ und „Freizeit“ sowie „Unterhaltung und Kultur“. Aber auch bei den Gruppen „Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung“, „Alkoholische Getränke, Tabakwaren“, „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ und „Gesundheitspflege“ sind die Unterschiede nicht unbedeutend.

### Methodische und konzeptionelle Änderungen

Neben der Aktualisierung des Warenkorbes und des Wägungsschemas wurden anlässlich der Umstellung auf das neue Basisjahr 2000 auch einige methodische und konzeptionelle Änderungen durchgeführt, die hauptsächlich die Erweiterung des Erfassungsbereichs und Verbesserungen in der Erhebungspraxis betreffen:

- Einbeziehung von Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung

Weil die Bedeutung dieser Ausgabepositionen für private Haushalte in den letzten Jahren stark gestiegen ist, werden jetzt z. B. die Unterbringung in Altenheimen, mobile Pflegedienste oder auch Beiträge für den Besuch einer Kinderkrippe in die Indexberechnung einbezogen. Erfasst werden nur Ausgaben, die von privaten Haushalten selbst zu tragen sind. Zahlungen der gesetzlichen Kranken- oder Pflegeversicherung bzw. Zahlung der Sozialhilfe sind nicht berücksichtigt.

- Einbeziehung transaktionsabhängiger Preise für Finanzdienstleistungen

Da in den letzten Jahren die Verbrauchsbedeutung von Gebühren für transaktionsabhängige Finanzdienstleistungen spürbar gestiegen ist, werden diese jetzt auch in den Verbraucherpreisindex einbezogen. Dabei handelt es sich um Preise für Dienstleistungen, deren Leistungsentgelt sich an dem Wert des gehandelten Gegenstandes (Transaktionswert) orientiert, z. B. Depotgebühren oder Gebühren für den Kauf oder Verkauf von Wertpapieren. Bis zur Basisumstellung wurden als Finanzdienstleistungen für private Haushalte nur Dienstleistungen gegen festes Entgelt einbezogen, z. B. Gebühren für ein übliches Lohn- oder Gehaltskonto.

- Änderung der Erhebungspraxis bei der Erfassung von Pauschalreisen

Neben einer Reihe kleinerer methodischer Änderungen, wie sie bei jeder Umstellung der Indizes auf ein neues Basisjahr vorgenommen werden, ist insbesondere die geänderte Erhebungspraxis bei Pauschalreisen, Ferienwohnungen und Flügen von Bedeutung. Der bis zur Neuberechnung des Verbraucherpreisindex gültige Erhebungstichtag führte dazu, dass bei ungünstiger Lage der Wochentage Reisen während der Weihnachtsfeiertage und über Silvester nicht in den Dezemberindex eingingen. Daher wurde dieser jetzt so geändert, dass sichergestellt ist, dass Reisen

zu den Saisonhöhepunkten Weihnachten und Silvester immer im Dezember bei der Indexberechnung berücksichtigt werden. Dieses veränderte Vorgehen führt zu Abweichungen der monatlichen Veränderungsraten, insbesondere für Dezember und Januar und verändert somit die Saisonfigur der Preisentwicklung.

- Neue Formel für die Zusammenfassung der Länderergebnisse

Bis zur Umstellung auf das neue Basisjahr 2000 wurden die Länderergebnisse mit deren Einwohnerzahl gewichtet. Um die nicht unerheblichen Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern im Verbraucherpreisindex zu berücksichtigen, werden ab 2003 bei der Zusammenfassung der Länderergebnisse zum Bundesergebnis als Gewicht die Anteile der Bundesländer am Privaten Konsum aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde gelegt.

#### Ergebnisse der Neuberechnung

Die Umstellung der Verbraucherpreisindizes auf das neue Basisjahr 2000 erfolgte mit Berichtsmonat Januar 2003. Durch die Änderungen im Warenkorb, Wägungsschema und in der Methodik bzw. den Konzepten kann der neu berechnete Index vom bisher berechneten abweichen. Die neu berechneten Indexwerte können zeitweise oder dauerhaft sowohl über als auch unter den alten Werten liegen. Da private Haushalte auf Preisveränderungen reagieren, in dem sie bei Preissteigerungen versuchen, preisgünstigere Produkte zu erwerben, sind die neu berechneten Indexreihen häufig niedriger. Dieses Vorgehen privater Haushalte ist allerdings nur begrenzt möglich, da ähnliche Waren und Leistungen meist auch ähnlichen Preisveränderungen unterliegen. Steigt dagegen die Nachfrage trotz überdurchschnittlich gestiegenen Preise nach teurer gewordenen Gütern, z. B. wegen gestiegener Einkommen oder aus Prestigegründen, steigt auch der neu berechnete Index stärker als die bisherigen Werte.

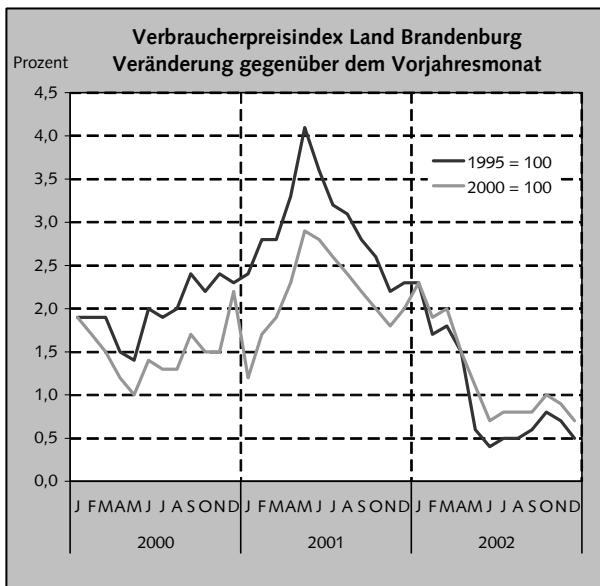
Die sich aus der Umstellung auf das Basisjahr 2000 ergebenen Differenzen sind für das Jahr 2001, gemessen an den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr, größer als für die Jahre 2000 und 2002. Auf der Basis 2000 = 100 wird die Veränderung des Verbraucherpreisindex in einzelnen Monaten des Jahres 2001 um mehr als einen Prozentpunkt niedriger ausgewiesen als auf Basis 1995 = 100, im Jahresdurchschnitt 2000 um 0,5 Prozentpunkte niedriger und 2002 um 0,2 Prozentpunkte höher.

Die stärkeren Abweichungen der Veränderungsraten für das Jahr 2001 und auch 2002 sind zum einen durch die zwischenzeitliche Einbeziehung der Internetnutzung ab Berichtsmonat Januar 2001 zurückzuführen. Zum anderen

wird dies durch die verbesserte Qualitätsbereinigung bei Personalcomputern, die zu Beginn des Jahres 2001 in ersten Schritten eingeführt und ab Juni 2002 durch die Anwendung hedonischer Methoden vervollständigt wurde, hervorgerufen.

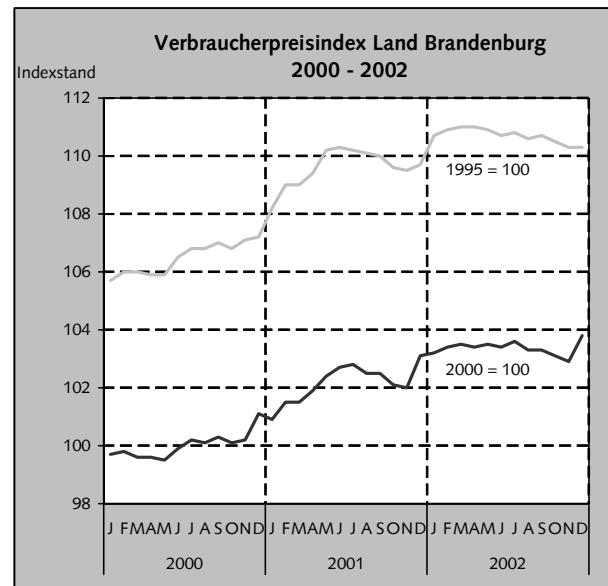
Die Berücksichtigung der aktuellen Verbrauchsgewohnheiten im Wägungsschema und der damit verbundene Umstieg vom Wägungsschema für die neuen Länder und Berlin-Ost auf eine gesamtdeutsche Gewichtung erklärt ebenfalls einen Teil der Differenzen für das Land Brandenburg.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg Gegenüberstellung der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresergebnis			
Monat Jahr	Basis 2000 = 100	Basis 1995 = 100	Differenz 2000 zu 1995
	Prozent		Prozent- punkte
2000 JD	1,5	2,0	- 0,5
2001 JD	2,2	2,9	- 0,7
2002 JD	1,2	1,0	+ 0,2
2000 Januar	1,9	1,9	-
Februar	1,7	1,9	- 0,2
März	1,5	1,9	- 0,4
April	1,2	1,5	- 0,3
Mai	1,0	1,4	- 0,4
Juni	1,4	2,0	- 0,6
Juli	1,3	1,9	- 0,6
August	1,3	2,0	- 0,7
September	1,7	2,4	- 0,7
Oktober	1,5	2,2	- 0,7
November	1,5	2,4	- 0,9
Dezember	2,2	2,3	- 0,1
2001 Januar	1,2	2,4	- 1,2
Februar	1,7	2,8	- 1,1
März	1,9	2,8	- 0,9
April	2,3	3,3	- 1,0
Mai	2,9	4,1	- 1,2
Juni	2,8	3,6	- 0,8
Juli	2,6	3,2	- 0,6
August	2,4	3,1	- 0,7
September	2,2	2,8	- 0,6
Oktober	2,0	2,6	- 0,6
November	1,8	2,2	- 0,4
Dezember	2,0	2,3	- 0,3
2002 Januar	2,3	2,3	-
Februar	1,9	1,7	+ 0,2
März	2,0	1,8	+ 0,2
April	1,5	1,5	-
Mai	1,1	0,6	+ 0,5
Juni	0,7	0,4	+ 0,3
Juli	0,8	0,5	+ 0,3
August	0,8	0,5	+ 0,3
September	0,8	0,6	+ 0,2
Oktober	1,0	0,8	+ 0,2
November	0,9	0,7	+ 0,2
Dezember	0,7	0,5	+ 0,2



Die Erweiterung des Erfassungsbereichs durch die Einbeziehung von Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung und die Aufnahme transaktionsabhängiger Finanzdienstleistungen haben die Veränderungsraten für das Land Brandenburg nur unwesentlichen beeinflusst. Dagegen hat die Veränderung der Erhebungspraxis bei Pauschalreisen erheblichen Einfluss auf den Gesamtindex. Die Saisonhöhepunkte Weihnachten und Silvester sind rückwirkend ab Januar 2000 deutlich im Dezember erkennbar.

Durch den sogenannten Substitutionseffekt, d. h. die Annahme, dass private Haushalte stärker preisgünstigere Waren und Dienstleistungen kaufen und auf besonders teuer gewordene Güter verzichten, wären, ausgehend von den aktuellen Bedingungen, niedrigere Veränderungsraten zu erwarten gewesen. Andere Erscheinungen müssen diese Effekte stärker kompensiert haben.



### Rückrechnung und Bildung langer Reihen

Die Ergebnisse auf der neuen Basis, d. h. berechnet nach den Verbrauchsstrukturen des Jahres 2000, wurden entsprechend der in Deutschland üblichen Vorgehensweise bei früheren Indexumstellungen bis zum Januar des neuen Basisjahres, d. h. bis Januar 2000, zurückgerechnet. Die bis zur Indexumstellung für den Zeitraum Januar 2000 bis Dezember 2002 veröffentlichten Indexergebnissen werden durch die auf Basis 2000 = 100 berechneten Ergebnisse ersetzt.

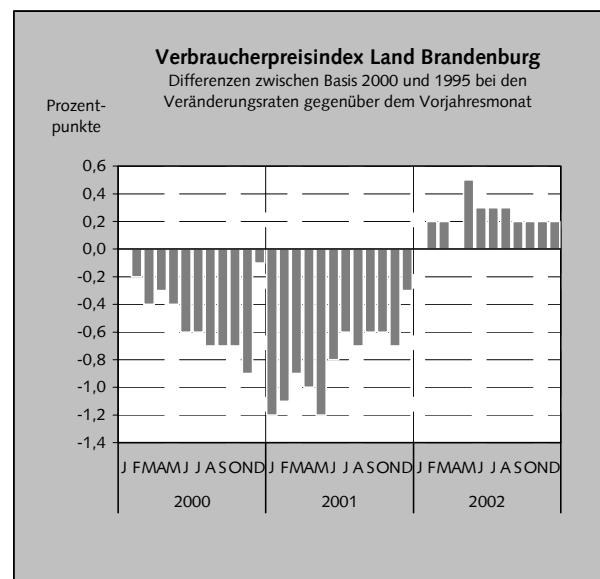
Darüber hinaus werden aber auch über längere Zeiträume zusammenhängende Indexreihen benötigt. Es ist zwar nicht ganz unproblematisch, Indexwerte nach unterschiedlichen Warenkörben, Wägungsschematas und Methoden zu einer Reihe zu verknüpfen, jedoch ist dies die einzige Möglichkeit, langfristige Zeitreihen zur Verfügung zu stellen.

Die Verknüpfung der neu berechneten mit der alten Reihe erfolgt mit dem auf alter Basis ermittelten Index für den Januar 2000.

Dazu wird folgender Umbasierungsfaktor gebildet:

$$UF = \frac{\text{Januarindex 2000 (Basis 2000 = 100)}}{\text{Januarindex 2000 (Basis 1995 = 100)}}$$

Mit diesem Faktor werden nun die einzelnen Monatsindizes der alten Reihe vor Januar 2000 multipliziert, d. h. die alten Werte auf der Basis 1995 = 100 werden auf das Basisjahr 2000 umgerechnet und die neue Reihe, die ja erst mit dem Januarindex 2000 beginnt, wird für die Jahre vor 2000 ergänzt.



Nach dem gleichen Prinzip wird auch verfahren, wenn noch die alte Indexreihe für das Basisjahr 1995, die mit dem Dezemberindex 2002 endet, für die Jahre danach fortgesetzt werden muss. Dazu wird der Kehrwert des vorher dargestellten Umbasierungsfaktors gebildet und die einzelnen Monatsindizes der neuen Indexreihe für das Basisjahr 2000 ab Januar 2000 damit multipliziert:

$$UF = \frac{\text{Januarindex 2000 (Basis 1995 = 100)}}{\text{Januarindex 2000 (Basis 2000 = 100)}}$$

Lange Reihen für den Verbraucherpreisindex Land Brandenburg stellt der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik ab 1991 zur Verfügung. Die Ergebnisse für den Zeitraum vor Januar 2000 werden dabei, wie zuvor geschildert, durch einfache Umbasierung auf das Niveau der Indexreihen 2000 = 100 angehoben.

Umbasierungsfaktoren Land Brandenburg nach Abteilungen		
Abteilungen	Umbasierungsfaktoren auf die Basis von	
	2000 = 100	1995 = 100
Verbraucherpreisindex	0,94324	1,06018
Nahrungsmittel und alkoholische Getränke	1,00200	0,99801
Alkoholische Getränke und Tabak waren	0,94173	1,06188
Bekleidung und Schuhe	0,98814	1,01200
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	0,91001	1,09889
Möbel, Haushaltsgeräte und Instandhaltung	1,00803	0,99203
Gesundheitspflege	0,85287	1,17252
Verkehr	0,88129	1,13469
Nachrichtenübermittlung	1,26765	0,78886
Freizeit, Unterhaltung, u. Kultur	0,94972	1,05295
Bildungswesen	0,77575	1,28907
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	0,93726	1,06694
Andere Waren und Dienstleistungen	0,93233	1,07258

### Auswirkungen der Neuberechnungen auf Wertsicherungsklauseln in Verträgen

In Verträgen, die die Höhe regelmäßig wiederkehrender Geldleistungen regeln, kommen häufig sogenannte Wertsicherungsklauseln zur Anwendung. Zweck dieser Klauseln ist es, erst in Zukunft zu erbringende Geldleistungen, wie Pachten, Mieten oder Renten, auch bei abnehmendem Geldwert beständig zu halten. Als Wertsicherungsmaßstab wird in der Praxis überwiegend der Verbraucherpreisindex verwendet. Als gesetzliche Grundlage für Wertsicherungs-

klauseln gilt ab 1. Januar 1999 die Preisklauselverordnung (PkV) vom 23. September 1998 (BGBl. I Nr. 66 vom 29. September 1998).

Da ab Januar 2003 die getrennte Berechnung von Preisindizes für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für spezielle Haushaltstypen eingestellt wurde, ist für Nutzer von Wertsicherungsklauseln, deren Verträgen diese weggefallenen Indizes zugrunde liegen, ein rechnerischer Übergang von diesen Preisindizes auf den Verbraucherpreisindex für Deutschland erforderlich. Für den Umstieg hat das Statistische Bundesamt in sein Internetangebot ein interaktives Programm eingesetzt, das eine selbstständige Berechnung ermöglicht. Dieses Programm ist unter [www.destatis.de/wsk/](http://www.destatis.de/wsk/) erreichbar. Alternativ wird diese Anleitung auch in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt über Internet: Download als Datei PDF-Format unter [www.destatis.de/themen/d/thm\\_preise.htm](http://www.destatis.de/themen/d/thm_preise.htm)

- Telefon: 0611 75-3777
- E-Mail: [verbraucherpreisindex@destatis.de](mailto:verbraucherpreisindex@destatis.de)

Auch eine kostenpflichtige Berechnung durch das Statistische Bundesamt ist möglich. Dazu kann auf gleichem Weg wie zuvor angegeben oder über Faxabruf (0611-75-3622) ein Formblatt zur Abfrage der Vertragsmodalitäten angefordert werden.

### Änderung im Veröffentlichungsprogramm

Mit der Umstellung des Verbraucherindex auf das Basisjahr 2000 werden in den Veröffentlichungen neben den bereits in der bestehenden Praxis ausgewiesenen noch zusätzliche Sondergliederungen aufgenommen. Das betrifft insbesondere „saisonabhängige Waren und Dienstleistungen“ und „Energie“.

Durch weitere Berechnungen des Gesamtindex ohne saisonabhängige Waren- und Dienstleistungen, saisonabhängige Nahrungsmittel, Energie und Haushaltsenergie wird das Veröffentlichungsprogramm zum Verbraucherpreisindex erweitert.

Durch diese Erweiterung des Veröffentlichungsprogramms kommt die amtliche Statistik den Wünschen verschiedener Nutzer nach, saisonale, zufällige und vorübergehende Einflüsse durch Ausschließung einzelner Gütergruppen sichtbar zu machen. Der allgemeine Preistrend ist besser einschätzbar und unerwünschte Entwicklungstrends können frühzeitig erkannt werden. Gleichzeitig wird der Forderung nach einer Berechnung von „Kerninflationsraten“ Rechnung getragen, ohne dass eine der Sondergliederungen als Kerninflationsrate bezeichnet wird.

## Überblick über für das Land Brandenburg veröffentlichte Sondergliederungen auf alter und neuer Basis

### Sondergliederungen zum Verbraucherpreisindex

Basis 2000 = 100	Basis 1995 = 100
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesamtindex ohne saisonabhängige Nahrungsmittel</li> <li>- Saisonabhängige Nahrungsmittel</li> <li>- Gesamtindex ohne saisonabhängige Waren</li> <li>- Saisonabhängige Waren</li> <li>- Gesamtindex ohne saisonabhängige Waren und Dienstleistungen</li> <li>- Saisonabhängige Waren und Dienstleistungen</li> <li>- Gesamtindex ohne administrierte Preise</li> <li>- Administrierte Preise</li> <li>- Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel</li> <li>- Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Waren und Dienstleistungen</li> <li>- Gesamtindex ohne Energie und administrierte Preise</li> <li>- Gesamtindex ohne Energie, saisonabhängige Waren und Dienstleistungen sowie administrierte Preise</li> <li>- Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe</li> <li>- Heizöl und Kraftstoffe</li> <li>- Gesamtindex ohne Haushaltsenergie</li> <li>- Haushaltsenergie</li> <li>- Gesamtindex ohne Energie</li> <li>- Energie</li> <li>- Waren</li> <li>- Dienstleistungen</li> <li>- Gesamtindex ohne Wohnungsmiete</li> <li>- Wohnungsmiete</li> <li>- Kraftfahrerpreisindex</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesamtindex ohne Saisonwaren</li> <li>- Saisonwaren</li> <li>- Gesamtindex ohne Saisonwaren, Blumen, Kohle, Öl</li> <li>- Saisonwaren, Blumen, Kohle, Öl</li> <li>- Gesamtindex ohne Saisonwaren und sonstige saisonale Güter</li> <li>- Saisonwaren und sonstige saisonale Güter</li> <li>- Gesamtindex ohne administrierte Preise</li> <li>- Administrierte Preise</li> <li>- Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe</li> <li>- Heizöl und Kraftstoff</li> <li>- Gesamtindex ohne Energie und Kraftstoffe</li> <li>- Waren</li> <li>- Dienstleistungen</li> <li>- Gesamtindex ohne Wohnungsmiete</li> <li>- Wohnungsmiete</li> <li>- Kraftfahrerpreisindex</li> </ul>

Elke Zimmer

### Sozialhilfe im Städtevergleich – Ein Vergleich von 76 deutschen Großstädten



Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Sozialhilfe im Städtevergleich – Ein Vergleich 76 deutscher Großstädte“ erschien im Mai 2003. Sie gibt einen Überblick über regionale Disparitäten des Sozialhilfebezugs, insbesondere im Vergleich von Großstädten.

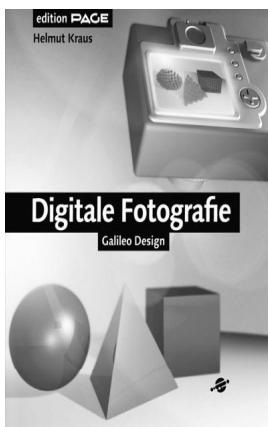
Die Publikation enthält Ergebnisse für die Berichtsjahre 1997 bis 2001 der Sozialhilfeempfängerstatistik nach dem Wohnortprinzip für insgesamt 76 Großstädte, die in diesem Zeitraum zumindest einmal mehr als 100 000 Einwohner hatten. Der Vergleich bezieht sich ausschließlich auf **Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen** (= sogenannte „Sozialhilfe im engeren Sinne“).

Die Veröffentlichung „Sozialhilfe im Städtevergleich – Ein Vergleich 76 deutscher Großstädte“ ist kostenlos als **Online-Publikation** im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes erhältlich unter: [www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz\\_d.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz_d.htm)

Weitere Analysen und **Regionaldaten für die 440 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands** enthält die Auswertung des Statistischen Bundesamtes, die für den Bericht der Arbeitsgruppe „**Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe**“ der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen erstellt wurde. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die auf Stichprobendaten des Jahres 2000 basieren, sind ebenfalls kostenlos online im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zu beziehen: [www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz\\_d.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz_d.htm).

## Digitale Fotografie

Kraus, Helmuth  
Bonn : Galileo Press, 2003. – 272 S.  
ISBN 3-89842-278-X  
Preis: 44,90 EUR



Die digitale Fotografie ist ein Bereich, der zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Digitalkameras werden immer leistungsfähiger und gleichzeitig preiswerter. So weit so gut. Doch für denjenigen, der mit der digitalen Fotografie tatsächlich beginnen will, steht als erstes die Frage nach der richtigen Auswahl der Kamera. Der Markt für Digitalkameras ist mittlerweile recht groß und unübersichtlich geworden.

Die Zahl der Hersteller steigt ständig. Gleichzeitig wird aber auch die Differenziertheit der Kameras immer größer (Auflösung, optischer Zoom, digitaler Zoom, Empfindlichkeit, Weißabgleich, Speichermedien, Stromversorgung usw.).

Mit der Auswahl der jeweils geeigneten Kamera hören die Probleme für den angehenden Digital-Fotografen jedoch nicht auf. Es stellen sich zahlreiche weitere Fragen: Wie gehe ich mit meiner Kamera am Besten um? Wie nutze ich ihre Möglichkeiten am sinnvollsten aus? Wie bearbeite ich meine Fotos mit dem besten Ergebnis nach? Wie drucke ich meine Bilder am Besten aus? Wie archiviere ich sie am effektivsten? Zu all diesen Fragen und zu vielen weiteren versucht dieses Buch Antworten zu geben.

Die mit vielen Fotobeispielen visuell ansprechend aufbereiteten Themen folgen der typischen Vorgehensweise eines Amateur- und Profifotografen: von der Aufnahme über die nachträgliche Bildveredelung am Computer bis hin zum Fotoprint und der Datenarchivierung.

Dieses Buch ist für Anfänger und Fortgeschrittene in Sachen Digital-Fotografie gleichermaßen empfehlenswert. Durch seine systematische Behandlung des gesamten Spektrums der Digital-Fotografie einschließlich der theoretischen Grundlagen ist es ein Buch, in dem auch später immer mal wieder nachgeschlagen werden kann und sollte.

Torsten Haseloff

## Handbuch Online-Redaktion

Alkan, Saim R.  
Bonn : Galileo Press, 2003. – 296 S.  
ISBN 3-89842-207-0  
Preis: 29,90 EUR



Handbuch „Online-Redaktion“ ist ein locker und verständlich geschriebenes Buch rund um die effektive Organisation von Websites. Es zeichnet sich durch Praxisnähe aus; Interviews, Beispiele, Links, Checklisten etc. helfen dem Leser bei der Orientierung und Priorisierung.

Mittel zur Websitegestaltung sind nicht Thema dieses Buchs. Und doch (über)spannt sich der Bogen von Aufbau, Aufgaben und Organisation von Online-Redaktionen für Websites mit unterschiedlichsten Ansprüchen bis hin zu Projekt-, Prozess-, Qualitäts- und Konfliktmanagement. Weniger wäre hier sicher mehr gewesen.

Gut für „Web“-Einsteiger sind die Erläuterung webspezifischer Kommunikationsformen, wie Newsletter, Chats und Foren. Erwähnenswert sind die Darstellung der Vor- und Nachteile von Content-Management-Systemen und der angenehm knappe, aber trotzdem sehr informative Abriss zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit Online-Redaktionen.

Etwas zu kurz gekommen und mit scheinbar zufällig ausgewählten Begriffen gefüllt ist das Glossar. Ausgeglichen wird dies jedoch durch das genaue und nach Sachthemen geordnete Verzeichnis der Quellen und Literatur.

Alles in allem ein lesenswertes Buch, das sich an ein sehr breites Publikum wendet und die Mehrzahl der Themen - wohl deshalb - recht global beleuchtet.

Dr. Hendl, Heike



# Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Juni 2003

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.  
Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (Disketten, CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 12/02	Bevölkerungsstand	1,25
A II 1 - m 12/02	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene Dezember 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,25
A VI 7 - m 02/03	Arbeitsmarkt, Februar 2003	2,50
A VI 8 - j/02	Bildungsstand und Schulbesuch 2002, Ergebnisse des Mikrozensus	2,75
B II 5; 7 - j/02	Ausbildende am 31.12.2002 und Prüfungen 2002 sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2002	2,25
B III 4 - j/02	Personal und Personalstellen an Hochschulen 2002	3,75
C II 3 - m 05/03	Ernteberichterstattung über Obst, Mai 2003	1,75
C III 2 - m 04/03	Schlachtungen und Fleischerzeugung, April 2003	1,75
C III 3 - m 03/03	Milcherzeugung und Milchverwendung, März 2003	1,50
C III 6; 7 - vj 4/02	Legehennenhaltung, Eiererzeugung und Schlachtungen von Geflügel - 2002	1,75
C III 6; 7 - vj 1/03	- 01.01. bis 31.03.2003	1,25
E I 1; 3 - m 04/03	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex	3,75
E I 2 - m 04/03	- Produktionsindex	2,00
E II 1 - m 04/03	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) - April 2003	2,50
E III 1 - vj 1/03	Bauinstallation und Sonstige Ausbaugewerbe 1. Vierteljahr 2003 (Ausbaugewerbe)	1,75
F I 1 - j/02	Fortschreibung des Wohnungs- und Wohngebäudebestandes 2002	5,50
F II 1; 2 - m 04/03	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) - Februar 2003	2,50
F II 1; 2 - j/02	- April 2003	2,50
F II 3 - j/02	Bauüberhang und Bauabgang 2002	2,25
G III 1; 3 - 01/03	Aus- und Einfuhr - Januar 2003, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G III 1; 3 - 02/03	- Februar 2003, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G IV 1 - m 03/03	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, März 2003	3,00
G IV 3 - m 01/03	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - - Januar 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,75
G IV 3 - m 02/03	- Februar 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,75
G IV 3 - m 03/03	- März 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,75
G IV 1 - m 04/03	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr April 2003 und Winterhalbjahr 2002/2003	3,50
H I 1 - m 04/03	Straßenverkehrsunfälle - April 2003, Vorläufiges Ergebnis	1,25
H I 1 - m 03/03	- Endgültiges Ergebnis, März 2002	2,75
H I 4 - vj 1/03	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen 1. Vierteljahr 2003	2,00
H II 1 - m 04/03	Binnenschifffahrt, April 2003	2,50
L II 3 - j/01	Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2001, - Ergebnisse nach der Jahresrechnung	12,00
L III 1 - j/02	Schulden der öffentlichen Haushalte und deren öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen am 31.12.2002	3,00
M I 2 - m 05/03	Verbraucherpreisindex - Mai 2003	3,00
M I 2 - m 06/03	- Juni 2003	3,00
M I 7 - j/02	Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2002	2,00
P I 6 - j/01	Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1997 bis 2001	3,25
Verzeichnis	Verzeichnis der Ämter 2003	6,25
		21,25 

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis	Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR
5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998 Landtagswahl 1999 Tourismus 1999 Region Havelland-Fläming	5,25 EUR	2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 – 2000	3,00 EUR
6/2000	Mikrozensus 1999 Insolvenzgeschehen Handwerk Umweltschutzinvestitionen	4,50 EUR	I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang Sozialhilfeleistungen 1994-1999 Landwirtschaftszählung 1999 Strafvollzug Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR	II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			IV/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			1/2003	Statistischer Jahresbericht 2002	5,25 EUR
			I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR

## Statistisches Jahrbuch 2002



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat das Statistische Jahrbuch 2002 für das Land Brandenburg herausgegeben. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Angaben zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Das Jahrbuch ist auch auf CD erhältlich.

Das **Buch** (ISBN 3-931767-11-6) und die **CD** (ISBN 3-931767-12-4) kosten jeweils 20,00 EUR.

**Buch und CD** zusammen (ISBN 3-931767-13-2) haben den Vorteilspreis von 30,00 EUR.

Bestellungen bitte an den



**Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg**  
Dezernat Informationsmanagement  
Postfach 60 10 52  
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: [vertrieb@lds.brandenburg.de](mailto:vertrieb@lds.brandenburg.de)  
Internet: [www.lsd-bb.de](http://www.lsd-bb.de)